

Palästina

# INTIFADA



- Aggression gegen den Irak
- Menschliche Schutzschilde im Irak
- Für ein demokratisches und säkulares Palästina
- Antizionismus ist nicht Antisemitismus  
Michel Warschawski in Wien
- Felicia Langer in Wien

# Unterstützen wir den irakischen Widerstand!

Am 20. März 2003 begann die Aggression der USA und Großbritanniens gegen den Irak, ohne Mandat der UNO und ungeachtet der Ablehnung Frankreichs, Deutschlands, Russlands und Chinas. Am 23. März verkünden die Nachrichten, dass der Widerstand der irakischen Armee weit stärker sei als angenommen. Die Truppen seien in heftige Kämpfe verwickelt. Und noch eine Meldung verkünden die Nachrichten: In der Nacht vom 22. auf den 23. März habe ein US-Soldat Handgranaten in die Zelte von US-Offiziere geworfen und dabei einen Offizier getötet und weitere verwundet. Die Hintergründe der Tat seien noch nicht geklärt, man vermutet allerdings, dass es sich um ein politisches Attentat handelt. Der Soldat sei vor kurzem zum Islam übergetreten.

Wir wissen nicht, ob bereits das amerikanische Protektorat über den Irak errichtet sein wird, wenn Sie die 12. Ausgabe der Zeitschrift Intifada in Händen halten werden, ob der Krieg beendet sein und wie viele Opfer und welches Ausmaß an Zerstörungen der Irak zu beklagen haben wird. Aber eines können wir bereits heute, bei Redaktionsschluss, feststellen: Der US-Feldzug gegen den Irak ist auf heftigeren Widerstand gestoßen, als es die Aggressoren erwartet haben. Das irakische Volk ist nicht gewillt, sich dem Eindringling zu beugen. Ein zukünftiges US-Protektorat wird es nicht leicht haben sich gegen den Widerstand der Bevölkerung aufrecht zu erhalten. Und schließlich: Mit diesem völkerrechtswidrigen Krieg haben die USA einen Funken erzeugt, der unter den gepeinigten und erniedrigten arabischen und islamischen Massen einen Flächenbrand auslösen könnte.

Dies ist ein Krieg nicht nur um die Öllquellen des Irak, sondern es ist ein Krieg, der die Umzingelung des Iran vollen, China und Russland ein warnendes

Zeichen sowie den arabischen und islamischen und letztendlich allen Völkern die Botschaft sein soll, dass es kein Auflehnen gegen die Macht des amerikanischen Imperialismus geben darf. Es ist ein Krieg, der die im Jahre 1916 im britisch-französischen Sykes-Picot-Abkommen festgelegten Grenzen zur Aufteilung des Arabischen Raumes entsprechend den Interessen des inzwischen stärksten Imperialismus neu ziehen soll. Es ist ein Krieg, der die Vormachtstellung der USA auf Jahrzehnte befestigen soll.

In diesem Sinne leistet das irakische Volk im Interesse aller Völker Widerstand. Es ist unser aller, der friedliebenden und demokratisch gesinnten Menschen im Westen, Pflicht diesen Widerstand gegen den Versuch der tatsächlichen Neuordnung der Welt nach Kräften zu unterstützen und uns in die von der Volksfront zur Befreiung Palästinas (PFLP) geforderte (siehe Deklaration in dieser Ausgabe) weltweite Antikriegsfront der Völker einzuordnen.

23. März 2003

## Inhalt

|   |           |
|---|-----------|
| <b>Unterstützen wir den irakischen Widerstand!</b> .....  | <b>3</b>  |
| <b>US-Kriegsmaschine auf Irak losgelassen</b> .....   | <b>4</b>  |
| Unsere Antwort: langfristiger Kampf gegen das amerikanische Imperium                                    |           |
| <b>Geeint im Widerstand werden wir den Krieg und die Aggression besiegen!</b> .....                     | <b>5</b>  |
| Politische Deklaration der Volksfront für die Befreiung Palästinas (PFLP)                               |           |
| <b>Menschliche Schutzschilde im Irak</b> .....  | <b>6</b>  |
| Ein Bericht der österreichischen Delegation   |           |
| <b>Schutzschild-Mission verfolgt politisch-symbolischen Zweck</b> .....                                 | <b>9</b>  |
| Sollen strategische oder zivile Ziele geschützt werden?   |           |
| <b>Der schwierige Versuch der nationalen Aussöhnung</b> .....   | <b>10</b> |
| Die irakische patriotische Opposition   |           |
| <b>„Die Unterstützung der Kommunistischen Partei des Irak für das Embargo ist ein Verbrechen“</b> ..... | <b>12</b> |
| Interview mit Ahmad Karim (Nationale Demokratisch-Kommunistische Bewegung)                              |           |
| <b>„Der Irak braucht die patriotische Opposition“</b> .....   | <b>13</b> |
| Interview mit Abd al-Jabbar al-Kubaysi (Patriotische Irakische Opposition)                              |           |
| <b>Auf der Seite des Irak gegen die US-Aggression</b> .....   | <b>17</b> |
| Gemeinsamer Aufruf des Antimperialistischen Lagers und der Patriotischen Opposition                     |           |
| <b>Palästinensische weibliche Gefangene in Israels Gefängnissen</b> .....                               | <b>18</b> |
| <b>Hungerstreik im Gefängnis von Jericho</b> .....  | <b>19</b> |
| <b>Kurzmeldungen</b> .....  | <b>20</b> |
| <b>Nieder mit dem Amerikanismus!</b> .....  | <b>23</b> |
| Beitrag für das Antimperialistische Sommerlager   |           |
| <b>Ein demokratisches und säkulares Palästina</b> .....   | <b>25</b> |
| Die diffizile Frage nach den Nation(en) eines demokratischen Staates in Palästina                       |           |
| <b>Ist Antizionismus gleich Antisemitismus?</b> .....   | <b>28</b> |
| Vortrag von Michel Warschawski in Wien  |           |
| <b>Buchrezensionen</b> .....  | <b>34</b> |
| <b>„Das ist so, als wäre die NPD in Deutschland in der Regierung!“</b> .....                            | <b>36</b> |
| Vortrag von Felicia Langer in Wien  |           |

*Impressum:* Medieninhaber, Herausgeber und Verleger: Verlag „Edition Der Keil“, Gußhausstraße 14/3, 1040 Wien; Redaktion: Antimperialistische Koordination (AIK), Gußhausstraße 14/3, 1040 Wien; Verlags- und Herstellungsort: Wien; Druck: ATOS-Origin, Wien. *Offenlegung gemäß §25 Mediengesetz:* Medieninhaber, Herausgeber und Verleger: Verlag „Edition Der Keil“, Gusshausstraße 14/3, 1030 Wien. Grundlegende Richtung: für einen gerechten Frieden im Nahen Osten.

# US-Kriegsmaschine auf Irak losgelassen

## Unsere Antwort: langfristiger Kampf gegen das amerikanische Imperium

Viele hatten es nicht für möglich gehalten oder einfach nicht glauben wollen. Die USA haben ihren Krieg gegen den Irak gegen den ausdrücklichen Willen nicht nur der Weltbevölkerung, sondern auch der Staatengemeinschaft begonnen. Sie brechen damit das Völkerrecht und bemühen sich kaum noch ihrer Aggression Legitimation zu verschaffen. Viele dem Frieden Verpflichtete hatten auf den diplomatischen Widerstand Frankreichs, Deutschlands und anderer gehofft. Friedensaktivisten hatten gemeint, dass die nach Millionen zählenden Demonstrationen oder spektakuläre Aktionen wie jene der menschlichen Schutzschilde die amerikanische Todesmaschine aufhalten könnten. Alle haben sie eines gemeinsam: Sie sind der Illusion der nach 1991 errichteten Neuen Weltordnung aufgesessen, nach der es sich um eine grundsätzliche friedliche, gerechte und prosperierende Welt handle, die man nur gelegentlich mit „humanitären Polizeiaktionen“ gegen Schurkenstaaten und Terroristen schützen müsse. Die Antiglobalisierungsbewegung machte manifest, dass da dennoch so einiges aus dem Lot gekommen war. „Eine andere Welt ist möglich“ ertönte es. Doch man meinte damit nicht viel mehr als die Vorhandene etwas zurechtzurücken oder die „andere Welt“ außerhalb der realen Auseinandersetzung „von unten“ aufzubauen. Doch die Realität hat den Traum längst eingeholt.

Wir Antiimperialistinnen und Antiimperialisten hatten es vorausgesagt: Nichts und niemand kann die USA von ihrer Aggression abhalten, die seit langem beschlossene Sache war. Denn es ist nicht die Dummheit Bushs oder die Boshaftigkeit seiner Berater, die sie zum Krieg treiben. Aus der Sicht der Weltenlenker in Washington ist der Krieg eine absolute Notwendigkeit. Bei ihren Überlegungen stehen nicht allein die Ölreserven im Vordergrund, so wie es die vereinfachte Formel „kein Blut für Öl“ suggeriert. Entscheidend ist die globale Vorherrschaft Amerikas, die nur erhalten und ausgebaut werden kann, wenn die USA ihre militärische Überlegenheit ausspielen und ständig ihre Fähigkeit demonstrieren jegliche Opposition gegen sie, jede wirkliche und vermeintliche Bedrohungen ihres Systems, seien es politische Bewegungen, bewaffnete Volksrebellionen oder Staaten, mit Gewalt niederzuschlagen. Das ist der eigentliche Zweck des permanenten präventiven Terrorkrieges. Auch wenn sie für die Er-

richtung ihrer globalen Diktatur einen hohen politischen Preis zahlen – zunehmende Ablehnung in aller Welt –, so können sie bei Strafe des Untergangs nicht anderes als die Aggression immer noch weiter zu steigern. Noch ist dieser Krieg nicht vorbei, so sind doch die nächsten schon vorprogrammiert.

Im Kern handelt es sich um einen Krieg Reich gegen Arm. Im Visier sind die Verdammten dieser Erde, die sich auf die verschiedenste Art und Weise gegen die himmelschreiende globale Ungerechtigkeit zur Wehr setzen. Doch gleichzeitig richten sich die USA auch gegen ihre Konkurrenten um ihnen klar zu machen wer einzig und allein das Sagen hat. Obwohl diese die absolute Vormachtstellung der USA zu dämpfen versuchen, getraut sich doch niemand wirkliche Maßnahmen zu setzen. Oder hat ein einziger Staat versucht die USA im Sicherheitsrat wegen eklatanten Völkerrechtsbruchs zu verurteilen oder gar Sanktionen zu verhängen? Tatsächlich sind auch die europäischen „Kriegsgegner“, wie Deutschland und Frankreich, grundsätzlich auf die amerikanische Militärmaschinerie und die politisch-ökonomische Macht der USA angewiesen. Diese sind es in erster Linie, die angesichts gewaltiger und wachsender globaler Ungleichheit die Herrschaft des Westens absichern.

In diesen Tagen hängt es in aller erster Linie vom Widerstand des Irak, seiner Armee, seines Volkes und seiner Regierung ab, welche weitere Dynamik die entstandenen Bruchlinien zeigen und wie sich die Anti-Kriegsbewegung entwickeln kann. Im Gegensatz zu so manchem Pazifisten erhoffen wir uns einen langen und zähen Widerstand. Nur so kann die Bewegung der arabischen Völker entfacht werden und nur bei einem Maximum an amerikanischen Opfern wird die Anti-Kriegsbewegung in den imperialistischen Ländern selbst anspringen. Daran zeigt sich abermals wie selbstentwaffnend die äquidistante Haltung vieler Friedensbewegter ist. So unterdrückerisch das Regime Saddams auch immer gewesen sein mag, es wird nicht der Demokratie wegen gestürzt, denn dann müssten die USA gegen zahlreiche ihrer Vasallen vorgehen. Es wird bekämpft, weil es trotz aller Degeneration und Unzulänglichkeit ein Ergebnis der antikolonialen Bewegung ist, das Öl verstaatlicht hat und ein Minimum an nationaler Selbständigkeit behält, insofern es sich den Plänen der USA für die Region widersetzt. Die arabischen

Massen und insbesondere die Palästinenser verstehen sehr wohl, warum der Krieg sich auch gegen sie richtet, warum sie auf der Seite des Iraks stehen müssen und warum dessen Niederlage auch ihre wäre. All jene die wirklich auf Seiten der Verdammten dieser Erde stehen, die für globale soziale Gerechtigkeit und Demokratie für das einfache Volk eintreten, müssen für die Niederlage der USA kämpfen – ergo den Irak so wie er ist unterstützen.

So sehr wir uns einen langen Widerstand des Irak wünschen, so unwahrscheinlich ist dieser angesichts des militärischen Ungleichgewichts, der internationalen Isolation des Irak und auch der politischen Entfremdung zwischen Regime und Volk. Unser Widerstand muss ein langfristiger systematischer Kampf gegen die amerikanische Weltherrschaft sein, gegen seine militärische, politische, wirtschaftlichen und auch kulturelle Tyrannei. Heute muss gegen den Amerikanismus eine breite globale Befreiungsfront aufgebaut werden. Die Zerstörung des amerikanischen Reichs ist die Vorbedingung, für einen erfolgreichen Kampf um demokratische Selbstbestimmung und soziale Gerechtigkeit.

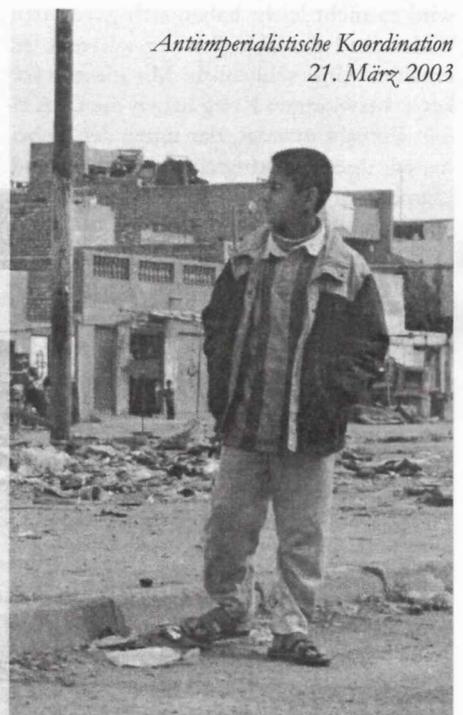
**Auf der Seite des Irak!**

**Freiheit für Palästina!**

**USA raus aus dem Nahen Osten!**

**Nieder mit dem Amerikanismus!**

*Antiimperialistische Koordination  
21. März 2003*



# Geeint im Widerstand werden wir den Krieg und die Aggression besiegen!

## Politische Deklaration der Volksfront für die Befreiung Palästinas (PFLP)

Massen des heldenhaften palästinensischen Volkes! Massen der großen Arabischen Nation und der Islamischen Weltgemeinschaft! Freie und ehrenhafte Völker der Welt! Helden der Intifada und des Widerstandes!

In schamloser Herausforderung des Sicherheitsrates, des Völkerrechtes und der internationalen Gemeinschaft hat Präsident Bush heute morgen seinen Krieg gegen den Irak angekündigt. Das sind die letzten Vorbereitungen für diesen recht-

losen Krieg und die verräterische Aggression gegen unseren Bruder Irak, gegen die arabische Nation, die islamische Gemeinschaft und gegen die ganze Welt.

Seine Ankündigung fügt sich in den Propaganda-, Informations-, und psychologischen Krieg ein, und in das Szenario von Massakern, Völkermord und organisierten Staatsterrorismus, den die zionistische Besatzungsmacht mit der offenen Unterstützung ihres Verbündeten, der Bush-Administration, gegen unser unbe-

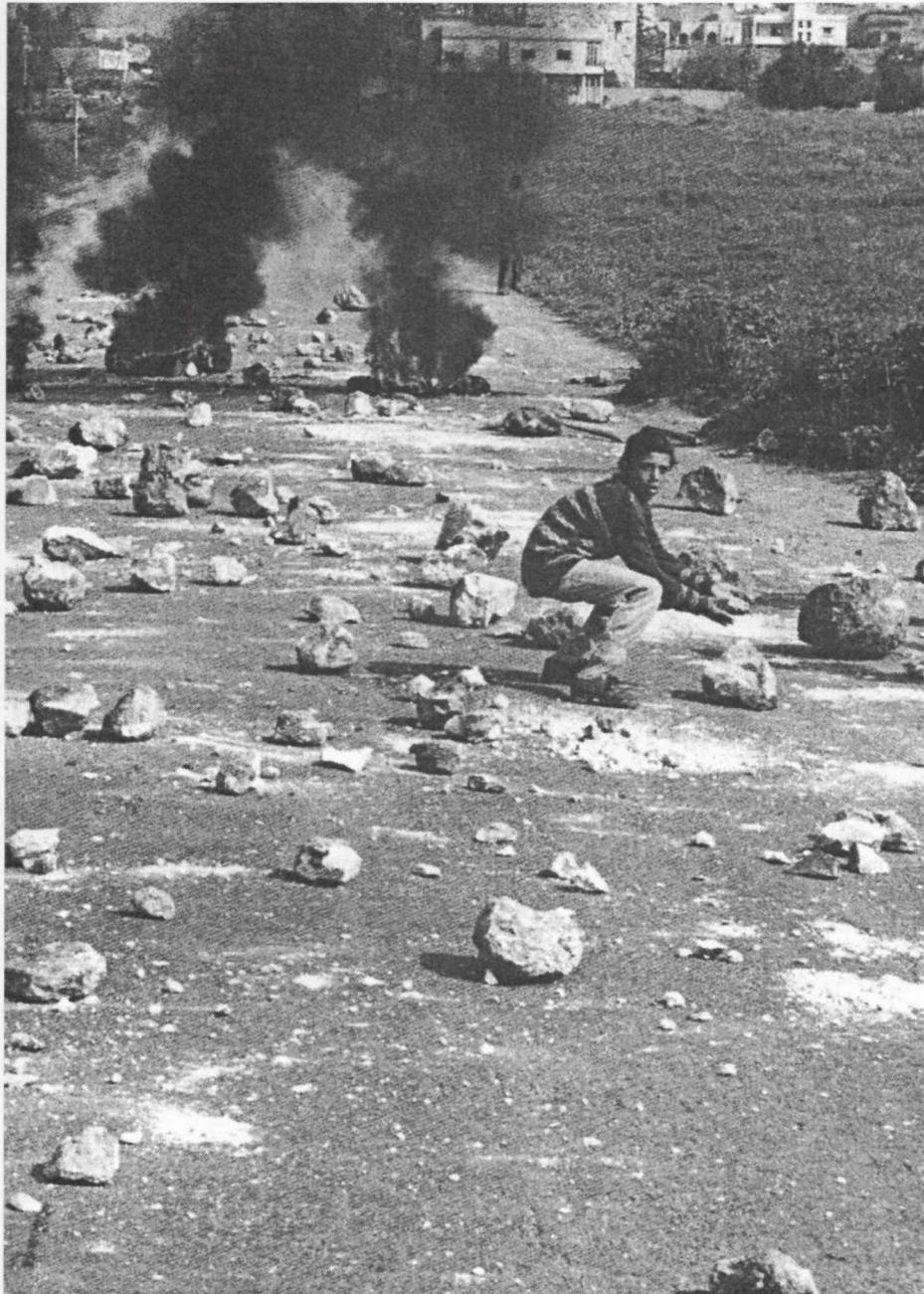
waffnetes Volk ausübt. Die amerikanische Administration errötet nicht einmal, wenn sie ihre Lügen und ihr Kriegsgeschrei über „Demokratie“, „Freiheit“, „Wohlstand“ und „Menschenrechte“ verbreitet, eine Tatsache, die uns die Slogans des Kolonialismus und die Methoden der faschistischen Barbaren, Feinde der Menschheit, Gerechtigkeit und menschlichen Zivilisation ins Gedächtnis ruft.

Die Wahrheit zeigt sich vielmehr in den Kriegslegionen, den Legionen des Todes, und den modernen Mitteln der Zerstörung, die gegen uns von den Neofaschisten angeführt von Mr. Recht des Stärkeren, Bush dem Kleinen, angewendet werden, ungeachtet der in diesem Ausmaß noch nie da gewesenen Ablehnung durch die Völker der Welt und die internationale Gemeinschaft. Die massenhaft zusammengezogenen Streitkräfte und Kriegsgerätschaften zeigen die wahre Bedeutung der Slogans und der Banner dieser Legionen und des in Aussicht gestellten amerikanisch-zionistischen „demokratischen“ Protektorats, das den versklavten Menschen dieser Nation und dem arabischen Vaterland aufgezwungen werden soll.

Die Weltgeschichte zeigt, dass Widerstand, und nur Widerstand und Einheit, Standhaftigkeit und geduldiges Ausharren den Sieg über die Aggression bringen können, wie riesenhaft ihre Macht auch sein mag. Als die Faschisten Europa erobert hatten und vor den Toren Moskaus angekommen waren, war es einzig Widerstand, Standhaftigkeit und die Einigkeit der Völker, die dem faschistischen Marsch Einhalt geboten und begannen, die Gräber der faschistischen Aggression auszuheben.

Das irakische Volk und die Massen der Intifada, die arabische Nation und die islamische Weltgemeinschaft haben keine andere Wahl, trotz der Schwäche der meisten Führer und der offiziellen arabischen Regime, als den geduldigen Volkswiderstand mit allen Mitteln und in allen Formen, wir haben keine andere Möglichkeit als gegen die uns auferlegte Konfrontation aufzustehen und uns mit den Völkern der Welt in einer Antikriegsfront zu vereinigen, die sich über den gesamten Erdball ausdehnt.

*Volksfront für die Befreiung Palästinas  
20. März 2003*



# Menschliche Schutzschilder im Irak

## Ein Bericht der österreichischen Delegation

Bagdad, 24. Februar 2003

Gestern hat eine größere Gruppe von Menschlichen Schutzschilden in einem Kraftwerk in der Nähe von Bagdad Stellung bezogen. Weiters geplant ist die Präsenz von Schutzschilden bei einer Wasseraufbereitungsanlage und einem Lebensmitteldepot. Weitere Projekte, wie der Einsatz bei einer Raffinerie, aber auch mehrere im Süden des Landes, in der Nähe von Basrah, sind in Vorbereitung. Dabei geht es in erster Linie um die Zivilbevölkerung, deren Versorgung mit Wasser, Nahrungsmitteln und Treibstoff im Kriegsfall gesichert werden soll. Vom Erdöl hängt das ganze Transportwesen ab.

Ein Teil der österreichischen Gruppe will zusammen mit AktivistInnen aus dem Spanischen Staat und mit KriegsgegnerInnen aus der Türkei demonstrativ ein Zelt vor dem Bagdader Kinderkrankenhaus aufstellen. Sie wollen damit insbesondere gegen die Folgen des Einsatzes von Munition aus abgereicherten Uran (*depleted uranium*, DU) protestieren. Ein Großteil der etwa zweihundert Kinder dieses Krankenhauses ist an Leukämie erkrankt. Zahlreiche Leukämie-Fälle werden mit dem Einsatz von DU in Verbindung gebracht. Darüber hinaus könnten viele Kinder geheilt werden, wenn ihnen Medikamente zugänglich wären, deren Einfuhr verboten ist.

Der Oberarzt des Bagdader Kinderkrankenhauses Dr. Mohammed Daham Hassan ersucht dringend darum, bei Reisen nach Bagdad eine Reihe von Medikamenten mitzubringen, mit denen das Leben der Kinder gerettet werden könnte. Er hat eine Liste von ansonsten gängigen Medikamenten zusammengestellt und bietet, sie der Presse und der Öffentlichkeit bekannt zu geben. Insofern versteht sich die Zeltaktion, sowie die Informationsaktion über das Kinderkrankenhaus als politischer Einspruch gegen das mörderische Embargo.

Eine Teilnehmerin der österreichischen Delegation zieht in die Wasseraufbereitungsanlage. Vom Schutz dieser Anlage hängt die Trinkwasserversorgung von Hunderttausenden in der Region Bagdad ab.

Das politische Spektrum der Schutzschilder in Bagdad ist äußerst vielfältig. Es geht von US-Golfkriegsveteranen über katalanische GewerkschaftsaktivistInnen der CGT, islamische Kräfte, engagierte ChristInnen bis zu VertreterInnen der US-amerikanischen Grünen. Bei einer Kund-

gebung der KriegsgegnerInnen aus der Türkei, an der auch die Musikgruppe Yorum teilnahm, zog die Bevölkerung begeistert mit.

### 28. Februar

Nach tagelangen Verhandlungen der Schutzschilder in Bagdad mit Vertretern der Regierung mit dem Ziel der Aufstellung eines Solidaritäts- und Informationszelts beim Kinderspital in Bagdad, sieht es derzeit so aus, als würde das Projekt von den Behörden abgelehnt werden. (...)

Wie auch die Verhandlungen ausgehen mögen: Abgereichertes Uran steht weiter-

Die erste, sowie die zweite österreichische Staffel, die gestern Donnerstag in Bagdad eintraf, reagieren auf die mögliche Verweigerung des Zeltprojekts sehr differenziert. Einige Teilnehmer werden das Zeltprojekt weiterverfolgen, (...) ein Teilnehmer wird sowohl ein Regierungsprojekt beziehen, als auch an der autonomen DU-Arbeit teilnehmen. Andere wollen kein Regierungsprojekt schützen, alle aber haben grundsätzlich Verständnis für das politische Konzept des gebotenen Schutzes von Anlagen, die für die Bevölkerung lebenswichtig sind und den damit verbundenen demonstrativen Akt.



hin auf der Tagesordnung. Derzeit wird für die Mitnahme von Leukämie-Präparaten nach Bagdad geworben. Geplant ist außerdem eine Pressekonferenz über abgereichertes Uran vor der internationalen Presse unter Beiziehung irakischer Experten: eine der zahlreichen Pressekonferenzen, die von FriedensaktivistInnen und menschlichen Schutzschilden ohne irgendwelche Behinderungen selbst organisiert werden können.

Bei Gesprächen mit Ärzten in Bagdad und Basrah konnte das ganze Ausmaß dieser schrecklichen Waffe, die als Krankheit gegen die Menschen eingesetzt wird, erkundet werden. Sowohl im Kinderspital in Bagdad, als auch in dem in Basrah war eine starke Pressepräsenz. (...)

### 6. März

Am Montag, den 3. März haben zwei Italiener, ein Sarde, eine britische Staatsangehörige und ein Österreicher als menschliche Schutzschilder das Al-Mamun Communication Centre in Bagdad bezogen. In diesem Gebäude befinden sich zahlreiche Einrichtungen der Post, sowie des Telefon- und Telegrafenamtes. Der Schutz des Al-Mamun Communication Centre hat zentrale Bedeutung für das Leben der Zivilbevölkerung.

Über sechzig Leute sind derzeit als menschliche Schutzschilder auf sechs unterschiedliche zivile Anlagen verteilt. (...) Die numerische Präsenz ist hinter der Erwartung der InitiatorInnen des Projekts ein wenig zurückgeblieben. Eine Reihe von

Schutzschild-Gruppen bestehen nach wie vor auf eigenen, alternativen Projekten, die von den Behörden aber bis dato nicht genehmigt wurden. Potentiell existieren sechzig Projekte in Bagdad und etlichen anderen Regionen des Landes. Diese Projekte werden nach und nach freigegeben werden. Einige Anlagen befinden sich in unmittelbarer Nähe zu Wohngebieten: Dadurch wird ein enger Kontakt zur Bevölkerung gewährleistet sowie zu zivilen Einrichtungen wie Schulen und Krankenhäusern.

Derzeit bestehen drei unterschiedliche Tendenzen unter den Aktivisten: Einige wollen bis zu den Bombardierungen bleiben oder auch darüber hinaus, andere sind nur eine begrenzte Zeit lang Schutzschilde, die dritte Gruppe, die aus Leuten aus dem spanischen Staat, der Türkei, Slowenien und Österreich zusammengesetzt ist, besteht auf eigenen Projekten wie der Präsenz bei Krankenhäusern. (...)

In einem Schreiben an den Präsidenten der Vereinigten Staaten wird mitgeteilt, dass die Anlagen aus freier Entscheidung bezogen wurden, um eine Bombardierung zu verhindern. Die US-Regierung wird aufgefordert, ihren Plan, diese Anlagen zu bombardieren, zurückzuziehen. Es wird darauf hingewiesen, dass durch eine Bombardierung das Leben der Iraker wie der internationalen AktivistInnen gefährdet würde. Alle Delegationen wenden sich gleichzeitig mit entsprechenden Mitteilungen an die eigene Regierung.

## 7. März

Die irakischen Behörden haben fünf Aktivisten, darunter den Initiator der Schutzschild-Aktion Ken O'Keefe und Angehörige der ihm nahestehenden Gruppierung, am Donnerstag höflich aufgefordert, das Land zu verlassen. Der Grund für diese Maßnahme liegt einerseits in einer von einer sehr kleinen Gruppe der Schutzschilde vertretenen Politik, die sich darauf versteift hat, dass nur diejenigen Leute im Land bleiben sollten, die absolut bereit sind, bis zur Bombardierung und darüber hinaus zu bleiben. Die anderen sollten gehen. Mit dieser Politik wären alle jene ausgeschlossen gewesen, die aus beruflichen oder persönlichen Gründen zurückreisen müssen und sich daher nur auf eine zeitlich begrenzte Aktivität eingestellt hatten.

Die Zusammenarbeit zwischen den Unbedingten, den Temporären und andererseits den Antikriegs-AktivistInnen, die zahlreich vor Ort präsent sind, aber den Schutzschilden nicht angehören, die Herausbildung einer intensiveren Vernetzung zwischen all diesen Bereichen also wurde durch dieses Hardliner-Konzept er-

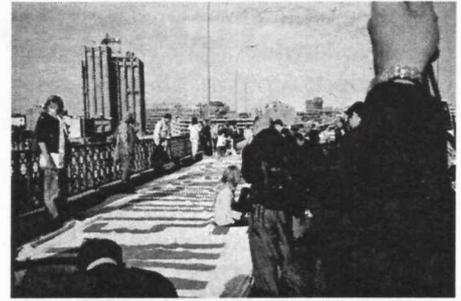
folgreich gestört. Diese Hardliner waren außerdem extrem grob und behandelten regelmäßig die Neuangekommenen als ihr Fußvolk. Dieser Bereich von politischen Aktivisten hat im übrigen mit der Linken wenig zu tun. (...)

Ein weiterer Grund für das Vorgehen der Behörden liegt in der Unvereinbarkeit des Vorgehens des eher jugendlichen und selbsternannten Leaders der Schutzschilde in Bagdad, der seine führende Rolle in seiner eigenen Organisation mit der sämtlicher Schutzschilde verwechselt hat, und andererseits dem gewandten und glatten Auftreten des Karrierediplomaten Dr. Hashimi, des Leiters der *Organization for Friendship, Peace and Solidarity*, eines ehemaligen Botschafters. Die beiden Lebensstile waren wohl ein wenig unvereinbar.

Bei einer Zusammenkunft der Schutzschilde mit Dr. Hashimi gestern, Donnerstag, wurde den Hardlinern von ihm vorgeworfen, sie waren es gewesen, die das Gerücht ausgestreut hätten, die Behörden würden diejenigen zur Rückfahrt zwingen, die nicht bis zum Ende bleiben wollten. Allerdings konnte er das nicht dokumentieren. Dieses Gerücht machte auf den Plena tatsächlich die Runde und es muss mit aller Deutlichkeit gesagt werden, dass die Behörden die Schutzschilde nie vor eine solche Alternative gestellt hat. Außerdem wurde Ken O'Keefe vorgeworfen, er habe sich eine Führungsrolle angemaßt, die ihm nicht zustehe. Diese Einschätzung wird allerdings von einem Grossteil der AktivistInnen geteilt. (...) Dr. Hashimi hat es allerdings verabsäumt, konkretere Gründe für das politische Betätigungsverbot zu nennen. In einer Petition wurde die Rücknahme der Maßnahme gefordert, Aussicht auf Erfolg besteht keine.

Eine sehr große Anzahl von AktivistInnen ist mit der eiskalten und außerdem auch technokratischen und pragmatischen Unkultur des Hardcore-Leadership der britisch-amerikanisch-australischen Aktivisten nicht einverstanden und weint daher den entschwundenen Führern keine Träne nach, kritisiert aber ebenso die Entscheidung des Dr. Hashimi. (...) Der allergrößte Fehler des Doktors war, dass er von nun an sämtliche Plena verbot, also die Lebensluft einer jeglichen demokratischen Entscheidungsfindung, eines jeden demokratischen Streits.

Außer Frage steht für alle, dass die Antikriegsarbeit auf alle Fälle fortgesetzt werden muss, ob im Irak, ob außerhalb. Der größte Feind heißt George Bush.



### Schutzschilde strömen zuhauf ins Land, Volkswiderstand ist bereits organisiert; Amman, 13. März

Am 8. März verließ die österreichische Delegation Bagdad in Richtung Amman. Ein Teil der Gruppe kehrte nach Österreich zurück, ein Teilnehmer verblieb in Amman um die Solidaritätsarbeit von dort aus fortzusetzen.

Der Mahata-Autobusbahnhof von Amman, von dem zwei Mal täglich Busse nach Bagdad abfahren, ist von Schutzschilden aus allen Ländern bevölkert, die in den Irak reisen wollen. (...) Der Irak bereitet sich auf seine legitime Verteidigung vor. Sieben Millionen Menschen sind unter Waffen. Heute allein trafen zwei aus jeweils mehreren Personen bestehende deutsche Delegationen im Ammaner Hotel Al-Saraya ein, dem Treffpunkt der Schutzschilde in Jordanien.

Wenn Bagdad angegriffen wird, dann sollte es das Stalingrad der Amerikaner werden! Aber noch geht das Leben in dieser farbigen, weiten und generösen Hauptstadt, die mehr Lebensart hat als die meisten europäischen Großstädte, ungehindert weiter. Will Bush das Leben des Teeverkäufers vor unserem Hotel auslöschen, um den Irak in die Freiheit zu führen?

### Friedensaktionen im Angesicht des drohenden Krieges; 20. März

Die vergangene Woche war eine Woche lebhafter Aktivitäten seitens der Schutzschilde in Bagdad. Am vergangenen Samstag, den 15. März, waren 84 Schutzschilde offiziell registriert, ein Großteil von ihnen ist auf die zu schützenden Objekte verteilt, ein kleinerer Teil ist in Hotels untergebracht. (...) Unterschiedlichen Beobachtern zufolge dürften sich derzeit etwa etwas mehr als hundert Schutzschilde in Bagdad aufhalten.

(...) Am vergangenen Mittwoch standen die Kinder im Mittelpunkt. Die Schutzschilde besuchten auf eigene Initiative irakische Schulen und luden die Kinder

zu einer großen Demonstration ein, an der sich schließlich Tausende SchülerInnen beteiligten. Die Schutzschilde hatten Farben und Stoffe eingekauft, die Kinder bemalten und beschrifteten etwa dreißig Spruchbänder. Die Demonstration fand in der Nähe des Pressezentrum statt.

„Ich möchte alt werden“, so lautete eine der Botschaften der Kinder an die Welt. „Warum gerade ich?“; und „Sehn-

zuvor im Rahmen einer ägyptischen Friedensmission, ein ägyptischer Sänger aufgetreten war. (...)

Samstag fand zeitgleich mit einer großen Militärparade, aber räumlich getrennt, eine Friedenskundgebung statt, an der sich viele Tausende Iraker, aber auch Schutzschilde beteiligten. Abschließend gab's einen der unzähligen Proteste vor dem Gebäude der UNPD (stellvertretend für die UNO). An dem Tag hatten dort bereits Studenten aus Ägypten und anderen arabischen Ländern demonstriert. Am Abend zogen mehr als hundert Schutzschilde vom Hotel Palestine zum Tahrir-Platz, dem traditionellen Versammlungsort der Kriegsgegner. An diesem Zug beteiligten sich zahlreiche Iraker.

Buddhistische Mönche, die sich mit ihrer außerordentlich feinen und klaren Sprache auch an den Plena der vergangenen Wochen beteiligt hatten, veranstalteten von 11. bis zum 17. März täglich einen Friedensmarsch, der 150 km lang von Samara bis nach Bagdad führte und an dem sich auch Schutzschilde beteiligten. Am vergangenen Montag demonstrierten die Mönche vor dem Al-Mansur-Hotel.(...)

### Der US-Angriff hat begonnen. Schutzschilde in Lebensgefahr! Amman, 20. März 2003

Um 3 Uhr 35 (5 Uhr 35 Bagdader Zeit) fand der erste Angriff statt. Gegen 4 Uhr der zweite. Am südwestlichen Stadtrand, in der Nähe des Tigris, brach Feuer aus. Augenzeugen berichten, das

möglicherweise die Ölraffinerie getroffen wurde. Ein dritter Angriff habe dem irakischen Fernsehen zufolge, weiteren Städten im Südosten des Landes geglont. Zum 18. März befanden sich auf der Ölraffinerie 14 Schutzschilde. Wie es ihnen derzeit geht, ist nicht bekannt. Es leben mehr als dreitausend Arbeiter unmittelbar bei diesem Werk. Vor zwölf Jahren gab es beim damaligen Angriff zahlreiche Verletzte, aber keine Toten.

Alexander Muth  
Bagdad/ Amman



sucht nach Frieden“, hieß es und es war kein Schlagwort. Diese Kinder werden ermordet werden.

Am vergangenen Freitag gab es eine künstlerische Darbietung einer koreanischen Delegation, die dann am Sonntag auch eine Kundgebung am Tahrir-Platz veranstaltete. Für Fußballfreunde: Eine achtköpfige Gruppe aus Mexiko, die sich zehn Tage lang in Bagdad aufhielt, gründete die Initiative *Soccer for Peace*. Ein Match fand Freitag unter reger Beteiligung der Presse im Stadion statt, in dem zehn Tage

# Schutzschild-Mission verfolgt politisch-symbolischen Zweck

## Sollen strategische oder zivile Ziele geschützt werden?

In den letzten Tagen meldete die Medienmaschine mit der zu erwartenden Häme Streitigkeiten innerhalb der Schutzschild-Gemeinde in Bagdad. Einige hätten es mit der Angst zu tun bekommen oder seien zur späten Ansicht gelangt von der Regierung missbraucht zu werden und hätten gar die Flucht ergriffen.

Wahr ist das insoweit, als es unter den in Bagdad versammelten internationalen Kriegsgegnern heftige Diskussionen über die Ausrichtung und die Ziele der Kampagne gab. Das ist angesichts der höchst heterogenen nationalen und politischen Provenienz der Teilnehmer nicht weiter verwunderlich.

Einerseits gibt es einen hauptsächlich anglosächsischen Block, der naiven Pazifismus mit maßloser Selbstüberschätzung verbindet. Ihr Protagonist, der Ex-Marine O'Keefe, hat scheinbar die in der US-Armee gepflegten Verhaltensweisen beibehalten und gebärdet sich als alleiniger Anführer der internationalen Aktion. Diese Strömung vertritt die Ansicht, dass die Schutzschilden den amerikanischen Angriff aufhalten könnten. Um den Ernst der Sache klar zu machen, müssten sie sich auf strategischen Zielen wie Kraftwerken, Brücken oder gar Ölfraffinerien postieren, die bereits 1991 am ersten Tag angegriffen wurden und auch jetzt wieder die ersten Ziele sein werden. Obwohl sie darin mit den irakischen Behörden übereinstimmen, die dies aus verständlichen Gründen ähnlich sehen, provozierten sie kürzlich mit diesen einen Konflikt, der die ganze Aktion in Gefahr bringen könnte. In arrogant-westlicher Manier zeigten sie sich nicht bereit, sich über die zu schützenden Ziele mit den Behörden ins Einvernehmen zu set-

zen.

Auf der anderen Seite steht die Strömung, die realistischerweise davon ausgeht, dass die amerikanische Aggression ausgemachte Sache sei. Die menschlichen Schutzschilden verfolgten daher vor allem den politischen Zweck mit ihrer symbolischen Aktion, den weltweiten Widerstand gegen die Kriegstreiber zu stärken und keineswegs den militärischen, strategische Ziele zu beschützen – so wie es manche trotz ihrer pazifistischen Einstellung falsch verstanden hätten.

Die antiimperialistischen Kräfte bestehen auf dem zivilen Charakter der Ziele, auf denen sie sich stationieren. So waren sie mit dem Ziel aufgebrochen, ihre Zelte auf dem Bagdader Kinderspital aufzuschlagen, auch mit dem Gedanken, die Welt damit an das jahrelange Embargo und die Auswirkungen des amerikanischen Einsatzes von abgereichertem Uran zu erinnern. Nachdem die Behörden die Anfrage abgelehnt hatten, einigte man sich darauf, Plätze auf Wasseraufbereitungsanlagen und ähnlichen zivilen Zielen zu beziehen.

Der zivile Charakter wird auch durch die Breite und Heterogenität der beteiligten Aktivisten diktiert. Wir betrachten es als irreführend zu suggerieren, dass die Kriegsmaschine des amerikanischen Imperialismus durch den spektakulären Beweis seiner moralischen Verrottetheit aufzuhalten wäre. „Rumsfeld würde nicht zögern, auch seine Großmutter zu bombardieren“ sagte John Catalinotto, einer der zentralen Organisatoren der amerikanischen Anti-Kriegsbewegung. Den Schutzschilden wur-

de sogar angedroht, als „enemy combatants“ verfolgt zu werden, also unter jene von den USA kürzlich eingeführte Kategorie von subhumanen Wesen zu fallen, denen auch jene rudimentäre Menschenrechte verwehrt werden, wie sie das Völkerrecht Kriegsgefangenen zugesteht. Sich ohne Gegenwehr vom stärkeren Aggressor töten zu lassen, ist in letzter Instanz Ausdruck völliger politischer Impotenz und Perspektivlosigkeit. Unsere Botschaft muss das Gegenteil aussagen: Der Kampf gegen den westlichen Krieg und das imperialistische Weltsystem ist möglich, was aber nicht heißt, dass wir diesen sich mit Riesenschritten nähernden Krieg aufhalten können. Dennoch, die Kriegstreiber in den USA und Europa müssen mit einer kraftvollen Bewegung konfrontiert werden, die ihnen jegliche politische Unterstützung entzieht, die die militärischen Vorbereitungen politisch und physisch unterbindet (wie im Hafen von Thessaloniki 1999 während des Angriffs auf Jugoslawien) und die schließlich den Sturz der Kriegsgierungen anvisiert. Die Schutzschilden dienen der Bewegung insofern, als sie zeigen, wer der Aggressor ist und dass die Position der passiven Äquidistanz überwunden werden muss. Die Stellung der Bewegung muss auf der Seite Iraks sein mit dem Ziel, den Imperialismus zu schwächen. Die irakische Verteidigung – zu aller erst jene der Volksmassen – muss genauso unterstützt werden wie der Widerstand gegen die Okkupationstruppen.

*Antiimperialistische Koordination*

*7. März 2003*



Die irakische patriotische Opposition:

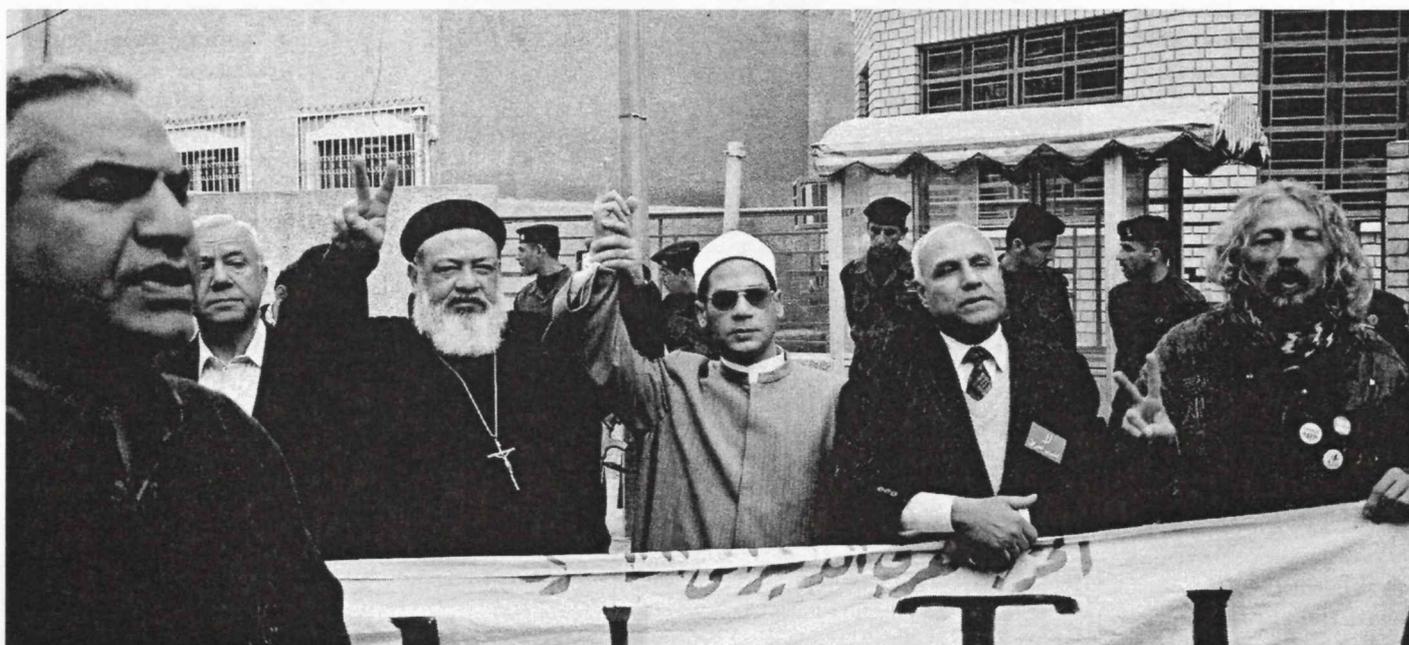
## Der schwierige Versuch der nationalen Aussöhnung

Am 8. und 9. Februar 2003 fand der Dritte Kongress der Irakischen Nationalen Koalition in Paris unter dem Motto „Nationale Versöhnung und Demokratie: Unser Weg für Widerstand gegen die amerikanische Aggression und deren Niederlage“ statt. Anwesend waren rund 230 Vertreter unterschiedlicher irakischer oppositioneller Parteien und Organisationen sowie Einzelpersonen, außerdem nahmen an dem Kongress neben Vertretern anderer arabischer Parteien aus Palästina, Jordanien, Syrien, Ägypten und einigen Staaten des Maghreb auch Delegierte europäischer Organisationen teil, unter anderem aus Norwegen, Österreich, Italien und natürlich Frankreich. Neben politischen Stellungnahmen al-

Krieg mobil zu machen und gegen die amerikanischen Besatzer Widerstand zu leisten. Gleichzeitig verurteilten die Teilnehmer die mangelnde Unterstützung der arabischen Regimes für die Palästinenser und für die Iraker. Außerdem traten vier weitere Parteien der Irakischen Nationalen Koalition bei: die Partei der Umwelt, die Partei für Gerechtigkeit und Reform, die Bewegung für eine Wiederbelebung der Zivilgesellschaft sowie der Irakische Rat der Beduinen. Ihren Abschluss fand die Konferenz mit der Wahl der 23 Mitglieder des Zentralforums, von welchen anschließend das Führungskomitee gewählt wurde. Präsident der Koalition wurde, wie schon zuvor, Abd al-Jabbar al-Kubaysi.

nischen Versuche, auf irakisches Territorium vorzudringen, verurteilte. Daraufhin wurden einige Mitglieder unter Hausarrest gestellt. Nach dem Ende des Iran-Irak Krieges besserte sich das Arbeitsklima etwas, mit dem Beginn des zweiten Golfkrieges jedoch wurde erneut der Hausarrest verhängt. Nach dem Ende dieses Krieges gingen die meisten in Syrien verbliebenen irakischen Oppositionellen nach Europa.

Bereits gegen Ende des Iran-Irak Krieges begannen sich innerhalb der Opposition zwei Blöcke herauszukristallisieren. Der eine Teil bestand aus den arabischen Nationalisten und einer Tendenz innerhalb der Irakischen Kommunistischen Partei. Dieser Teil warf dem anderen Block, der aus



ler Repräsentanten wurden drei politische Dokumente vorgelegt. Das erste befasste sich mit den Ergebnissen der Delegation der Irakischen Nationalen Koalition in den Irak im vergangenen Jahr, das zweite beschäftigte sich mit der Notwendigkeit, eine neue nationale Basis gegen die Aggression der Amerikaner und ihrer Verbündeten zu schaffen, und das letzte strich die Übereinstimmung und Verbindung des palästinensischen Befreiungskampfes mit dem irakischen Widerstand heraus. Auf der Konferenz wurde mehrfach betont, wie zentral es in der heutigen Situation sei, alle patriotischen, nationalistischen und auch islamischen Kräfte in einer breiten Front zu vereinigen, um gegen den drohenden

Al-Kubaysi selbst war Mitglied der syrischen Richtung der Baath-Partei und hatte im Exil in Syrien das Verbindungsbüro zu allen irakischen Oppositionsgruppen inne. 1980 wurde die Demokratische Nationale Patriotische Front in Damaskus gebildet, die alle irakischen Oppositionsgruppen vereinigte. Es gab ein gemeinsames Sekretariat, in dem neben al-Kubaysi unter anderem auch der Kurdenführer Jalal al-Talibani und Aziz Muhammed von der Irakischen Kommunistischen Partei vertreten waren. Die Beziehungen zum syrischen Regime wurden jedoch während des Iran-Irak Krieges frostig. Die Front hatte sich gegen den Krieg ausgesprochen, veröffentlichte 1982 aber eine Deklaration, welche die ira-

den beiden kurdischen Bewegungen sowie der offiziellen KP bestand, Unterstützung und Zusammenarbeit mit dem Iran vor. Jene, welche sowohl gegen die iranische Invasion als auch gegen den Angriff der westlichen Alliierten im zweiten Golfkrieg waren, hielten im Juni 1992 eine erste Konferenz in Schweden ab, wo die Irakische Nationale Koalition gegründet wurde. Zentral waren die Verurteilung des Embargos sowie die Forderung nach mehr Freiheiten im Irak. Die Gruppen, welche an diesem Bündnis teilnahmen und noch immer aktiv sind, seien im Folgenden erwähnt. Zum einen gibt es natürlich die alte pro-syrische Spaltung der Baath-Partei, dann die Sozialistische Einheitspartei,

die nasseristisch orientiert ist, die Arabische Arbeitspartei und die Arabische Sozialistische Bewegung, welche beide vom arabischen Nationalismus gemischt mit marxistischem Einfluss geprägt sind, die Kurdische Islamische Armee, die Kurdische Friedenspartei, die aus Journalisten und Intellektuellen besteht, einige unabhängige Einzelpersonen und Politiker sowie die patriotische Tendenz innerhalb der Kommunistischen Partei.

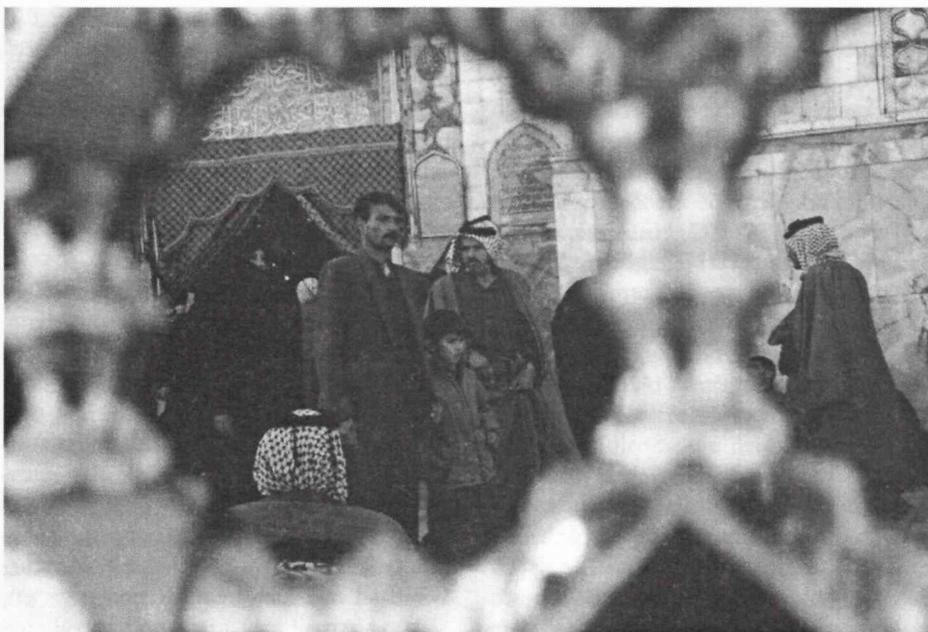
Verbindungen pflegt die Irakische Nationale Koalition weder mit dem Irakischen Nationalkongress, der finanziell und politisch von den USA unterstützt wird, noch zum Islamischen Revolutionsrat im Irak, der von al-Kubaysi als „ein iranisches Instrument“ bezeichnet wird. Auch mit den beiden offiziellen kurdischen Formationen im Norden des Irak bestehen seit 1991 keine Kontakte mehr, ebensowenig wie mit der offiziellen Führung der Kommunistischen Partei. Es gibt jedoch Verbindungen zur Parteibasis, was die Mitgliedschaft der patriotischen Tendenz innerhalb der Kommunistischen Partei in der Koalition zeigt, sowie auch zu Mitgliedern des Politbüros, welche die offizielle Linie der Kommunistischen Partei nicht teilen. Über die Stärke der irakischen Exilopposition ist al-Kubaysi offen: Unter den Nicht-Irakern, die im Ausland leben, haben diese Organisationen, weder die Koalition noch die vom Westen unterstützte Opposition, irgendein reales Gewicht. Ihre Zahl beläuft sich jedoch schon auf etwa 170 verschiedene Gruppierungen. Aber auch im Irak selbst ist der Einfluss der Organisationen der Irakischen Nationalen Koalition gering, besonders was eine organisierte Anhängerschaft betrifft.



„Auch wenn uns das Regime zur Strecke bringen will, müssen wir mit ihm gegen die Aggression kämpfen. Wenn wir das nicht tun, verlieren wir jede Existenzberechtigung“, betont Al-Kubaysi in einem Interview, das im Dezember vergangenen Jahres in Bagdad geführt wurde. Damals war eine Delegation der Irakischen Nationalen Koalition in den Irak gefahren, um mit Vertretern der Regierung über eine demokratische Öffnung zu beraten. „Die Situation verlangt nach der Einführung politischer Freiheiten“, so al-Kubaysi. Das einzige Mittel, gegen die amerikanische Aggression einzutreten, sei die Mobilisierung aller

Kräfte des Volkes auf der Basis einer nationalen Versöhnung, die jedoch politische Freiheiten mit sich bringen müsse. Als zentrale zur Diskussion gestellte Punkte wurden die Frage der Pressefreiheit, die Frage nach einer neuen Verfassung, welche auf politischem Pluralismus beruht, sowie die Möglichkeit zur Gründung von Parteien jenseits der regierenden Arabisch Sozialistischen Baath Partei behandelt. Nur durch die Gewährung demokratischer Freiheiten könne die nationale Einheit zum Widerstand gegen die Besatzer hergestellt werden. Bei Treffen mit u. a. Vizepremier Tariq Aziz und dem Vizepräsident des Obersten Revolutionsrates, Izat Ibrahim, wurden die oben erwähnten Punkte in einer „von Offenheit dominierten Atmosphäre“ diskutiert. Es gab und gibt die Bereitschaft, neue Gesetzesentwürfe ausarbeiten zu lassen, die diese demokratischen Freiheiten als ersten Schritt zum Inhalt haben. Al-Kubaysi: „Wir müssen also den Amerikanern die Karte der ‚Diktatur‘ aus der Hand nehmen, so wie wir ihnen auch schon die Karte der ‚Massenvernichtungswaffen‘ entzogen haben.“ Ob sich das für das Regime in Bagdad jedoch noch ausgehen wird, ist mehr als fraglich. Denn die bürokratischen Mühlen mahlen langsam, und eine von den Massen spürbare demokratische Öffnung des Regimes wird dem Krieg wohl nicht mehr zuvor kommen, die nationale Einheit im Kampf gegen die Amerikaner dann wohl ausbleiben.

Doris Artzmann  
10. Februar 2003



# „Die Unterstützung der Kommunistischen Partei des Irak für das Embargo ist ein Verbrechen“

**Autorisiertes Interview mit Ahmad Karim, Vorsitzender der Nationalen Demokratisch-Kommunistischen Bewegung, die 2001 gegründet wurde. Karim ist kurdischer Herkunft und seit 1954 Mitglied der Irakischen Kommunistischen Partei (IKP). Er war jahrzehntlang Vertreter der Partei in Osteuropa und leitete ihre Rundfunkstationen.**

*Wie würden Sie die Irakische Kommunistische Partei heute charakterisieren?*

Die IKP ist eine opportunistische Partei, die indirekt dem Imperialismus hilft. Ihre Führung hat die Seite gewechselt und unterstützt den Krieg, um Saddam zu stürzen. Dennoch kann man nicht sagen, dass sie sich in eine völlig reaktionäre Kraft verwandelt hat. Die Führung kann die Mitgliedschaft nicht anleiten. Sie existieren als Partei nicht, sie leben nicht im Land, sondern im Ausland oder in Kurdistan. Im Irak haben sie keine Aktivitäten, sie schlafen einfach. Wenn wir zurückkehren, müssen wir eine Konferenz einberufen um eine neue Führung zu wählen, die wirklich alle Tendenzen in der Partei vertritt.

*Warum glauben Sie, dass sich diese Partei, die das Embargo über zehn Jahre lang unterstützt hat, reformieren lässt?*

Drei große Verbrechen hat sie begangen. Erstens das Embargo, zweitens die Unterstützung für den Iran im Krieg, und drittens die Zerstörung der Partei. Trotzdem glaube ich, dass man die Partei wieder herstellen und eine neue Führung aufbauen kann.

*Wie hat sich Ihre Opposition entwickelt?*

1986 gab es eine Menge Kritik in der Parteibasis und wir gründeten die Zeitung al-Manber (Die Tribüne). Die Opposition bezog sich auf die unklare Haltung der Führung im Krieg mit dem Iran. Ursprünglich herrschte Übereinstimmung, wir waren alle gegen den Krieg, den wir als eine Aggression betrachteten, die die USA angezettelt hatte und die sich gegen ein Volk richtete, mit dem wir Freundschaft suchen. Wir riefen beide Seiten dazu auf, den Krieg zu beenden. Doch sobald iranische Truppen auf irakisches Territorium vorrückten, passten wir unsere Position an. Wir mussten unser Land verteidigen, da es von ausländischen Truppen besetzt war. Wir fragten Hamid Musa, der heute Erster Sekretär ist, wie er das reaktionäre Khomeini-Regime unterstützen konn-

te. Sie glaubten, die Iraner würden Saddam stürzen, doch er stellte sich als der Stärkere heraus. Ich erinnere mich, dass ein Mitglied des Zentralkomitees sagte, dass wir die Besetzung Saddam vorziehen müssten. Das gleiche Herangehen zeigen sie nun gegenüber den Amerikanern. Sie haben völlig vergessen, was koloniale Besatzung für unser Volk vor fünfzig Jahren bedeutete.

1991, während der amerikanischen Aggression, verschwand al-Manber jedoch, viele Redakteure passten sich der neuen Situation an, wurden immer opportunistischer – und manche wurden auch sehr reich.



*Hat Ihre oppositionelle Bewegung irgendetwas mit der Spaltung der IKP von 1967 zu tun?*

Nein, die Gruppe um Aziz al-Hadsch wurde völlig ausgelöscht. Um diese Spaltung zu verstehen, muss man bis 1963 zurückgehen. Nach dem ba'thistischen Putsch wurde die Parteiführung umgebracht und seitdem schwankte die Partei. Die führende Gruppe im Zentralkomitee sprach sich seit 1964 für ein Zusammengehen mit Arif aus, wir hingegen wollten die Machtübernahme vorbereiten. Wir unterwanderten den Staatsapparat, die Medien, die Armee und selbst die Republikanischen Garden. Die Ba'th-Partei machte übrigens das Gleiche. Wir wollten die Parteiführung übernehmen, doch eine Spaltung vermeiden. Als wir von diesem Schritt von Aziz al-Hadsch erfuhren, waren wir überrascht. Die Opposition genoss ursprünglich breite Unterstützung, doch Aziz wurde als der Schwächste in der Führung der Opposition angesehen. Er hatte im Gefängnis einen

schlechten Ruf erworben. Die Unterstützung schwand bald. Er ging in die Sümpfe im Süden und begann den bewaffneten Kampf. Dieses Gebiet ist aber nicht für Guerillakrieg geeignet, da man mit Hubschraubern leicht aufzuspüren ist. Viele Genossen verloren ihr Leben. Aziz wurde 1968 gefangen genommen. Er verriet seine Genossen und wurde von Saddam sogar freigelassen.

*Wie stark war der chinesische Einfluss auf die Bewegung von Aziz al-Hadsch?*

China versuchte Einfluss zu gewinnen. Sie luden Kader nach China ein, boten Unterstützung an usw. Es gab einige Sympathie, aber es gab nie eine offene pro-chinesische Tendenz in der IKP.

*Lassen Sie uns bis 1959 zurückgehen. Es heißt, dass die kommunistische Bewegung zwischen den Ereignissen in Mosul im März und in Kirkuk im Juli ihren Höhepunkt hatte. Selbst die schlimmsten Feinde der IKP sagen, dass die Partei damals die Stärke gehabt hätte, die Macht zu übernehmen.*

Ich erinnere mich an den Ersten Mai damals: Millionen waren auf den Straßen. Die Demonstrationen begannen am Morgen und am späten Nachmittag war der Zug noch nicht vorüber. Im Zentralkomitee gab es zwei Flügel. Einerseits der um den Ersten Sekretär Salam Adil, der dagegen war, die Macht zu übernehmen; andererseits das Militärkomitee, das dafür eintrat, die Macht mit Waffengewalt zu übernehmen. Erst später erfuhr ich, dass Moskau gegen einen Militärputsch intervenierte. Rückblickend war die russische Intervention entscheidend für die Linie der Partei.

*Was denken Sie über die Nationale Front in den 70er-Jahren und über ihr Ende?*

Die Nationale Front war die beste Zeit der IKP. Saddam trägt die Verantwortung für den Bruch. Doch wir reagierten falsch. Als Saddam 1979 trotz gegenteiliger Versprechungen 43 Kommunisten henkte, war klar geworden, dass eine eindeutige Antwort erforderlich war. Doch die Partei veranlasste eine Art Massenflucht. Sie schloss alle Zeitungen, Büros, Massenorganisationen usw. und die führenden Kader verließen das Land. Es wäre notwendig gewesen, sich auf Arbeit im Untergrund vorzuberei-

## „Der Irak braucht die patriotische Opposition“

**Abd al-Jabbar al-Kubaysi ist führendes Mitglied der Patriotischen Irakischen Opposition. Das Interview führte Ibrahim Allush am 13. Dezember 2002 in Bagdad.**

*Herr Abd al-Jabbar al-Kubaysi, könnten Sie uns sagen, wie Sie ein Oppositioneller wurden?*

Ich trat der Arabischen Sozialistischen Baath-Partei 1958 im Alter von 15 Jahren bei. Ich wurde 1959 in den Tagen von Abd al-Karim Qasim und erneut 1960 wegen meiner Aktivitäten an der Universität verhaftet. 1961 ging ich nach Beirut und kam nach Erhalt meines Diploms in den Irak zurück.

Ich wurde aufgefordert, meinen Wehrdienst anzutreten. Das tat ich in der al-Walid-Basis in der Nähe der Grenze zu Jordanien. Die palästinensische Widerstandsbewegung steckte damals noch in den Kinderschuhen. Ich transportierte alle Waffen, die ich bekommen konnte, über die Grenze, weil meine Arbeit als Ingenieur von Rollbahnen und Bunkern häufige Reisen nach Jordanien einschloss und ich ein militärisches Fahrzeug fuhr, das nicht der Zollkontrolle unterlag.

Nach dem 17. Juli 1968, als Ahmad Hasan al-Bakr im Irak an die Macht kam, wurde ich für eine Zeitspanne von neuneneinhalb Monaten eingesperrt. Ich wurde zwar frei-

ten, doch wir stellten praktisch die Aktivitäten der Partei ein.

*Was war Ihre Position zum Krieg mit Kuwait?*

Ich unterstützte den Irak, denn Kuwait ist historisch ein Teil des Irak.

*Wäre es möglich, dass die USA diese Kommunisten in eine Regierung nach Saddams Sturz aufnimmt?*

Am Anfang nicht, aber vielleicht später.

*Wie wird der Krieg verlaufen?*

Eine ernsthafte Voraussage ist nicht möglich. Er könnte drei Tage, aber auch einen Monat oder länger dauern. Die USA werden jedenfalls große Probleme haben, wenn sie sich im Irak niederlassen.

*Ist ein Bürgerkrieg möglich?*

Ich glaube nicht, dass während der US-Aggression ein Bürgerkrieg ausbricht, da sich erstere gegen das ganze irakische Volk richtet – Araber, Kurden und alle anderen Gruppen.

gelassen, aber einen Monat später wieder für ein Jahr und sieben Monate inhaftiert. Im Juni 1971 wurde ich dann erneut aus der Haft entlassen.

*Warum wurden Sie von Ihren Baath-Genossen verhaftet, die gerade an die Macht gekommen waren? War es wegen einer speziellen Aktion, oder weil Sie dem anderen Flügel der Baath-Partei angehörten?*

Es gab keinen speziellen Anklagepunkt. Vielleicht war die erste Verhaftung eine Vorsichtsmaßnahme, weil sie vor kurzem die Macht übernommen hatten. Aber die zweite Periode der Haft kam, nachdem jemand ausgesagt hatte, dass ich dem militärischen Zweig unseres Flügels der Baath-Partei angehörte. Ich wurde übrigens ohne Prozess eingesperrt.

Aber nachdem ich freigelassen worden war, kehrte ich zu meiner Arbeitsstelle bei der Mineralölgesellschaft zurück, die im Übrigen der Regierung gehörte. Dann blieb ich im Irak und arbeitete in der geheimen Organisation des anderen Flügels der Baath-Partei bis zum August 1976.

*Was geschah im August 1976?*

Der Verantwortliche für die geheime Arbeit der Partei im Irak, Ahmad al-Azzawi, wurde in Damaskus ermordet. Er war Mitglied der pan-arabischen Führung der Partei mit Hauptsitz in Syrien gewesen. Ich wurde bestimmt, um nach Damaskus zu gehen und seine Stelle einzunehmen.

*Also legten Sie Ihre Karten auf den Tisch?*

Ich ging nach Damaskus ohne eine Absicht auf Rückkehr. Ich hatte im Untergrund gearbeitet. Ich fuhr nach Kairo und von dort aus nach Damaskus, um der Vertreter der geheimen Organisation im Irak zu werden...

*Und Sie gingen nicht in den Irak zurück, bis...?*

Bis zum 11. November 2002, als ich nach Bagdad zurückkehrte.

*Was taten Sie in Syrien?*

Ich war Mitglied der pan-arabischen Führung der Baath-Partei und verantwortlich für das Büro, das Verbindungen mit allen irakischen Oppositionsgruppen, sowohl Arabern als auch Kurden, hatte. 1980

wurde die Demokratische Nationale Patriotische Front in Damaskus gebildet, die alle irakischen Oppositionsparteien vereinigte. Sie hatten keinen Chef, sondern es gab ein allgemeines Sekretariat und ich war eines seiner Mitglieder, gemeinsam mit [dem kurdischen Führer] Jalal al-Talibani, Aziz Muhammad von der Irakischen Kommunistischen Partei, Awani al-Qalamji und anderen. Die Mitgliedschaft in dem Sekretariat der Parteien wurde nicht Individuen übertragen, sondern den Parteien und jede Partei konnte ihren Vertreter in das Sekretariat wählen.

*Aber das Verhältnis mit dem syrischen Regime begannen sich zu verschlechtern?*

Am 13. Juli 1982 veröffentlichten wir eine Deklaration im Namen der Baath-Partei und der Front, die die Versuche des Iran verurteilte, irakisches Territorium anzugreifen. Wir hatten von Anfang an eine Position gegen den Krieg eingenommen und gegen den Einmarsch von irakischen Truppen in den Iran. So war es für uns nicht sinnvoll, dem Einmarsch von iranischen Truppen in den Irak zuzustimmen. Das verstärkte die Probleme mit dem syrischen Regime. Als Ergebnis davon wurde ich in Damaskus unter Hausarrest gesetzt.

Danach geschah die Geschichte mit Kuwait. Zu diesem Zeitpunkt fanden Treffen mit den syrischen Herrschern statt. Sie ersuchten mich, wieder mit ihnen zu arbeiten, aber ich weigerte mich. So wurde ich wieder unter Hausarrest gestellt, nachdem ich kurz herausgelassen worden war. Dieser dauerte bis genau eine Woche nach dem Ende des zweiten Golfkrieges an. Danach wurden die Sicherheitswachen von meiner Wohngegend abgezogen. Aber ich konnte nicht ausreisen, weil ich keinen Pass hatte. Während des ersten Golfkriegs [Iran-Irak-Krieg] hatten die irakischen Oppositionsgruppen begonnen, Syrien zu verlassen, unter ihnen die Parteien, die einen arabisch-nationalistischen Anspruch hatten. Und einige Kommunisten, die ihre Verbindung zu der Kommunistischen Partei abgebrochen hatten, weil die Kommunistische Partei mit der iranischen Armee kämpfte und unter dem Einfluss der Kurden und der syrischen Herrscher stand. Nach dem Ende des Zweiten Golfkriegs [US-Angriff gegen Irak, 1990–1991] verließen irakische Oppositionelle in größerer Zahl Syrien, um nach Europa zu gehen. Was mich betraf, ich blieb bis 1997 in Syrien. 1996 ga-

ben sie mir meinen syrischen Diplomatenpass zurück. Als ich ihn benutzte, kam ich nie wieder nach Syrien zurück.

*Wie war ihr Verhältnis zu den irakischen Oppositionsgruppen in Syrien zu dieser Zeit?*

Wir teilten eine gemeinsame Haltung gegenüber dem irakischen Regime und für Demokratie und Freiheit im Irak. Aber politische Entwicklungen führten zu einer Spaltung der Opposition in zwei Blöcke. Diese Blöcke kristallisierten sich während der zweiten Periode des ersten Golfkrieges und während des Angriffs von dreißig Nationen gegen den Irak heraus. Ein Block der Opposition wurde von den offiziellen Kommunisten und den zwei Flügeln der kurdischen nationalen Bewegung gebildet. Der andere Oppositionsblock bestand aus den arabischen Nationalisten und jenen Kommunisten, die sich weigerten, mit dem Iran zusammenzuarbeiten.

*Sie sind als Vertreter des Irakischen Nationalen Bündnisses mit einer Abordnung in den Irak gekommen, die fünf andere Teilnehmer mit einschließt. Diese vertreten andere Flügel der Führung des Bündnisses. Was ist das Irakische Nationale Bündnis genau und wer gehört ihm an?*

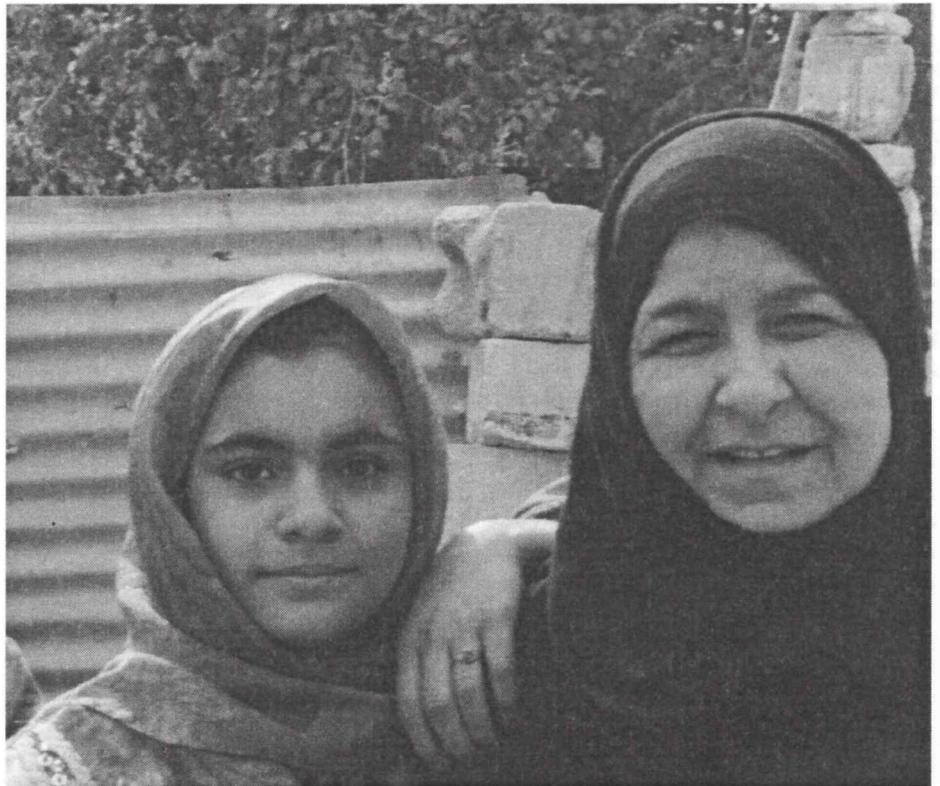
Die gleichen Gruppen in Syrien, die eine Position gegen den amerikanischen Angriff auf den Irak einnahmen und später nach Europa gingen. Zuvor hatten sie sich gegen die iranische Invasion des Irak ausgesprochen. Alle diese Gruppen hielten im Juni 1992 einen Kongress in Schweden ab, wo sie das Irakische Nationale Bündnis bildeten, basierend auf einer gemeinsamen Sicht der Ereignisse, auf einer Verurteilung des Embargos gegen den Irak und auf einer Forderung nach mehr Freiheiten im Irak. Die Gruppen, die an dem Irakischen Nationalen Bündnis teilnehmen, sind:

- der andere Flügel der Arabischen Sozialistischen Baath-Partei
- die Sozialistische Einheitspartei (nasseristisch orientiert)
- die Arabische Arbeitspartei (Arabische Nationalisten-Marxisten)
- die Arabische Sozialistische Bewegung (der Rest der arabisch-nationalistischen Bewegung, die mehrheitlich zum Marxismus neigte)
- die Kurdisch-Islamische Armee
- die Kurdistan-Friedenspartei (bestehend aus kurdischen Intellektuellen und Journalisten)
- die patriotische Tendenz in der Irakischen Kommunistischen Partei
- eine Gruppe von unabhängigen Politikern und Intellektuellen

*Welches reale politische Gewicht haben alle diese*

*Organisationen unter den Irakern im Exil?*

Diese Frage kann nicht in dieser Form gestellt werden. Irakische Bürger im Ausland haben ihre Heimat auf der Suche nach einem Lebensunterhalt verlassen und keine der Oppositionsparteien hat irgendein Gewicht unter ihnen. Das stimmt nicht nur für uns, sondern auch für die irakischen Oppositionsgruppen, die Geld von den arabischen Golf-Regimes erhalten, und die von den politischen Einrichtungen profitieren, die Amerika den Staaten der Welt auferlegt. Sie haben Mittel, aber sie haben keine Massen, die ihnen folgen. Die Zahl irakischer Oppositionsorganisationen im Exil beläuft sich auf 173, die meisten von ihnen sind Söldner und haben keine echten Wurzeln, weder im Irak noch sonstwo.



*Haben Sie Massenanhänger innerhalb des Irak?*

Ja, wir haben Massenanhänger im Irak. Deshalb, weil wir nicht aus dem Nirgendwo entstanden sind. Aber wir haben keine organisierten Gruppen. Historisch hatte die arabisch-nationalistische Strömung im Irak zwei Flügel: die Baath- und die arabisch-nationalistische Bewegung. Wir haben mit der gegenwärtig regierenden Baath-Tendenz viele Gemeinsamkeiten. Unsere Massen stimmen mit dem Regime in Fragen des Patriotismus und des arabischen Nationalismus überein, aber nicht in der Frage der Freiheiten, in der wir Differenzen haben. Die herrschende Partei herrscht allein. Die Massen im Irak unterstützen das Regime in seiner patriotischen und arabisch-nationalistischen Gesinnung

und sind bereit, in Verteidigung des Irak und gegen das Embargo und jeden Angriff zu kämpfen. Aber sie glauben, dass politische Öffnung unsere Heimat beweglicher machen wird und dass sie so Angriff und Embargo besser widerstehen kann. Die Massen haben unsere Rückkehr begrüßt. Sie betrachteten sie als einen Schritt in die richtige Richtung. Auch wenn das Regime uns zur Strecke bringen will, müssen wir mit ihm gegen die Aggression kämpfen. Wenn wir das nicht tun, verlieren wir jede Existenzberechtigung.

*Sie haben meine Frage bezüglich der Gründe für Ihre Rückkehr in den Irak vorweggenommen.*

Seit 1992 ist unsere politische Linie gegen das amerikanische Projekt gerichtet.

Wir haben die Kräfte, die mit den Ausländern zusammenarbeiten, immer verurteilt. Wir haben die Beständigkeit unserer Leute, den Wiederaufbau unseres Landes und ihren Widerstand gegen das Embargo gewürdigt. Seit damals sind wir davon überzeugt, dass sich der Irak in der Situation einer historischen Konfrontation befindet, die noch lange andauern wird. Das letzte Wort wurde nicht im Jahre 1991 gesprochen. Wir glauben nicht, dass das Embargo in einem oder zwei Jahren aufgehoben werden wird. Diese Situation verlangt nach der Einführung politischer Freiheiten. Auf dieser Basis haben wir zu einer patriotisch gesinnten Versöhnung aufgerufen, um die Widerstandskraft unserer Leute gegen Embargo und Angriff zu stärken.

Im September 2000 beriefen wir den Zweiten Kongress des Irakischen Nationalen Bündnisses in London ein. 104 Abgeordnete aus vielen Ländern nahmen teil. Der Kongress wurde zur Gänze von den Teilnehmern finanziert.

*Haben die Amerikaner nicht versucht mit Ihnen Verbindung aufzunehmen?*

Nie. Denn unsere Positionen sind ihnen wohl bekannt. Wir rufen zum Kampf gegen sie auf. Wir hielten Demonstrationen gegen sie vor den Amerikanischen Botschaften in Westeuropa ab, um ein Ende des Embargos zu fordern und gegen den fortgesetzten amerikanischen Völkermord an irakischen Kindern zu protestieren.

*Was ist mit den anderen Oppositionskräften, die mit Amerika zusammenarbeiten, wie z. B. der Irakische Nationalkongress? Haben die nicht versucht, an Sie heranzutreten?*

Das sind Geschöpfe des CIA. Das sind Gruppierungen, die eingefroren in Abgründen verborgen waren und nach Bedarf ausgegraben und ein wenig aufgetaut wurden. Viele ihrer Führungspersönlichkeiten waren übrigens Teil des Regimes. Als die Dinge begannen, schlecht zu laufen, packten sie einfach ihre Sachen und verließen das Land um auf die andere Seite überzulaufen.

*Was ist mit dem Islamischen Revolutionsrat im Irak? Haben sie versucht, Sie zu kontaktieren?*

Der Islamische Revolutionsrat im Irak ist ein iranisches Instrument. Seine Basis hat er unter einigen irakischen Gefangenen aus dem Iran-Irak-Krieg und der Iranischen Revolutionsgarde. Unter ihren Führern gibt es nicht einen gebürtigen Iraker. Sogar Baqir al-Hakim stammt ursprünglich aus Isfahan, im Iran. Und sie haben auch nicht versucht, mit uns Verbindung aufzunehmen.

*Und die Kurden im Norden des Irak?*

Im Norden gibt es die offizielle Kommunistische Partei und die beiden kurdischen Formationen, die schon vor 1991 existierten. Das sind wirkliche irakische Bewegungen. Was die Kurden betrifft, so stehen wir in Verbindung mit einigen Personen. Zu den politischen Bewegungen haben wir seit 1991 jede Verbindung unterbrochen. Von den Kommunisten haben sich zwei patriotisch gesinnte Blöcke abgespalten. Einer von ihnen ist mit uns im Nationalen Bündnis (der Block von Khalid Salam und Ahmad Karim). Der andere ist der Block der führenden Kader, der Mitglieder des Politbüros der Irakischen Kommunis-

tischen Partei von Baqir Ibrahim al-Musawi. Wir sind in wöchentlichem Kontakt mit ihnen. Sie wollen keinen Bündnissen beitreten, solange die Schwierigkeiten ihrer eigenen Organisation nicht geklärt sind. Die offizielle Irakische Kommunistische Partei steht unter dem Einfluss der Kurdischen Nationalen Bewegung, aber mehr als die Hälfte ihrer einfachen Mitglieder sind patriotisch gesinnte Individuen. Daran kann es keinen Zweifel geben.

Wenn es im Irak einen Ruf nach Versöhnung gibt und wenn es uns gelingt eine Atmosphäre von Toleranz und gegenseitigem Respekt zu schaffen, glaube ich, dass unsere Brüder in der Irakischen Kommunistischen Partei den Kurs ihrer derzeitigen Führer nicht akzeptieren, sondern in ihr Land zurückkehren würden, um ihren eigenen patriotisch gesinnten Kommunistischen Block zu bilden. Die eigentliche Basis der Kommunistischen Partei ist zweifellos patriotisch gesinnt. Aber die amerikanischen Anstrengungen gegenüber den Irakern im Ausland und der Mangel an Entspannung innerhalb des Irak bringt den patriotisch gesinnten Block in seine gegenwärtige Situation. Was die Führer der Kommunistischen Partei betrifft, die sind in kuwaitischem Geld ertrunken. Das US-Außenministerium hat eine Liste von 17 irakischen Organisationen herausgegeben, die finanzielle Unterstützung von den US-Behörden erhalten. Diese Liste enthielt auch den Namen eines Klubs oder Vereins irakischer kommunistischer Intellektueller in London.

*Müssen wir aus all dem schließen, dass es keine irakische Opposition von gewisser Bedeutung und Glaubwürdigkeit im Ausland gibt, die eine Alternative zu dem Regime bilden könnte?*

Nein, die gibt es nicht.

*Auch nicht die mit den Iranern verbündete?*

Sie sagten „Iraker“, nicht Verlängerungen der Iraner. Seien Sie sich der Tatsache bewusst, dass die Opposition auswärts entlang ethnischer und religiöser Linien gespalten ist. Wenn Amerika sie in den Irak zurück bringt, wird es Blutbäder geben, weil diese Oppositionsgruppen auf die Interessen ihrer jeweiligen ethnischen oder religiösen Gruppen fixiert sind. Nicht nur das, es gibt auch sechs oder sieben turkmenische Parteien und drei assyrische Organisationen. Die haben nie wirkliche irakische Organisationen aufgebaut, sondern vielmehr ein Klima und eine Basis für das Wachstum eines Bürgerkriegs gefördert. Es wird einen hohen Blutzoll geben, falls sie eines Tages an die Macht kommen sollten. Aus diesen Überlegungen ergibt sich

die Bedeutung der Bewegungen unseres Irakischen Nationalen Bündnis und der Basis der Kommunistischen Partei (deren Führer derzeit einen destruktiven und unpatriotischen Kurs verfolgen).

Die wirklich patriotisch gesinnten irakischen Oppositionellen sind heute diejenigen, die nichts besitzen und von keinem fremden Staat unterstützt werden. Wenn sie in den Irak kommen würden, würden sie sich auf Grundlage ihrer patriotisch gesinnten Linie zusammenfinden. Auch die Kurden. Ich behaupte nicht, dass die kurdische Bewegung in ihrer Gesamtheit ein Geschöpf des Mossad und CIA ist, aber es gibt keinen Zweifel daran, dass Mossad und CIA sie für ihre Zwecke benützen.

*Wenn Sie solche Positionen vertreten, warum sind Sie dann so lange nicht in den Irak zurückgekehrt?*

Lassen Sie mich an dieser Stelle klar sagen, dass ich kein Krimineller bin, der aufgrund einer Art Amnestie zurückgekommen ist. Ich habe einen hohen Preis für meine Überzeugung gezahlt. Zum Beispiel wurden meine beiden Brüder 1981 ohne einen anderen Grund als den, meine Brüder zu sein, exekutiert. Eine solche feindselige Atmosphäre erfordert eine lange Zeit, bis sie in Vertrauen umgewandelt werden kann. Die Führung im Irak trat in der Vergangenheit an uns heran, als sie völlig darauf konzentriert war, die Aufhebung des Embargos zu bewirken. Unser Standpunkt war, dass die Voraussetzung für den Kampf gegen das Embargo die Schaffung einer Atmosphäre der Versöhnung mit den irakischen Patrioten war, nicht die Aufschiebung einer solchen Versöhnung. Lassen Sie mich klar sagen, dass wir nicht die Macht anstreben, auch nicht einen Anteil an der Macht. Aber wir wollen die Möglichkeit haben, in Verteidigung der Heimat zu kämpfen. Nach gelegentlichen Treffen über mehrere Jahre hinweg bekamen wir eine offizielle Einladung zurückzukommen, basierend auf einer Resolution der irakischen Führung, Gesetzesänderungen zu unternehmen, wie uns gesagt wurde, die politischen Pluralismus und Pressefreiheit für politische Parteien und auch eine Serie von Maßnahmen zur Schaffung einer Atmosphäre von Toleranz garantieren sollten. Wir hätten bereits vor zwei Monaten zurückkommen sollen, aber wir hatten die notwendigen Visa bis Anfang November nicht erhalten.

*Wie wurden Sie empfangen? Wie verliefen Ihre Zusammentreffen mit den offiziellen Vertretern?*

Wir wurden gut empfangen und die Treffen waren herzlich. Die offiziellen Ver-

treter lobten unseren guten Willen in den Irak zurückzukommen. Wir unterstrichen die Notwendigkeit des gegenseitigen Respekts und einer Atmosphäre von Versöhnung sowie die Forderung nach Freiheit für politische Parteien und der Presse auf der Grundlage des Bekenntnisses zum Widerstand gegen die Aggression und gegen Amerikas Projekte in der Region. Wir betonten, wie wichtig der Aufbau einer neuen nationalen Einheit sei und dass dies die grundlegenden Instrumente des Widerstandes seien. Vielleicht werden wir nicht in der Lage sein, militärisch zu gewinnen, aber wir können widerstehen und Widerstand ist es, was die Kosten des Angriffes bis zu einem Ausmaß erhöhen kann, dass es den Feind zwingt, sich zurückzuziehen. Wir hoffen, dass die Führung flexibel in der Handhabung der Waffen und Inspektionen sein wird, denn allein die Tatsache, dass der Krieg nicht begonnen wird, wäre ein Sieg für den Irak.

*Fanden Sie die Führung gesprächsbereit bezüglich Ihrer Vorschläge für Pluralismus auf einer patriotisch gesinnten Basis und werden in dieser Hinsicht konkrete Schritte unternommen? Gibt es einen Arbeitsplan?*

Es wurde ein Oberster Ausschuss gebildet, unter dem Vorsitz von Dr. Izzat Ibrahim, um eine Verfassung vorzubereiten und ein Gesetz für politischen Parteipluralismus sowie ein Gesetz für Pressefreiheit. Es wurde uns gesagt, dass die Ausarbeitung der Entwürfe mindestens einen Monat in Anspruch nehmen wird. Danach werden die Gesetze dem Gesetzgebenden Rat vorgelegt werden müssen, was auch einige Zeit dauern wird. Doch uns vom Irakischen Nationalen Bündnis wurde versichert, dass wir diese Rechte sofort in Anspruch nehmen können, unter Verweis darauf, dass sie bereits in Erarbeitung begriffen sind.

*Werden Sie von diesem Angebot Gebrauch machen?*

Wir müssen nach Europa zurückgehen, um diese Angelegenheiten mit unseren Brüdern zu besprechen. Es ist möglich, dass einige von uns aufgrund dieses Angebotes innerhalb von drei Monaten kommen werden, um sich an die Arbeit zu machen und dass danach eine größere Zahl zu Beginn des Sommers kommen wird. Aber bis dahin kann, ja muss der irakische Staat diese Gesetze in die Praxis umsetzen um das Leben für die Bürger zu erleichtern und alle Maßnahmen unterdrückerischer oder zwanghafter Natur rückgängig machen. Zum Beispiel hoffen wir hinsichtlich der Konflikte unter patriotisch gesinnten

Kräften, die seit 1959 im Gange sind, dass ein Erlass ausgestellt werden wird, wodurch alle, von welcher Partei auch immer, die in diesem internen Kampf, fielen oder zur Strecke gebracht wurden, als Märtyrer für den Irak und nicht Märtyrer dieser oder jener Partei betrachtet werden. Das wird vielen Familien helfen ihren Status zurückzugewinnen und es wird die verwaltungsmäßigen Hindernisse reduzieren, die derzeit der Ausübung ihrer bürgerlichen und natürlichen Rechte im Wege stehen. Und es wird das Regime nichts kosten. In gleicher Weise muss es Entschädigung für die Familien der Exekutierten geben und für die, deren Besitz enteignet wurde. Auch die Sprache, die gegenüber den Oppositionsgruppen benutzt wird, muss die Sprache der Versöhnung sein. Das Regime hat gesagt, dass jeder irakische Oppositionelle, egal wie weit er in seinen Aktivitäten gegen



das Regime gegangen sein mag, zurückkehren kann, ohne verhört oder verfolgt zu werden. Sie haben gesagt, die einzigen, die Verfolgung zu befürchten haben, sind die, die an amerikanischen oder zionistischen Geheimdienstunternehmungen teilnehmen. Wir hoffen, dass diese Position in Ankündigungen und in offiziellen Aussagen zum Ausdruck kommen wird. Wenn ein Iraker auswärts einen falschen Weg beschritten haben mag, so ist dies auf die enormen amerikanischen Anstrengungen und das Fehlen jedes versöhnlichen Dialoges im Irak zurückzuführen. Wir müssen diese amerikanische Anstrengung mittels interner Versöhnung unterbinden. Der größte Block der Oppositionellen ist nicht verräterisch, sondern patriotisch gesinnt. Wir haben Differenzen mit einigen von ihnen, doch sollten wir uns deshalb bekämpfen oder zu Feinden werden? Nein. Einige von ihnen haben uns in unseren Demonstrationen angegriffen, doch wir haben unseren Standpunkt ihnen gegenüber nicht aufgegeben.

Der Irak hat eine große Verantwortung gegenüber allen Arabern und der gesamten Menschheit, insofern als er sich der Konfrontation mit der US-Aggression stellt. Es ist angemessen für dieses Land, ein nationales Projekt zu haben, das ebenso groß ist.

*Möchten Sie abschließend etwas hervorheben?*

Ja. Ich will sagen, dass das Begrenzen der Konfrontation auf den Angriff gegen den Irak nicht im Interesse der arabischen Nation ist. Ich rede nicht davon, die Aggressoren außerhalb des Irak zu bekämpfen. Ich sage vielmehr, dass wir ein Modell des politischen Lebens im Irak aufbauen müssen, das die ganze arabische Nation einbindet. Es muss ein positives Modell für die ganze arabische Heimat sein. Wir müssen eine Form des politischen Lebens aufbauen, auf die wir stolz sein können.

nen, ein Modell auch für die Dritte Welt jenseits der arabischen Heimat. Die gesamte Menschheit wird eines Tages entdecken, dass sie in der Schuld der Iraker steht, da diese sich der amerikanischen Brutalität entgegenstellt haben. Wir müssen also den Amerikanern die Karte der „Diktatur“ aus der Hand nehmen, so wie wir ihnen auch schon die Karte der „Massenvernichtungswaffen“ entzogen haben. Wir wissen, dass sie keine Demokratie einsetzen wollen. Demokratie kommt nicht von Raketen und Kanonenbooten. Wir haben ein arabisches nationales Projekt des Wiederaufbaus und wir wollen das zionistische Projekt in unseren Ländern bekämpfen. Wir müssen deshalb eine kampffähige politische Kraft aufbauen. Das ist nicht nur eine Frage der Stabilität des Regimes. Die Frage ist vielmehr, wie man das Projekt arabischer Renaissance in den arabischen Ländern verbreiten kann.

*Wir danken für das Gespräch.*

Der Text wurde von der Redaktion leicht gekürzt.

# Auf der Seite des Irak gegen die US-Aggression

## Gemeinsamer Aufruf der Irakischen Patriotischen Opposition und des Antiimperialistischen Lagers zur Verteidigung des Irak

Die Entscheidung der USA den Irak anzugreifen ist bereits getroffen worden. Der Zweck ihres „präventiven, permanenten und globalen Krieg gegen den Terror“ ist, ihre immer brüchiger werdende Dominanz zu sichern, indem sie jeden möglichen Gegenspieler von vornherein ausschaltet. Der Irak ist das derzeitige Ziel, weil er sich geweigert hat, sich der amerikanischen neokolonialen Architektur des Nahen Ostens zu unterwerfen. Weder lieferte der Irak seine nationalisierten Ölrressourcen aus, noch anerkannte er Israel.

Die USA und ihre Verbündeten verschwenden keine Zeit damit ihre wahren Intentionen zu verdecken. Sie können nicht mehr glaubwürdig „humanitäre“ Motive angeben, nachdem sie das verheerende und beispiellose Embargo verhängt haben, und damit die Verantwortung für den Tod von 1,5 Millionen Irakern und Irakerinnen tragen, sowie für das Elend und den Hunger weiterer Millionen.

Nur dann und wann wagen sie es von „Demokratisierung“ des Iraks zu sprechen, während sie die umliegenden Diktaturen wie Türkei, Saudi-Arabien, ganz zu schweigen von dem Apartheidstaat Israel, unterstützen. Sie brechen das Völkerrecht, das die nationale Souveränität zur Grundlage hat und Aggressionskriege verbietet. Das

einzig übriggebliebene Argument ist jenes der Massenvernichtungswaffen, nicht weil die Welt oder die Nachbarstaaten des Iraks die irakische Bewaffnung fürchten müssten, sondern weil die USA mit allen Mitteln ihr eigenes Monopol und das ihrer engsten Verbündeten auf deren Besitz und deren Verwendung bewahren will. Hinter dem Schleier der „Nationalen Sicherheitsinteressen“ ist es leicht rein imperialistische Interessen zu verbergen, wie es selbst Scott Ritter, Ex-US Marine und ehemaliger Chef der Waffeninspektoren im Irak, nicht zögerte auszudrücken.

Dieser Krieg ist eine Verlängerung der imperialistischen Weltordnung der USA. Deshalb müssen alle Kräfte auf dieser Welt, die für soziale Gerechtigkeit und Demokratie eintreten, für die Niederlage der amerikanischen Kriegsmaschinerie kämpfen.

Wir rufen die irakische Exilgemeinde und die internationale Antikriegsbewegung dazu auf, in großer Zahl in den Irak zu fahren – trotz unserer historischen Opposition zu dem derzeitigen Regime.

Wir unterstützen die Mission Menschliches Schutzschild als einen Versuch, drastisch den Willen der Mehrheit zum Ausdruck zu bringen, und die europäische Regierungen dazu zu zwingen die anglo-

amerikanischen Kriegstreiber zu isolieren und den Bruch des Völkerrechts zu verurteilen. Dennoch scheint es uns, dass es realistischer ist, dass die europäischen Regierungen, nachdem ihnen versprochen wurde, ein großes Stück von der kolonialen Torte abzubekommen, letztendlich umfallen werden.

Deshalb müssen die internationale Antikriegsbewegung gemeinsam mit dem Volkswiderstand im Irak und in der arabischen Welt die Aufgabe übernehmen, den USA entgegenzutreten und diese zu schwächen, in einem Krieg der kaum ungleichere Kräfte aufeinanderprallen lassen könnte, der kaum asymmetrischer sein könnte. Deshalb kann dieser Krieg nicht in einer konventionellen Art und Weise geführt werden, sondern nur mit Hilfe des Volkswiderstandes, von dem wir aber nicht glauben, dass das Regime von Saddam Hussein dazu fähig ist, diesen zu organisieren.

Wir werden dazu beitragen einen Volksbefreiungskrieg gegen die koloniale Besetzung entstehen zu lassen und wir rufen dazu auf, diesen, dem historischen Beispiel der internationalen Brigaden in Spanien im Kampf gegen den Faschismus folgend, zu unterstützen.

Die Demokratie, für die wir eintreten, ist nicht die oligarchische, die Amerika mit Feuer und Blut einführen will. Es ist eine Demokratie des Volkes, die auf die Macht der armen Klassen gebaut ist, welche aus dem antiimperialistischen Befreiungskampf entstehen kann. Eine Demokratie des Volkes wird weder das Öl, noch Gesundheit oder Bildung privatisieren, im Gegensatz zur „westlichen Demokratie“. Im Gegenteil, sie wird die unfertige Revolution weiterführen, indem die nationalen Ressourcen unter volle Kontrolle des Volkes gebracht werden und der Befreiungskampf gegen die prowestlichen Regimes in der Region, auch das israelische, fortgesetzt wird.

**USA raus aus dem Nahen Osten!**

22. Februar 2003



## Palästinensische weibliche Gefangene in Israels Gefängnissen

**Derzeit befinden sich 65 weibliche palästinensische Gefangene im israelischer Gefängnis Ramleh. Zehn von ihnen sind Minderjährige unter 18 Jahren. Die Haftbedingungen verstoßen gegen internationale Standards sowie die Konvention zum Schutz des Kindes.**

Die jüngsten der Gefangenen, Zainab al-Shuly und 'Aisha Abeyat, begingen beide ihren fünfzehnten Geburtstag im Gefängnis.

Sechs palästinensische Frauen werden derzeit in Administrativhaft, ohne Anklage oder Gerichtsverhandlung, festgehalten. Tahani al-Titi befindet sich seit dem 13. Juni 2002 in ständig erneut verhängter Administrativhaft. Die Verhängung von Administrativhaft hat in den letzten beiden Monaten dramatisch zugenommen und erreicht fast das Ausmaß der ersten palästinensischen Intifada.

Unter den Gefangenen befinden sich auch Mütter von kleinen Kindern. Mervat Taha wurde am 13. Juni 2002 als Schwangere verhaftet. Sie wurde zu zwanzig Monaten Haft verurteilt. Vor kurzem brachte sie im Gefängnis ihr Kind zur Welt.

Die vermehrte Inhaftierung palästinensischer Frauen dient augenscheinlich dazu, Druck auf die Ehepartner auszuüben, die vom israelischen Staat gesucht werden oder unter Verhör stehen. Das ist ganz offensichtlich der Fall von 'Abla Sa'adat, Ehefrau des Generalsekretärs der Palästinensischen Volksbefreiungsfront (PFLP), Ahmad Sa'adat, sowie von Asma Abu al-Hayjah, Ehefrau von Jamal Abu al-Hayjah, der sich zur Zeit in israelischer Haft befindet. 'Abla Sa'adat wurde am 21. Janu-

ar 2003 ohne Angabe von Gründen verhaftet. Sie befand sich auf dem Weg zum Weltsozialforum in Porto Alegre, Brasilien. Asma al-Hayjah leidet unter massiven gesundheitlichen Problemen. Ihr wurde ein Gehirntumor diagnostiziert. Sie hatte sich bereits zwei Operationen unterzogen und bereitete sich auf eine dritte vor, als sie verhaftet wurde.

Die Haftbedingungen der palästinensischen Frauen sind unmenschlich. Weibliche palästinensische Gefangene sind in zwei von einander getrennten Sektoren untergebracht. Kontakt zwischen diesen Sektoren ist untersagt. Weibliche Gefangene sind Opfer von individueller und kollektiver Bestrafung. So werden Besuche durch Familienangehörige unterbunden, die Frauen für unterschiedliche Zeitspannen in Isolationshaft gehalten und zusätzliche Nahrungsmittel bzw. Hygieneartikel zurückgehalten. Die Frauenzellen werden regelmäßig und unangekündigt kontrolliert und persönliche Besitztümer oft konfisziert oder zerstört. Oft wird auch die Warmwasser- und Stromzufuhr zu den Zellen als Bestrafungsmaßnahme abgeschaltet.

Die Ernährung der Gefangenen ist weder was die Quantität noch was die Qualität betrifft ausreichend. Das führt zu Mangelerscheinungen und anderen ge-

sundheitlichen Problemen.

Der Gesundheitszustand der weiblichen Gefangenen ist alarmierend. Palästinensische Gefangene werden gegenüber israelischen offen diskriminiert, was die Bereitstellung von medizinischer Versorgung betrifft. Es kommt oft zu Verzögerungen von medizinischen Behandlungen. Statt die Betroffenen in Krankenhäuser einzuliefern werden sie mit Schmerzmitteln abgespeist.

Jedem Versuch der weiblichen Gefangenen gegen ihre Haftbedingungen zu protestieren wird mit kollektiver Bestrafung begegnet. Im Juli 2002 traten weibliche Gefangene aus Protest gegen die Haftbedingungen in Hungerstreik. Als Antwort ließ die Gefängnisverwaltung Tränengasbomben in die Frauenzellen werfen. Viele Gefangene wurden verletzt. Vier Gefangene wurden in andere Gefängnisse überstellt und der Isolationshaft unterworfen.

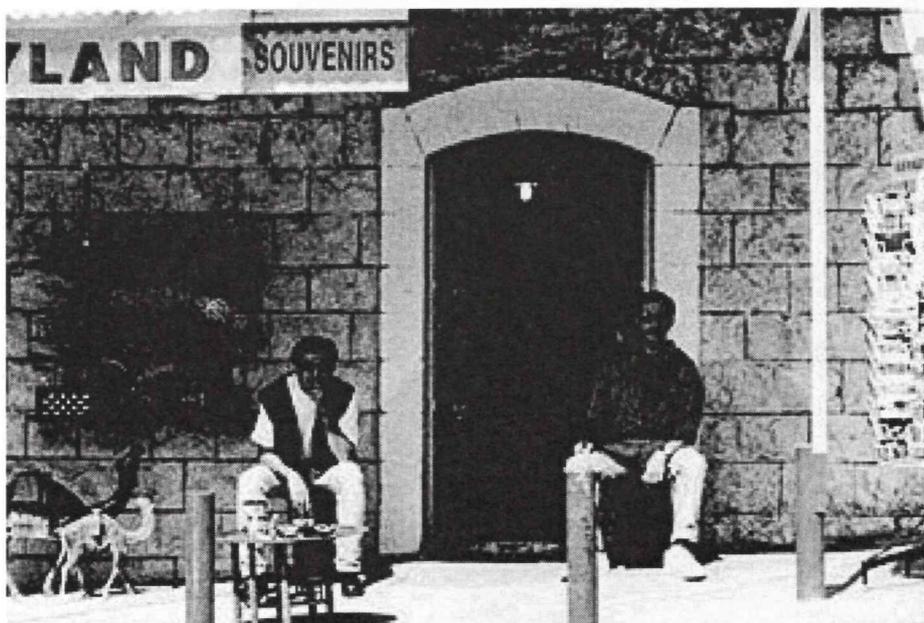
Familienangehörige von weiblichen Gefangenen aus dem Westjordanland, die in Verstoß gegen die Vierte Genfer Konvention im Ramleh-Gefängnis in Israel inhaftiert sind, haben seit mehr als einem Jahr keine Besuchserlaubnis mehr erhalten. Auch Einwohnern von Jerusalem, die andere Personalausweise besitzen und normalerweise Reiseerlaubnisse und Visas erhalten, werden Familienbesuche oft als eine Form der Bestrafung untersagt.

Rechtsanwälte, die versuchen ihre Mandantinnen im Gefängnis zu besuchen, sind oft Opfer von Schikanen und Erniedrigungen von Seiten der Gefängnisverwaltung. Sie müssen stundenlang warten, bevor die Gefangene zu ihnen gebracht wird. Das führt dazu, dass ihnen nicht genügend Zeit bleibt, um alle ihre Mandantinnen zu sehen, da sie für den Besuch nur eine bestimmte Zeitspanne zur Verfügung haben.

Angesichts der willkürlichen Verhaftungspolitik Israels bedeutet die vorzeitige Haftentlassung von 'Abla Sa'adat am 7. März 2003 einen Hoffnungsschimmer. Eine breite Solidaritätskampagne und öffentlicher Druck auf die israelischen Behörden werden auch weiterhin unabdingbar bleiben, um die palästinensischen Gefangenen in den israelischen Haftanstalten nicht ihrem Schicksal zu überlassen.

*Presseausendung von Addammer zum  
Internationalen Frauentag  
8. März 2003*

Der Text wurde von der Redaktion übersetzt, leicht gekürzt und redaktionell bearbeitet.



# Hungerstreik im Gefängnis von Jericho

Protest der politischen Gefangenen gegen willkürliche Maßnahmen

Am 11. März begann die Verwaltung des Jericho Zentralgefängnis mit der Umsetzung einer Reihe von willkürlichen und unmenschlichen Maßnahmen gegen die politischen Gefangenen, wie das Verbot Besuche, auch von Familienangehörigen, zu empfangen, die Streichung von Erholungszeiträumen außerhalb der Zelle und im Freien sowie das Verbot Tageszeitungen oder Post zu erhalten und das Telefon zu benutzen.

Die Gefangenen wurden am 11. März darüber informiert, dass die Gefängnisverwaltung aufgrund einer Order der Polizei von Jericho diese Maßnahmen ohne Angabe von Gründen umsetzen würde. Die Intention der Gefängnisverwaltung scheint es zu

sein, die Gefangenen von der Außenwelt zu isolieren.

Am 12. März schaltete die Gefängnisverwaltung Strom- und Wasserzufuhr ab. Auch diese Maßnahme wurde willkürlich ohne Angabe von Gründen durchgeführt.

Am Morgen des 12. März verkündeten die politischen Gefangenen, dass sie in unbefristeten Hungerstreik treten würden und forderten die sofortige Rücknahme dieser gegen sie gerichteten willkürlichen und unmenschlichen Maßnahmen.

Die Gefangenenhilfsorganisation Addameer erklärt ihre Solidarität mit den Hungerstreikenden und fordert:

- die sofortige Beendigung der Maßnahmen;
- die sofortige Umsetzung der Bescheide des Palästinensischen Höchstgerichtes, das die Freilassung von Ahmed Sa'adat, Generalsekretär der PFLP und einer der politischen Gefangenen, der ohne Anklage oder Prozess im Zentralgefängnis von Jericho festgehalten wird, verfügt hat;
- die sofortige Freilassung von Ahed Ghulmi, der sich nach wie vor im Zentralgefängnis von Jericho befindet, obwohl er seine während einer internationalen Standards nicht entsprechenden Gerichtsverhandlung verhängte Strafe bereits abgesessen hat;
- die Definition des gesetzlichen Status der politischen Gefangenen und der Körperschaft, die für ihre Haft verantwortlich ist. (Die im Zentralgefängnis von Jericho inhaftierten politischen Gefangenen werden in einem den Palästinensischen Behörden unterstehenden Gefängnis, jedoch, als Teil eines mit Israel ausgehandelten Abkommens, unter britisch-amerikanischer Aufsicht festgehalten.)

*Addameer Pressemitteilung  
12. März 2003*

Der Text wurde von der Redaktion übersetzt, leicht gekürzt und redaktionell bearbeitet.

# Intifada in Zahlen

## 2148 palästinensische Tote

- Getötete Palästinenser unter 17 Jahren: 446
- Getötete Palästinenser zwischen 18 und 65 Jahren: 1491
- Getötete Palästinenser über 65 Jahre: 27

## Verletzte Palästinenser:

- Durch scharfe Munition: 5,777
- Durch gummiummantelte Stahlgeschosse: 5,629
- Durch Tränengas: 5,367
- Verschiedenes: 5,221
- Gesamtzahl: 21,994

## Mangel- und Fehlernährung:

- Kinder zwischen 6-59 Monaten, die unter chronischer Mangelernährung leiden: 252.400; 45%

## Israelische Angriffe auf medizinisches Personal und Einrichtungen:

- Getötete Personen: 24
- Verletzte Personen: 192
- Angriffe auf Rettungswagen: 216

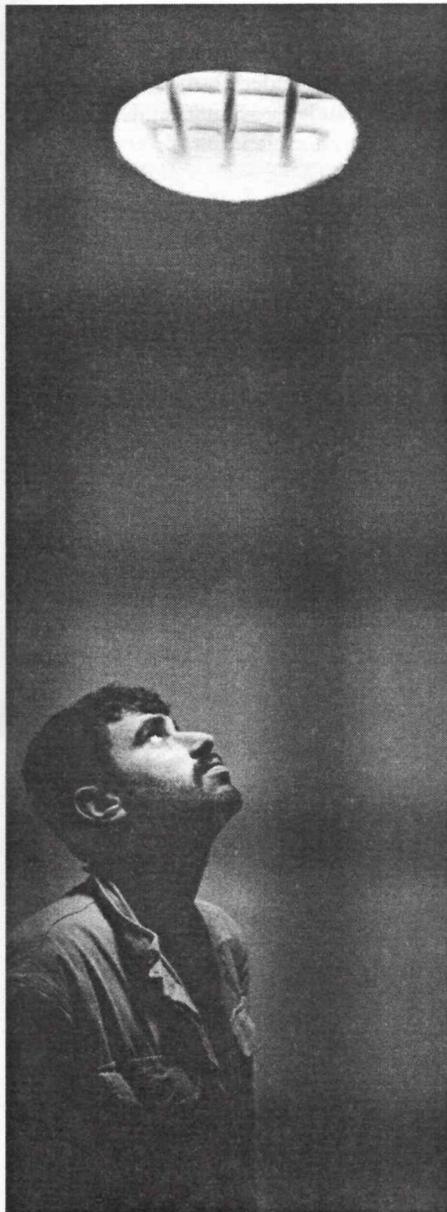
## Auswirkungen der Abriegelungen auf die Palästinensische Wirtschaft:

- Arbeitslosenrate im Westjordanland: 63,3%
- Arbeitslosenrate im Gaza-Streifen: 50%
- Palästinenser leben unter der Armutsgrenze im Westjordanland: 55%
- Palästinenser leben unter der Armutsgrenze im Gaza-Streifen: 70%
- Verluste für die palästinensische Wirtschaft: US\$8.269 Milliarden
- Entwurzelte Bäume: 720031

## Quellen:

The Palestinian Red Crescent Society, The Ministry of Health, The Palestinian Central Bureau of Statistics (PCBS), The World Bank and the International Management Group, Office of the United Nations Special Coordinator (UNSCO), United Nations Children's Fund (UNICEF), The Ministry of Education, The Palestinian Journalist Syndicate, Defense for International Children – Palestine Section, Ministry of Agriculture, PECDAR, Ariq, UN Economic and Social Committee for Western Asia

Seit 28. September 2000  
Daten vom 6. März 2003



## Mädchen gefesselt im Krankenhaus

Riham As'ad Muhammad Sheikh Musa, eine 15jährige Palästinenserin aus dem Flüchtlingslager von Tul Karem, wurde am 23. Februar ins Meir-Krankenhaus in Kfar Saba, Israel, eingeliefert, nachdem sie von israelischen Soldaten am Taybeh-Tul Karem Checkpoint niedergeschossen worden war. Sie hatte Schussverletzungen an einer Niere, dem Dickdarm und einem Bein erlitten.

Dr. Ahmad Massarwa von der Organisation Ärzte für Menschenrechte-Israel (PHR-Israel) besuchte Riham im Krankenhaus und fand sie an beiden Händen gefesselt und von zwei Soldatinnen bewacht vor. Niemand durfte sich ihr nähern oder mit ihr sprechen. Die Israelische Armee untersagte dem Krankenhaus das Mädchen zu entlassen, da es versucht hatte, einen israelischen Soldaten anzugreifen und deshalb gefährlich sei.

*Quelle: Physicians for Human Rights, Israel*

## Häuserzerstörungen

Wie das Israelische Komitee gegen Häuserzerstörungen (ICHHD) berichtet, riss die israelische Armee 17 Häuser in der arabischen Stadt Kfur Kas'm, 15 Kilometer östlich von Tel Aviv nieder.

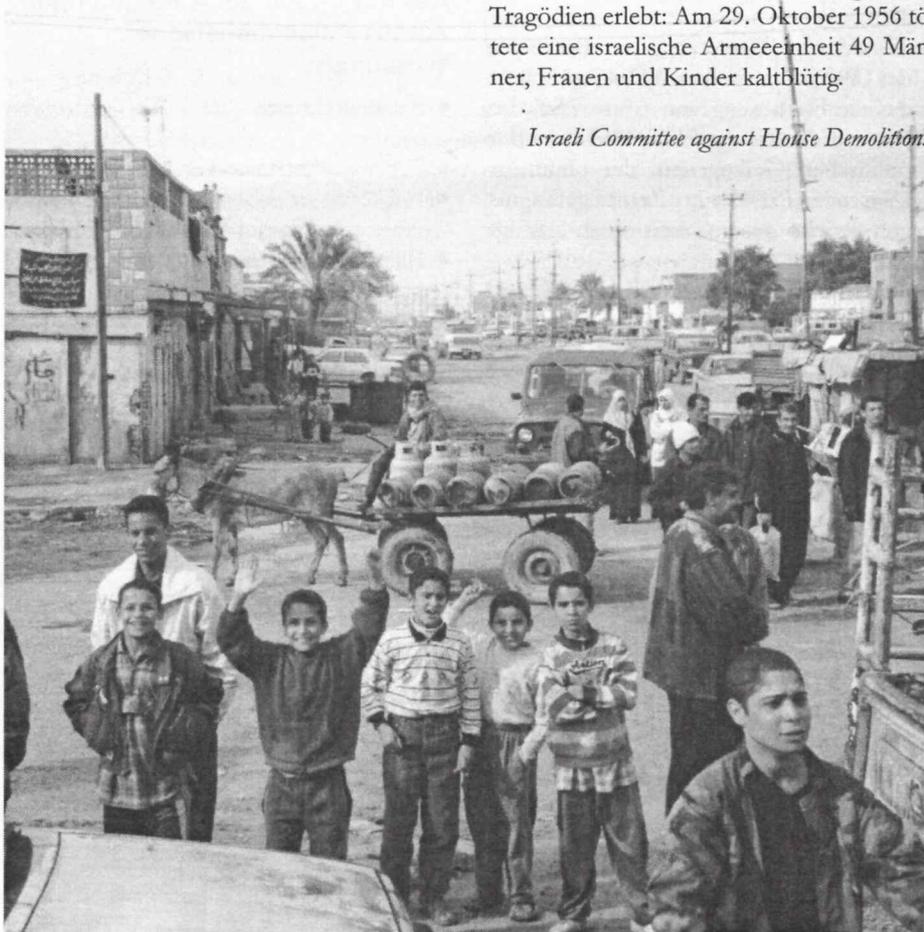
Die arabischen Bewohner wurden in der Nacht vom 3. auf den 4. März aus dem Schlaf gerissen und auf eine Polizeistation gebracht, während Bulldozer ein noch nicht fertig gestelltes Wohnviertel dem Erdboden gleichmachten. Einige Bewohner befinden sich seit mehr als fünfzehn Jahren im Rechtsstreit mit den israelischen Behörden. Diese begannen 1986 bebauten Land mit dem Hinweis zu konfiszieren, dass es nicht ordnungsgemäß, nämlich für landwirtschaftliche Zwecke, benutzt würde.

Wohngebiete als Agrarland zu bezeichnen und zu konfiszieren ist eine beliebte Methode der israelischen Behörden um die Ausbreitung arabischer Familien mit israelischer Staatsbürgerschaft zu kontrollieren.

Es ist nicht das erste Mal, dass den Bewohnern von Kfur Kas'm Land gestohlen wird: Das Industriegebiet am Südrand ihrer Stadt wurde enteignet und der angrenzenden jüdischen Stadt Rosh Ha-Ayin eingegliedert.

Doch Kafr Qasim hat noch größere Tragödien erlebt: Am 29. Oktober 1956 tötete eine israelische Armeeinheit 49 Männer, Frauen und Kinder kaltblütig.

*Israeli Committee against House Demolitions*



## Terror-Tourismus

Jay Greenblad, ein israelischer Siedler, der im Siedlerblock Gus Etzion in der Westbank lebt, ist Initiator des „Terror-Tourismus-Projektes“. „Wir in Israel sind Experten in Bezug auf den Terror und der von uns angebotene Urlaub bietet den Amerikanern eine Gelegenheit, Israel von einer anderen Seite kennen zu lernen und den Kampf gegen den Terror zu üben“, erklärt er. Es unterstreicht, dass eine der interessantesten Aspekte für interessierte Touristen sein wird, in den jüdischen Siedlungen, die nachts Ziel der Angriffe von Palästinensern sind, zu patrouillieren, mit Maschinengewehren zu schießen und Gürteln zu tragen, an denen Bomben befestigt sind.

Dem gebürtigen Amerikaner Greenblad zufolge werden die Teilnehmer während ihres „Urlaubs“ mit Nahkampftechniken sowie dem Schießen mit M-16, Kalaschnikoff und Uzi vertraut gemacht werden. Greenblad betont, dass es keine Gelegenheit geben wird, auf Araber zu schießen. Einige der Touristen seien bereit für diesen außergewöhnlichen Urlaub 5500 US-Dollar zu zahlen. Für die erste Periode, die am 4. Mai beginnen wird, sollen sich bereits 24 Personen angemeldet haben.

*6. März 2003, Tel Aviv*

*Quelle: NetGazete*

## Verbot von Tunnelbenützung für israelische Araber

Nach einer Warnung vor möglichen terroristischen Anschlägen aus dem südlichen Westjordanland mit Unterstützung von Palästinensern mit israelischer Staatsbürgerschaft wurde Arabern am 13. März 2003 die Benutzung eines Tunnels südlich von Jerusalem untersagt.

Soldaten hielten arabische Reisende an einer Straßensperre südlich der Hauptstadt auf. So wie jüdische Reisende benutzen viele Araber diese Straße um in den Negev oder nach Bethlehem und Hebron zu gelangen. Doch Araber, darunter einige israelische Araber, wurden an der Straßensperre aufgehalten, die Soldaten ließen nur Juden die Tunnelstraße benutzen.

Der Knesset-Abgeordnete 'Azmi Bishara, Vorsitzender der Nationalen Demokratischen Versammlung, erklärte, dass „diese Maßnahme die rassistische politische Kultur auf das Niveau offizieller Apartheid erhebt.“

*Yair Ettinger, Ha'aretz, 14. März 2003*

## 30.000 in Wien gegen den Irakkrieg

Gestern, am 15. Februar, demonstrierten rund Dreißigtausend Menschen in Wien gegen den drohenden Krieg gegen den Irak. Bei der Abschlusskundgebung sprachen unter einer Vielzahl von Rednerinnen und Rednern auch Mustafa Hadi von der Palästinensischen Gemeinde, sowie Noel Dominique von der Irakischen Gemeinde in Österreich. Ein Block aus Organisationen der Wiener Linken, sowie von Organisationen aus der Türkei und dem arabischen Raum formierte sich bereits am Westbahnhof hinter dem Fronttransparent „United States of Aggression“.

Vom Stephansplatz wurde weiter zur US-Botschaft demonstriert, der Tatsache Rechnung tragend, dass es sich bei den Aggressoren um die USA handelt. An der Demonstration zur amerikanischen Botschaft beteiligten sich schließlich noch ungefähr Tausend Personen.

Von den Organisatoren der Großdemonstration war es abgelehnt worden den Demonstrationzug bei der US-Botschaft enden zu lassen.

Der Vorschlag den 15. Februar zu einem internationalen Aktionstag zu machen kommt vom Europäischen Sozialforum, das im November 2002 in Florenz stattgefunden hatte. Die Wiener Vorbereitungsplattform bestand aus unterschiedlichen Gruppen und Organisationen, von KPÖ, GPA, SJ, Grüne zu ATTAC, ÖH, Irakischer Kommunistischer Partei, Katholischer Arbeiterbewegung, Wiener Friedensbewegung und linksradikalen Gruppen. Das Selbstverständnis dieser Plattform war neben der Organisation der Demonstration auch gleichzeitig die Vorbereitungsgruppe für das Austrian Social Forum zu sein. Für Antiimperialisten und Antiimperialistinnen war dort freilich wenig Platz. Auf dem letzten Treffen wurde eine offizielle Unterstützung der AIK verhindert, trotz der Erklärung den Aufruf für die Demonstration zu unterstützen, wurde sie nicht auf die Unterstützerliste gesetzt.

*Antiimperialistische Koordination  
16. Februar 2003*

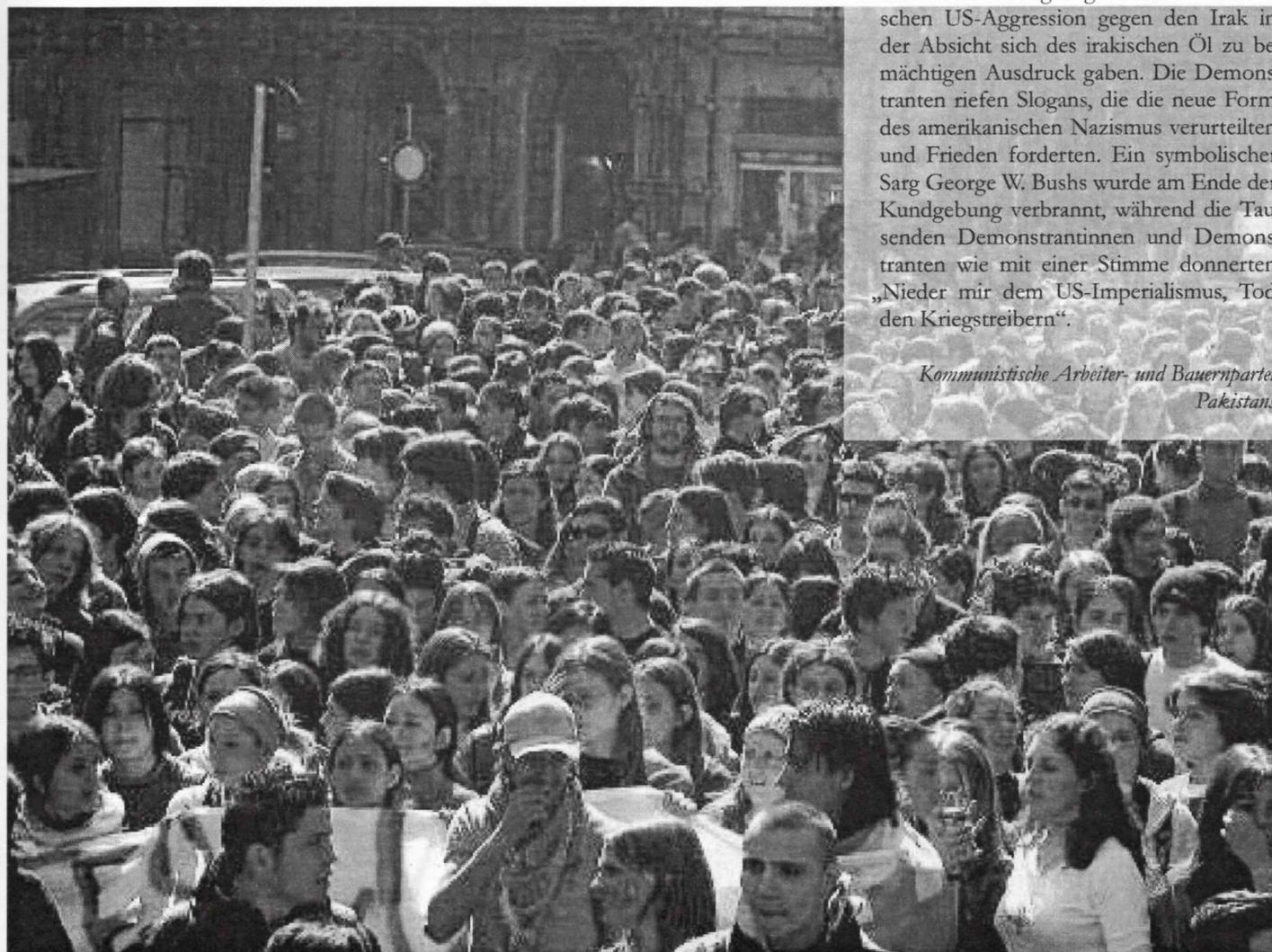
## Kundgebung in Karachi gegen den Krieg

Heute, 28. Februar, fand eine große Kundgebung gegen den amerikanischen Angriffskrieg auf den Irak statt, der unter dem Deckmantel der „Entwaffnung Saddam Husseins“ vorbereitet wird. Tausende Menschen, Frauen, Kinder, Studenten, Schriftsteller, Film- und Fernsehjournalisten, Sozialarbeiter, Ärzte, Rechtsanwälte und politische Aktivisten sowie Gewerkschafter nahmen an der Demonstration gegen die US-imperialistische Neuordnung des Mittleren Ostens teil.

Die Kundgebung wurde von unterschiedlichen Organisationen unter der Ägide des Bürgerkomitees gegen Krieg, das zahlreiche Parteien, Organisationen, Vereine und Gewerkschaften zusammenschließt, organisiert. (...)

Der Demonstrationzug verlief durch eine geschäftige Straße, wo die Teilnehmer Passanten dazu aufforderten, sich anzuschließen, was auch geschah. Die Teilnehmer trugen Fahnen, weiße Flaggen als Friedenssymbole und Schilder, die ihre Wut und Beklemmung angesichts der barbarischen US-Aggression gegen den Irak in der Absicht sich des irakischen Öl zu bemächtigen Ausdruck gaben. Die Demonstranten riefen Slogans, die die neue Form des amerikanischen Nazismus verurteilten und Frieden forderten. Ein symbolischer Sarg George W. Bushs wurde am Ende der Kundgebung verbrannt, während die Tausenden Demonstrantinnen und Demonstranten wie mit einer Stimme donnerten „Nieder mit dem US-Imperialismus, Tod den Kriegstreibern“.

*Kommunistische Arbeiter- und Bauernpartei  
Pakistans*



## Unterdrückung der Solidaritätsbewegung mit dem Irak

Das lokale Komitee gegen den Krieg hatte für den 9. März eine Solidaritätsdemonstration mit dem irakischen Volk in Agadir organisiert. Das Ziel dieses Volksmarsches sollte es sein, die imperialistischen Ziele des bevorstehenden Krieges zu denunzieren und sich gegen diesen kriminellen Krieg um Öl auf Kosten von Menschenleben auszusprechen.

Sofort nach Beginn des Friedensmarsches und obwohl alle gesetzlichen Bestimmungen eingehalten wurden, wurden die Demonstranten von einer brutalen Offensive der Ordnungskräfte überrascht. Die Kundgebung wurde aufgelöst, die Teilnehmer zerstreut und neun von ihnen verhaftet: Jik Mohamed, Ait Adi Najm, Ubaha Brahim (Attac), Aziane Ahmed, El Ottmani Mohamed (Verein der Arbeitslosen Akademiker), Sudani Mohamed, Hamima Hamid, Hudaibi Aziz (Nationale Studentenunion) und Hissane Abdelhak (Demokratische Arbeiterkonföderation). Die brutale Polizeiaggression hat auch Dutzende Verletzte hinterlassen.

Die Auflösung dieser Kundgebung ist Teil einer Offensive des marokkanischen Staates gegen die Meinungsfreiheit und zeigt klar seine Abhängigkeit von und Unterstützung für den Imperialismus und seine Kriegspläne. Denn wo liegt der Unterschied zwischen jemandem, der die Vernichtung des irakischen Volkes organisiert, und dem, der die Aktivisten gegen

diesen Krieg brutal unterdrückt?

Wir Aktivistinnen und Aktivisten, die wir uns für den Aufbau einer breiten Massenbewegung gegen den imperialistischen Krieg einsetzen, halten fest:

- Unsere Bestürzung angesichts der brutalen Polizeiintervention und aller Formen der Untersagung von Antikriegsaktivitäten von Seiten der lokalen und staatlichen Behörden;
- Unsere Forderung nach sofortiger Freilassung der inhaftierten Aktivisten;
- Unsere Forderung nach Aufhebung der Vereinbarung 1982, die der amerikanischen Armee die Benützung marokkanischen Bodens für die Durchführung ihrer Krieges gegen die Völker gestattet;
- Unsere Aufforderung an alle Organisationen, sich für die Schaffung von Komitees gegen den Krieg in Schulen, Universitäten und Wohnvierteln einzusetzen;
- Unsere solidarischen Grüße an jene Aktivistinnen und Aktivisten, die sich als menschliche Schutzschilde zur Verteidigung des irakischen Volkes in das bedrohte Land begeben haben;
- Unsere Entschlossenheit alle Formen des Kampfes fortzusetzen, die Repression zu denunzieren und einen neuerlichen Volksmarsch zu organisieren.

*Regionales Anti-Kriegs-Komitee Agadir,  
Marokko  
9. März 2003*

Das Komitee ruft dazu auf, Protestbriefe an die marokkanischen Behörden zu schreiben. Kontaktadressen sind über die Redaktion zu beziehen.

## Der Mord an Rachel Corrie

Heute wurde Rachel Corrie, eine 23jährige Amerikanerin aus Olympia, Washington, die als Freiwillige in der Internationalen Solidaritätsbewegung aktiv war, in Rafah, im Gazastreifen, von der israelischen Armee ermordet. Rachel stand im Wege eines Bulldozers, der sich auf sie zu bewegte. Als der Bulldozer sich weigerte stehen zu bleiben oder auszuweichen, kletterte sie auf den Erd- und Schmutzhaufen, den der Bulldozer aufhäufte, um dem Fahrer ins Gesicht zu schauen. Der Bulldozer fuhr weiter und sie wurde unter den Erdhaufen gezogen. Als sie nicht mehr zu sehen war, fuhr der Fahrer immer noch weiter, bis der Bulldozer direkt über ihrem Körper war. Sie wurde vom Bulldozer erdrückt. Dann schob der Fahrer zurück und fuhr damit ein zweites Mal mit dem Fahrzeug über ihren Körper. (...) Rachel starb im Al-Najar Krankenhaus.

Die israelische Armee zerstört beständig palästinensische Häuser mit Bulldozern, insbesondere in Rafah, wo in den letzten beiden Jahren mehr als hundert Häuser niedergewalzt wurden. (...) Jede Woche werden Dutzende von palästinensischen Zivilisten systematisch ermordet und heute wurde eine amerikanische Verteidigerin der Menschenrechte ermordet, als sie versuchte das Haus einer palästinensischen Familie zu beschützen.

(...) Die Internationale Solidaritätsbewegung fordert die Regierung der Vereinigten Staaten auf ihre eigene unabhängige Untersuchung über diesen Vorfall durchzuführen und Verantwortung dafür zu übernehmen, wie die israelische Regierung die 2,2 Millionen US\$ militärischer Hilfeleistung jährlich verwendet. Dieses Geld und das in den USA hergestellte militärische Gerät wird täglich von den Israelis gegen Zivilisten angewendet. (...)

Die Ermordung von Rachel Corrie war kein Unfall. (...) Die Internationale Solidaritätsbewegung trauert zutiefst über den Verlust von Rachel Corrie und spricht ihrer Familie und ihren Freunden ihr aufrichtiges Beileid aus. Wir rufen dazu auf, das Engagement für die Ideale von Freiheit und Gerechtigkeit fortzusetzen, für die Rachel starb.

*International Solidarity Movement  
16. März 2003*

Der Text wurde von der Redaktion übersetzt und leicht gekürzt. Am selben Abend tötete die israelische Armee neun Palästinenser im Gazastreifen, darunter ein vierjähriges Mädchen und einen 90jährigen Mann. Allein in Rafah wurden seit Beginn der zweiten Intifada 220 Palästinenser getötet.



# Nieder mit dem Amerikanismus!

## Beitrag für das Antiimperialistische Sommerlager

Die USA und ihre Verbündeten sind dabei, dem Irak ein Flammeninferno zu bereiten. Der Krieg markiert einen neuen Höhepunkt des Genozids gegen die Nachkommen der Demiurgen menschlicher Zivilisation. In ihrem Allmachtsdelirium bemühen die USA sich nicht einmal darum ihre Intentionen zu verschleiern. Die Glaubwürdigkeit ihrer Argumente, etwa dass die Wahrung der Menschenrechte oder der Demokratie ihre Aggression rechtfertigen würde, ist längst dahin, denn es waren die USA, die einerseits das menschenverachtende Embargo gegen den Irak betrieben haben, und andererseits diktatorische Marionettenregime in der gesamten Region unterstützen. Ihr wichtigstes Anliegen scheint es zu sein ihr Monopol auf den Besitz und die Verwendung von Massenvernichtungswaffen zu erhalten. Um ihre Vorherrschaft zu verewigen schrecken sie auch nicht davor zurück mit deren Einsatz zu drohen. Die Geschichte hat gezeigt, dass sie tatsächlich bereit sind das zu tun. Für die breiten Massen wird es immer einfacher hinter dem Schleier der „nationalen Sicherheit“ reine imperialistische Interessen zu erkennen.

Die Aggression gegen den Irak ist Teil eines „permanenten, vorbeugenden und globalen Krieges gegen Terrorismus“, so wie er nach dem 11. September 2001 angekündigt wurde. Der Angriff auf die Symbole des amerikanischen Imperiums kennzeichnet einen Wendepunkt. Nur zehn Jahre nach dem verkündeten Ende der Geschichte – gemeint war die Unvergänglichkeit der globalen US-Macht – wurde dem Mythos der Unverwundbarkeit ein vernichtender Schlag versetzt. Die Geschichte hat nun im Gegenteil eine Beschleunigung erfahren. Die Neue Weltordnung sah als Pax Americana ihren Anfang nach dem Golfkrieg. Sie versprach Frieden, Demokratie und Prosperität. Doch schon bald wurde aus der Neuen Weltordnung eine Weltunordnung. Soziales Elend und Ungerechtigkeit, das die Mehrheit der Weltbevölkerung in einem nie da gewesenen Ausmaß zu er-

leiden hat, führt überall zum Aufbrechen neuer Widersprüche, Kriege und Rebellionen. Während des Krieges gegen Jugoslawien, das sich dem Osteuropa auferlegten imperialistischen Diktat nicht beugen wollte, war der Imperialismus noch in der Lage, breiten Widerstand im Keim zu ersticken. Der Krieg fand unter dem Deckmantel humanitärer Ziele statt und die Intelligentsia war zu sehr von der Ideologie des Postmodernismus vergiftet um seinen tatsächlichen Charakter zu durchschauen. Doch der Ausbruch der palästinensischen Intifada versetzte dieser Traumwelt den entscheidenden Schlag. Sie machte einerseits den brutalen kolonialen Charakter der

lianzen gegen die USA zu bilden, sondern auch gegen deren Verbündete in den herrschenden Klassen Europas, die weder willens noch in der Lage waren, den Willen der großen Mehrheit der europäischen Bevölkerung – den Krieg gegen den Irak zu verhindern – umzusetzen. Zwar regte sich von Seiten Frankreichs und Deutschlands Opposition, doch ernsthafte Schritte wie beispielsweise die Schließung der US-Militäreinrichtungen in Europa wurden nicht einmal in Erwägung gezogen. Die europäischen Bourgeoisien ordnen sich weiterhin den USA unter. Denn sie wissen, dass nur ihr großer Bruder die imperialistische Ausbeutung fortsetzen kann, von der sie leben.

Die Tatsache, dass ihnen ein Teil der neokolonialen Beute versprochen wurde, macht sie so unterwürfig, dass sie in der Anwendung der liberalen Dogmen gegen die Massen selbst ihre Meister auf der anderen Seite des Atlantiks übertreffen.

Doch wir kämpfen nicht nur gegen die militärische, politische und wirtschaftliche Vorherrschaft der USA. Wir kämpfen gegen ein gesamtes System kultureller und ideologischer Hegemonie, das, trotz des Einflussverlustes im Süden, nach wie vor in den westlichen Ländern fest

im Sattel sitzt. Der American way of life gründet sich auf entfesselten Individualismus, Konsumismus und Hedonismus, während er bewusst der großen Mehrheit der Weltbevölkerung die elementarsten sozialen Rechte vorenthält. Radikaler, wilder Liberalismus behauptet, dass nur durch die Förderung des persönlichen Egoismus und somit der Kräfte des Marktes die Rettung der Menschheit erreicht werden kann. Die ehemalige Rechte, die sich offen auf den Sozialdarwinismus und das Recht des Stärkeren beruft, hat sich mit der ehemaligen Linken zusammengeschlossen, die mit ihrer postmodernen Willkürlichkeit und ihrem Relativismus jedweden universellen Ansatz, eine Vorbedingung für politisches Handeln, ausschließt. Jeder Versuch eines kollektiven Eingriffs in die menschliche Gesellschaft mit dem Ziel den Lauf der

### Palästina

Palästina. Das Rauschen des Meeres ist ein Röcheln der Ohnmacht.  
Dein Volk fischt darin mit einem Holzbrett ums nackte Überleben.

Wo bleiben eure Schwestern und Brüder?

Sehen sie denn nicht das Land ohne Wasser?

Eure Olivenbäume wurden niedergewalzt, die Tiere sind tot,  
doch man tut so, als wäre alles im Lot.

Dein Volk trägt die Wahrheit im Mund voll trockener Erde.

Hinter der Stirn der Gefolterten, der Hingekauerten,

verbirgt sich die Wahrheit.

Im Wimmern der Mütter, im unruhigen Schlaf der verängstigten Kinder,

in den Fäusten der Untergetauchten, im Hunger der Besitzlosen,

steckt die Wahrheit.

Gestern noch wurden die Chilenen von Gringokugeln durchsiebt,  
heute sind sie bei euch.

Wir wissen, dass sich der Krieg nur verschiebt.

Auch wenn nicht jeder Israel als Handlanger Amerikas sieht

Angie Kreilinger

Apartheid-Realität sichtbar, und bewies andererseits, dass der Widerstand wieder erstanden war. Um seine in zunehmenden Maße erschütterte und unterminierte Vorherrschaft zu verteidigen, muss das amerikanische Imperium auf globale militärische Tyrannei zurückgreifen. Es zögert nicht Terrorismus und Genozid gegen alle jene Kräfte einzusetzen, die nicht bereit sind sich unterzuordnen. Trotz ihrer unbestreitbaren militärischen Überlegenheit wird jeder Krieg, den die USA durchführen, die Widerstände in ihrem System verschärfen. Der Angriff auf Afghanistan hat das gezeigt. Das Attentat auf das World Trade Center war nur der spektakulärste Ausdruck dieses asymmetrischen Charakters des Konfliktes.

Die antiimperialistischen Kräfte finden sich zusammen, nicht nur um eine Al-

Geschichte zu verändern wird als totalitär verdammt. Das menschliche Streben nach Solidarität und Gemeinschaftlichkeit wird an seinen Wurzeln unterdrückt. Die zurückbleibende Leere wird einerseits durch einen Kult der Technologie und Wissenschaft, andererseits durch das Anwachsen der esoterischen Bewegung und ihren Botschaften des individuellen Heils ausgefüllt. Dass wissenschaftlicher Anspruch und Irrationalismus sich nicht ausschließen, sondern im Gegenteil einander komplementär sind, beweist die Raelianer-Sekte. Ein Grundelement des Imperialismus war immer die unerschütterliche Überzeugung von der zivilisatorischen Mission des Westens, die dem totalitären Barbaren jedweder Provenienz mit Feuer und Schwert aufgezungen werden muss. Mit der Intensivierung des Konfliktes und der Deklaration eines neuen Kreuzzuges hat sich der kulturelle Chauvinismus in offenen Rassismus der auserwählten Völker verwandelt. Der von Bush vertretene protestantische Fundamentalismus, der den Reichen mit Gottes Segen das Recht auf Ausbeutung gibt und sie in eine globale Oberkaste verwandelt, ist die Quintessenz des Amerikanismus.

Da die Herrscher des amerikanischen Imperiums weder gewillt noch in der Lage sind, die abgrundtiefe soziale Ungleichheit, die es in diesem Ausmaß in der Geschichte noch nie gegeben hat, einzudämmen, beschleunigen sie die Spirale von Kriegen und Rebellionen. Denn es sind diese sozialen Ungleichheiten, die letztlich die Grundlage der explosiven Widersprüche darstellen. Weder das Römische Reich noch das Dritte Reich waren in der Lage die Widersprüche ihres globalen Machtanspruchs zu überwinden und waren letztendlich dem Untergang geweiht. Auch Amerika ist dem Untergang geweiht – doch die Frage ist, zu welchem Preis und ob die Menschheit wieder aus diesem apokalyptischen Szenario wieder aufstehen können.

Das Schicksal der Menschheit hängt also von der Fähigkeit der Antimperialisten, alle oppositionellen, Widerstand leistenden und das amerikanische Imperium in Frage stellenden Kräfte in einer breiten Front zu vereinigen, gerade so wie das gegen den Nazismus nötig war.“ Innerhalb dieser Front müssen und werden die Verdammten dieser Erde, die Milliarden von „misérables“ die treibende Kraft sein und eine führende Rolle spielen. Wir müssen ihre reiche kulturelle Vielfalt nicht nur respektieren sondern auch gegen den amerikanischen Uniformismus und Totalitarismus verteidigen. Die zivilisatorische Mission des Westen ist ein für alle

Mal gescheitert – auch in seiner marxistischen Variante. Jetzt liegt der Ball bei den „Unzivilisierten“, die Zivilisation vor ihrem Untergang zu bewahren.

Um das von der Französischen Revolution formulierte angeschlagene Projekt von Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit im heraufziehenden Sturm dennoch zu verteidigen, müssen wir festhalten, dass individuelle Freiheit – die wir als unveräußerlich betrachten – nur durch die Aufhebung der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen erreicht werden kann. Demokratie impliziert nicht nur soziale Gleichheit, sondern auch gleiche Rechte für alle Menschen ungeachtet ihrer ethnischen und nationalen Provenienz und den Respekt der nationalen Souveränität. Erfüllung und Wohlfahrt sind gerechte ethische Ziele, solange sie nicht auf maßlose Akkumulation von Reichtümern basieren. Wir müssen erklären, dass Vergesellschaftung möglich ist, ohne in Armut zu enden. Wissenschaft und Entwicklung sind notwendig, aber jedweder Technologiefetisch muss zurückgewiesen und das Gleichgewicht mit dem Ökosystem erhalten wer-

den. Der kollektive Wille aller Völker, ausgedrückt in Politik, muss die Wirtschaft und die Entwicklung der Gesellschaft im Allgemeinen antreiben.

Um die Katastrophe hinter uns zu lassen, in die der US- Imperialismus die Menschheit hinabgeworfen hat, muss nicht nur der Imperialismus selbst bezwungen, sondern auch der Kapitalismus als solcher überwunden werden. Antimperialistische Politik muss als Kampf für die soziale Revolution auf Grundlage von Massenaktionen konzipiert werden, die von den Widerstand leistenden Kulturen ihren Ausgang nehmen. Das Ziel muss es letztendlich sein, die Grundlage einer neuen menschlichen Gemeinschaft zu schaffen. Wenn wir mit dem einzigen zivilisatorischen Projekt, das diesen Namen verdient, fortfahren wollen, dann müssen wir eine moderne Formulierung für Ziele finden, die so alt wie die menschliche Zivilisation selbst sind: soziale Gleichheit, Volksdemokratie und menschliche Emanzipation als kollektiver Prozess.

*Antimperialistische Koordination*



# Ein demokratisches und säkulares Palästina

## Die diffizile Frage nach den Nation(en) eines demokratischen Staates in Palästina

Wir haben vielfach erklärt warum Israel als exklusiv jüdischer Staat die grundlegende Ursache des Zusammenstoßes ist, der hierzulande euphemistisch als „Nahostkonflikt“ bezeichnet wird. In Wirklichkeit handelt es sich um einen Kolonialkonflikt und wenn man ihn als einen solchen erkennt, dann ist auch klar, dass die alleinige Verantwortung bei den Kolonisten und ihren Unterstützern und nicht bei den Kolonisierten liegt. Doch das ist nicht Gegenstand dieses Artikels. Nur einleitend soll indes die Frage gestreift werden, warum Israel per se, in seiner grundlegenden Konzeption kein demokratischer Staat sein kann und daher der Konflikt nur auf der Basis der Überwindung, ja Zerschlagung Israels gelöst werden kann.

Tatsächlich wollen wir uns hier mit der Frage befassen, welchen nationalen Charakter der von uns für Palästina angestrebte demokratische Staat haben kann. Im Zuge dessen wollen wir eine Antwort auf jene (böartigen) Kritiker geben, die uns vorwerfen, wir strebten einen arabischen Staat an, welcher impliziere, dass die jüdische Bevölkerung vertrieben würde.

### Ein exklusiv jüdischer Staat kann nur unterdrücken

Im Kontext des Nahen Ostens konnte das in Israel zur Verwirklichung gekommene Konzept der zionistischen Bewegung nur kolonialistisch sein und sich auf den Imperialismus stützen bzw. in eine unzertrennliche Symbiose mit ihm eintreten.

Erstens hieß die Ansiedlung nicht nur die Unterdrückung der ursprünglichen Bevölkerung wie in vielen anderen vom Kolonialismus durchdrungenen Regionen, sondern ihre Vertreibung und schließlich auch ihre Vernichtung. Dass der europäische Kolonialismus zum vollständigen und systematischen Völkermord fähig ist, beweist nicht nur die Vernichtung der jüdischen Bevölkerung, sondern eben auch jene der indianischen Bevölkerung Amerikas oder der Tasmanier (1). Tatsächlich ist Amerika, das seine Weltherrschaft als Wahrung der Demokratie zu legitimieren versucht, auf der Erbsünde des Völkermordes aufgebaut. Wie die Weißen auf der anderen Seite des Atlantiks betrachten sich die Zionisten nach wie vor als Bollwerk der Zivilisation im Osten. Doch hat die arabisch-islami-

sche Zivilisation eine zu große Geschichte, ruht auf zu viel Substanz, als dass man sie so einfach vernichten könnte. Daher der verbissene Widerstand.

Zweitens konnte das zionistische Projekt nur mit Unterstützung des jeweils dominanten Imperialismus durchgeführt werden. Schon der Gründer der Bewegung, Theodor Herzl, war sich dessen durchaus bewusst. Für Britannien verhieß die jüdische Ansiedlung in Palästina die Schaffung einer verlässlichen und kampfbereiten Kraft gegen die arabischen Völker an einem strategisch zentral gelegenen Verbindungspunkt. Dass die Zionisten gelegentlich in Konflikt mit ihren Herren kommen, oder gar den Herren einmal wechselten, tut dem symbiotischen Verhältnis keinen Abbruch.

Drittens stellt Israel mit seinen unbestimmten territorialen Ansprüchen eine ständige Bedrohung für die umgebende arabische Welt dar. Zumindest umfasst die Konzeption von Großisrael den Sinai, beide Seiten des Jordantales, den Südlibanon bis zum Litani und scheint nach Syrien hinein zumindest bis Damaskus zu reichen. In der Maximalvariante erstreckt es sich dann vom Nil bis zum Tigris.

Dass das nicht nur große Worte sind, hat Israel in zahlreichen Kriegen unter Beweis gestellt und es ist nicht ausgeschlossen, dass wir in den nächsten Wochen Zeugen weiterer Gebietseinverleibungen mit den dazugehörigen Vertreibungen sein werden. Sharon meinte dazu schlicht, der „Befreiungskrieg“ sei noch nicht zu Ende. Damit ist und bleibt Israel ein entscheidendes „Asset“ in der amerikanischen Strategie zur Beherrschung dieser so wichtigen Region.

Der „sozialistische“ Flügel des Zionismus meinte, dass man zuerst eine jüdische Klassengesellschaft errichten müsse, um dann zum Sozialismus übergehen zu können. Das genaue Gegenteil trug sich tatsächlich zu. Der gemeinsame Gegensatz aller Zuziehenden mit den Kolonisierten hat die Klassegegensätze gründlich überlagert und in den Hintergrund gedrängt. Was die Unterdrückung der Palästinenser betrifft und damit auch die dafür notwendige Verbindung mit dem US-Imperialismus, ist die israelische Gesellschaft so einheitlich und geschlossen wie noch nie. Statt

eines jüdischen Sozialismus ist eine auf Apartheid aufgebaute Gesellschaft entstanden und eine solche kann sich nicht von innen heraus selbst demokratisieren.

Denn ein demokratischer Staat hieße zu aller erst das Recht auf Rückkehr für die Millionen Vertriebenen und damit eine Bedrohung der privilegierten kolonialen Existenz der jüdischen Bevölkerung. Es stellt sich allerdings die Frage, ob nicht eine südafrikanische Lösung möglich wäre – nach der Formel: Die formale Apartheid muss fallen, damit die soziale um so legitimer aufrecht erhalten werden kann. Unter völlig veränderten Umständen kann das nicht ausgeschlossen werden, doch es ist auf absehbare Zeit höchst unwahrscheinlich. Erstens konnten die Zionisten eine jüdische Mehrheit erreichen und gerade in den 90er Jahren kräftig ausbauen, während sich das in Südafrika als unmöglich erwies und die Weißen zu einer immer kleineren Gruppe wurden. Zweitens, während in Südafrika ein Teil der weißen Kapitalisten aus langfristigen wirtschaftlichen Erwägungen politische Stabilität schaffen wollte und dem Ende der Apartheid zustimmte und es zudem einen liberalen und linken Teil der weißen Intelligenz gab, der der schwarzen Befreiungsbewegung zugehörig war, so ist das in Israel nicht der Fall. Drittens hat die Region des südlichen Afrikas nicht die selbe geostrategische Bedeutung für den Imperialismus wie der Nahe Osten, wo Israel zur Herrschaftssicherung nach wie vor eine unerlässliche Rolle spielt. Und viertens ist das ideologische Gebäude des Zionismus, der sich nach wie vor erfolgreich als Schutzmacht der Opfer des Holocaust darstellt, viel weniger erschüttert als jenes der Apartheid.

### Welche Titularnation(en)?

Die Forderung nach dem demokratischen Staat bietet noch keine automatische Antwort auf die Frage nach der Titularnation jenes Staates. Entgegen so manchen postmodernen Hirngespinnsten kann ein Staat ohne nationale Zuordnung nicht existieren – und sei es nur einer gemeinsamen Sprache wegen.

Die Möglichkeiten sind vielfältig. Ein Staat kann sich als eine einzige Nation verstehen und dennoch mehrere Sprachen haben, so wie die Schweiz. Ein Staat kann

aber auch mehrere Nationen oder Nationalitäten umfassen und sich dennoch nur auf eine Haupt- und Verkehrssprache stützen, so wie das heutige Südafrika.

Was den Fall Palästina betrifft, so gibt es auch hier ein weites Band an Möglichkeiten zwischen einem arabischen und einem binationalen Weg die Beziehung zwischen den zwei nationalen Komponenten eines möglichen gemeinsamen Staatswesens zu gestalten. Sie können als Denkvarianten und politische Vorschläge formuliert werden, ihre Verwirklichbarkeit hängt aber vom konkreten Fortgang des Konfliktes ab.

### Ein arabisches Palästina

Vorweg ist einmal klar, dass die arabische eine Titularnation ist. Dabei handelt es sich schlicht um die Wiederherstellung des vom Kolonialismus genommenen Rechtes auf Selbstbestimmung, so wie das in allen antikolonialen Befreiungsbewegungen und -kriegen der Fall war. Den verbliebenen Siedlern bot man in der Regel – unter der Bedingung der Loyalität zum neuen Staat – die vollen individuellen Bürgerrechte im Rahmen der neuen Nation an.

Das ist die Minimalvariante eines demokratischen Palästina. Doch ist der Zionismus kein „normaler Kolonialismus“. Er versucht die Siedler zu einer neuen Nation zu amalgamieren und so die Rückkehr in die Herkunftsnationen – unter anderem in jene aus der ein großer Teil der Israelis kommt, nämlich der arabischen – zu verunmöglichen.

Damit verbunden ist der nach wie vor starke Gründungsmythos, laut dem der Judenstaat der staatliche Schutz für eine weltweit verfolgte Minderheit sei. Dass der Antisemitismus in Europa eine vernichtende Gewalt entfaltet hat, ist eine Tatsache. Dass dies heute noch genauso ist, ist schon weit weniger richtig. Während mit der kapitalistischen Konterrevolution in Osteuropa ein tradiertes latenter Antisemitismus auch angesichts der außerordentlichen Verarmung wieder manifest wird, ist er im Rest der Welt keine bedrohliche Gefahr. Die kapitalistischen Widersprüche haben sich verändert und so auch die sie erfordernden Sündenböcke – aktuelle Nr. 1 sind bekanntlich unangefochten die Moslems und Araber. Und was die arabisch-islamische Welt angeht, so trägt Israel selbst die Verantwortung dafür, dass es und seine Bewohner gehasst, noch schlimmer, dass seine Verbrechen mit dem Judentum gleichgesetzt werden. Es kommt einem Wunder gleich, dass der Zionismus das arabische Judentum noch nicht vollständig auslöschen konnte. Langfristig ist Israel für das Juden-

tum kein Schutz sondern eine Bedrohung. Was zählt, ist jedoch, dass es die kolonialen Privilegien seiner Bewohner aufrecht erhält. Darum ist der Mythos in Fleisch und Blut übergegangen. Der tiefe Widerspruch der israelischen Gesellschaft, dass sie sich zu etwa gleichen Teilen aus Abkömmlingen der säkular-kolonialistischen europäischen Kultur und der religiös-kolonisierten arabischen Kultur zusammensetzt, konnte daran auch nichts ändern.

Im Gegensatz zu anderen Kolonialmächten konnte unter diesen Umständen die antikoloniale Widerstands- und Befreiungsbewegung keinen Keil in die Bevölkerung treiben und Sympathien gewinnen. Will man dennoch zumindest einen Teil dieser Nation für eine demokratische Lösung gewinnen, dann muss man ihr das Angebot zu ihrem Erhalt und Schutz im

Rahmen eines gemeinsamen Staates machen. Denn ihre Erschaffung ist bis zu einem gewissen Grad eine vollendete Tatsache und muss in Rechnung gestellt werden, so reaktionär das auch sein mag.

### Ein binationaler Staat

Diese von Michel Warschawski vorgeschlagene Lösung sieht vor, der sich als Nation verstehenden jüdischen Bevölkerung Palästinas kollektive Rechte als gleichberechtigte zweite Titularnation einzuräumen, so dass der Staat auf zwei Nationen beruht. Dazu bedürfte es eines weitgehend zweisprachigen Systems für alle wesentlichen staatlichen Funktionen einschließlich Legislative, Jurisdiktion und Exekutive. Auf der anderen Seite könnte es Elemente geben, die in der Autonomie der Teilmationen lägen, wie beispielsweise Teile des



Schulwesens und der kulturellen Einrichtungen. Kategorisch auszuschließen ist jedoch jeder kollektive territoriale Anspruch einer Titulnation, denn das muss angesichts der sozialen Unterlegenheit der Araber und des geschichtlichen Erbes zu einer Wiederbelebung des Zionismus führen.

Der Laizismus ist ein wesentlicher Aspekt eines demokratischen Staates. Angesichts der Vielfältigkeit der religiösen Zugehörigkeit – Islam, Judentum, verschiedene christliche Strömungen, Drusen und in letzter Zeit auch Buddhismus – und der Ausschließlichkeit der Staatskonzepte, die mit ihnen legitimiert werden, muss der Staat strikteste Religionsfreiheit gewährleisten, gleichzeitig aber auf seinem nichtreligiösen Charakter bestehen. Nation bzw. Nationalität muss von Religion getrennt werden. Ein arabischer Jude kann sich beispielsweise entscheiden, ob er sich seiner Nationalität nach als Araber oder Israeli deklariert, während seine Religion jüdisch ist.

Entscheidend ist, dass die rassistische zionistische Klammer zwischen jüdischer Religion und israelischer Nationalität aufgebrochen wird. Nur damit kann der israelische Nationsbegriff einen notwendigen Schritt Richtung Demokratisierung machen, weg vom auserwählten Staatsvolk, dem man nur durch die Gnade der Geburt zugehörig sein kann, und hin zu einer Nation, die sich als politische, wirtschaftliche und kulturelle Gemeinschaft versteht, die man dementsprechend auch verändern und wechseln kann.

Dennoch bleibt Israel selbst als Teilnation eines demokratischen Palästina problematisch. An der Benennung selbst zeigt sich, dass es schwierig sein wird, die Brandmale seiner zionistischen Staatsgründer gänzlich abstreifen. Die Bezeichnung „israelisch“ führt unabtrennbar den Anspruch des zionistischen Nationsprojekts mit sich, alle Juden der Welt in einer exklusiv-jüdischen Nation in Palästina zu vereinen. Dabei wurden und werden nicht nur sehr verschiedene nationale jüdische Kulturen, zu aller erst die jiddische in Osteuropa, zerstört. Sondern es wurde auch der arabischen Gesellschaft eine tiefe Wunde zugefügt und ihr integraler jüdischer Bestandteil entrissen. Nicht zuletzt hat sich gezeigt, dass die Errichtung eines exklusiv-jüdischen Staates nur auf Kosten der autochthonen Bevölkerung umgesetzt werden kann. Es scheint daher unmöglich einem demokratischen Staat eine nichttrassistische Grundlage geben zu wollen, ohne das Konzept der Umwandlung einer globalen Religion in eine Nation und ihre Zusammenfassung in einem Staat aufzugeben, zu-

mal die de facto Unmöglichkeit der Konversion die Zugehörigkeit zu dieser Nation dem freien Willen entzieht.

„Jüdische“ Nation kann als Bezeichnung keinesfalls gewählt werden, denn die übergroße Mehrheit der Juden versteht sich als dem Judentum religiös verbunden, ist aber anderen Nationen zugehörig.

„Hebräisch“ würde die wesentliche nationale Gemeinsamkeit hervorheben, nämlich die Sprache – insofern die ursprünglichen nationalen Wurzeln schon ausgerissen wurden. Dieser Begriff hat sich bis heute aber nicht durchsetzen können.

Jedenfalls ist die Verwirklichung eines binationalen Staates davon abhängig, ob ein relevanter Teil der israelischen Gesellschaft mit dem Zionismus bricht und ein solches demokratisches Angebot annimmt. Wenn so ein Teil dieser Nation den Anspruch auf die Alleinvertretung des Judentums aufgibt, ist die Voraussetzung zur Rehabilitierung desselben und zur Koexistenz mit der autochthonen arabischen Religion und Kultur geschaffen, genauso wie ihre Verwandlung in eine nichtimperialistische demokratische Nation. Damit würde das Tor zur Entspannung und endgültigen Lösung des Konfliktes aufgestoßen. Sollte dieses historische Angebot abgelehnt werden, so wie es heute der Fall ist, wird es auch keinen binationalen Staat geben können. In diesem Fall würde, ähnlich wie in Algerien, ein neuer Staat, der aus einem antikolonialen Krieg hervorgehen und den Anspruch demokratisch zu sein stellen würde, zwar als Titulnation die arabische haben, aber Israelis, die mit dem Zionismus gebrochen haben, selbstverständlich volle Bürgerrechte zuerkennen.

Gänzlich unbehandelt blieb bisher die soziale Komponente. Denn als kolonialer Gegensatz ist der israelisch-palästinensische auch einer zwischen reichem Westen und armer Dritter Welt. Das südafrikanische Beispiel gemahnt eindringlich, dass formale Gleichstellung noch lange nicht reale bedeutet, solange die sozialen Unterschiede weiterbestehen. Das heißt, der Kampf um einen demokratischen Staat schließt auch den Kampf für soziale Gerechtigkeit und Gleichheit ein, der nur einen massiven Eigentumstransfer von Israelis zu Palästinensern bedeuten kann.

Nachdem die zionistische Bourgeoisie und der Imperialismus das niemals akzeptieren werden können, ist dies ohne ihren Sturz und die Zerschlagung ihres staatlichen Systems nicht denkbar. Aber auch die rudimentäre palästinensische Bourgeoisie hat daran kein Interesse. Daher hat sie bisher auch immer in der einen oder anderen Weise mit dem Zionismus kooperiert. Die-

ser Kampf wird und muss von den palästinensischen Unter- und Mittelklassen, den breiten Volksmassen geführt werden. Er kann in seinem Verlauf gar nicht anders als auch die Grundfesten des Kapitalismus selbst anzugreifen und sozialistische Maßnahmen zu setzen.

Doch das wesentliche Problem bleibt, dass die palästinensischen Volksmassen auf sich allein gestellt für diese gigantische historische Aufgabe zu schwach sind. Das Bild vom Kampf David gegen Goliath mag große mobilisatorische Wirkung haben, doch es weist noch nicht den Weg zur Schaffung eines historischen Subjekts, das die Kraft hat, Israel und die gesamte Macht des Imperialismus, herauszufordern.

### Demokratische Föderation der Völker des Nahen Ostens

Auch der derzeitige Krieg gegen den Irak belegt eindringlich, wie wichtig und potentiell mächtig eine Vereinigung der Völker der Region gegen den Imperialismus sein könnte. Es ist nicht vordringlich das Öl, das Washington zur präventiven Aggression treibt. Es ist genau das vorbeugende Eingreifen gegen jeden Versuch der Selbständigkeit, der den Volksmassen ein Vorbild sein und sie zu mehr veranlassen könnte. Das ist der eigentliche Sinn des permanenten, globalen und präventiven Terrorkrieges der USA.

Im Herz eines vereinigten Nahen Ostens steht die arabische Nation, die aber nicht den altbekannten Fehler machen darf ihrerseits die verschiedenen kulturellen, religiösen und nationalen Minderheiten zu unterdrücken. Nur in dem man ihnen weitgehende Minderheitenrechte und Autonomie einräumt, können diese für ein freiwilliges Bündnis zum beiderseitigen Vorteil gewonnen werden. Doch hat die Selbständigkeit dort ihre Grenze, wo sie dem Imperialismus zur Intervention dient und sich die Minderheit offen auf seine Seite schlägt – so wie heute in Israel.

Ein demokratisches Palästina wird zentraler Bestandteil, ja Herzstück einer Nahost-Föderation sein, genauso wie der Kampf für diese gleichzeitig der Kampf für die Befreiung Palästinas ist. Denn nur, wenn sich die Unterklassen des Nahen Ostens vereinigen, können sie den Zionismus, den Imperialismus und seine arabischen Handlangerregime besiegen

*Willi Langthaler*

*20. März 2003 (Beginn des Aggressionskrieges der USA gegen den Irak)*

1 Der britische Kolonialismus rottete die Einwohner der südlich von Australien gelegenen Insel Tasmanien durch die Verbreitung von verschiedenen Krankheitserregern vollständig aus.

# Ist Antizionismus gleich Antisemitismus?

Transkription des Vortrages von Michel Warschawski in Wien

**VertreterInnen der Antiimperialistischen Koordination hatten Michel Warschawski im Rahmen der Delegation 2001/2002 in Jerusalem kennengelernt. Am 12. Januar kam er auf Einladung der AIK nach Wien.**

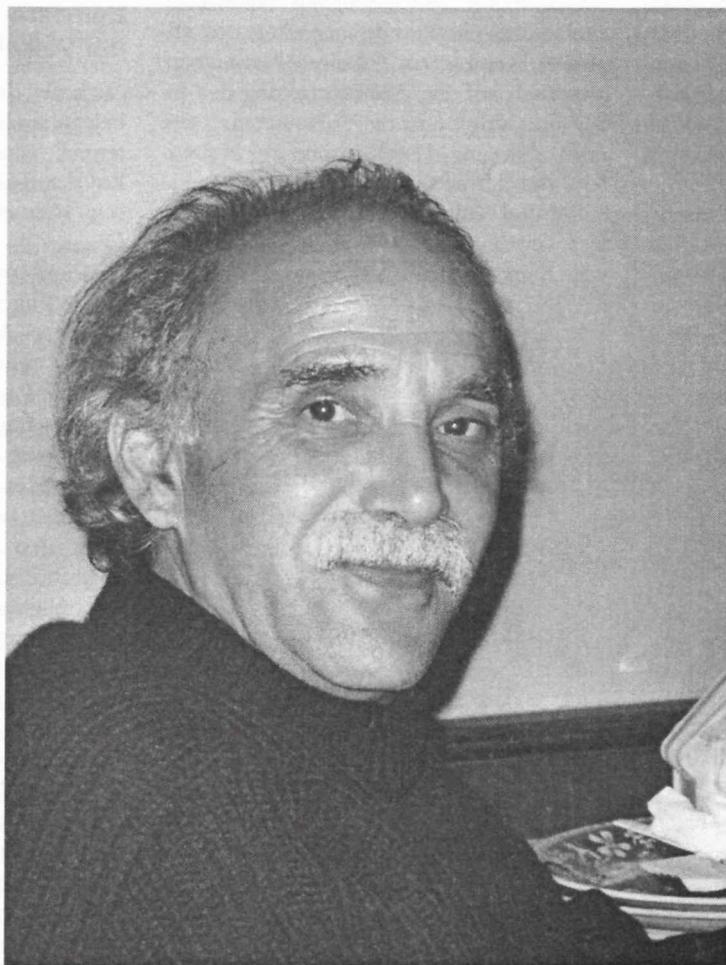
Ich bin ein israelischer Jude, der in eine orthodoxe jüdische Familie in Straßburg geboren wurde. Ich kam nach Israel, als ich 15 Jahre alt war um in einer Talmudschule zu studieren. Ich wurde 1967 Aktivist für Frieden und Gerechtigkeit in Israel/Palästina, wegen des Krieges, der als Sechs-Tage-Krieg bekannt wurde. Seit damals war ich in den meisten Bewegungen und Kämpfen aktiv, die sich gegen die Besatzung, gegen den Kolonialismus und für eine gerechte Zukunft für die Völker in diesem Land einsetzten. (...)

Antisemitismus ist eine zu ernste Sache ist, als dass man erlauben könnte ihn als Vorwand für andere Ziele zu benutzen, wie legitim die auch immer sein mögen. Antisemitismus in Europa ist zu wirklich für uns, um zu erlauben, dass er von Ideologen, Politikern oder Pseudointellektuellen manipuliert wird, die manchmal aus dem manipulativen Gebrauch des Konzeptes des Antisemitismus ihren Gewinn für völlig andere Ziele ziehen.

Vor einigen Wochen war ich im Rahmen des ersten marokkanischen Sozialforums eingeladen als Israeli über Palästina zu referieren. Es ist bekannt, dass in Marokko außergewöhnliches jüdisches Leben existierte, seit Tausenden von Jahren. Es gab eine Koexistenz, die nicht immer ideal gewesen sein mag, aber doch eine reale Koexistenz zwischen der islamischen Mehrheit und der jüdischen Minderheit, die Teil einer gemeinsamen marokkanischen Kultur, war. Die jüdische Gemeinschaft in Marokko hörte vor ungefähr dreißig Jahren zu existieren auf, abgesehen von einer winzigen Minderheit.

Für mehrere Tage hatte ich das Privileg in Marokko mit sehr einfachen Leuten

zusammenzuleben. Ich lernte alte Männer und Frauen kennen, die zum ersten Mal seit vielen Jahren wieder eine Gruppe von Juden trafen und sie drückten aus der Tiefe ihrer Herzen aus, wie sehr das Verschwinden der jüdischen Existenz in Marokko für



Michel Warschawski

sie selbst ein schwerer Verlust ihrer eigenen Identität und Kultur gewesen war.

Vor siebzig Jahren verlor ein großer Teil Europas seine jüdischen Gemeinden. Ich habe unter den Menschen hier nie das selbe Gefühl entdeckt, etwas verloren zu haben. Der Erfolg der extremen Rechten in mehreren europäischen Staaten wie Frankreich oder Österreich bezeugt, dass in diesen Ländern und tatsächlich in der Mehrheit des christlichen Europas das Kapital, welches zum Verschwinden der jü-

dischen Existenz geführt hat, heute noch nicht abgeschlossen ist.

Ich glaube, dass es wichtig ist diese zwei Realitäten herauszustreichen. Erstens ist Antisemitismus noch immer ein sehr relevantes Thema in Europa. Zweitens war und ist die Beziehung der islamischen Welt zu den Juden eine tatsächlich andere als die des christlichen Europa zu den Juden.

Ich würde gerne für unsere Diskussion heute Abend fünf Fragen in den Raum stellen. Die erste Frage ist: Gibt es heute in Europa einen Anstieg antisemitischer Gefühle? Die zweite Frage: Gibt es eine Beziehung zwischen dem israelisch-palästinensischen Konflikt und dem Anstieg des Antisemitismus in Europa? Oder zumindest mit dem Anstieg von interethnischen Konflikten in manchen europäischen Ländern? Dann möchte ich die Frage aufwerfen, die das offizielle Thema des heutigen Abends behandelt, nämlich ob Kritik an Israel, an der Politik Israels, oder selbst am Zionismus antisemitisch ist, oder ob es zumindest Verbindungen zum Antisemitismus gibt. Wenn es keine Verbindung gibt, hilft es dann vielleicht dem Antisemitismus? Und schließlich, wie kann man gleichzeitig für die Rechte des palästinensischen Volkes und gegen den Antisemitismus kämpfen?

Zur ersten Frage: In Westeuropa gibt es keine wie auch immer geartete Bedrohung und – ich zitiere Theo Klein, den ehemaligen Vorsitzenden der Koordination der jüdischen

Gemeinden in Frankreich – der Existenz und der Rechte der Juden in ihren jeweiligen Ländern. Niemals waren die jüdischen Bürger in einer solch sicheren Position was ihre Rechte als gleichgestellte Staatsbürger der Länder, in denen sie leben, betrifft.

In diesem Sinn, wenn jemand wie Alain Finkelkraut aus Frankreich, von einem „Kristalljahr“ spricht, den Ausdruck „Kristallnacht“ in diesem Sinn verwendet, ist das entweder falsch, oder, was ich vermute, der Versuch die öffentliche Meinung für völlig



Theodor Herzl: „Die Antisemiten werden unsere loyalsten Freunde werden, die antisemitischen Staaten werden unsere Verbündeten werden.“

andere Zwecke zu manipulieren.

Auf der anderen Seite gibt es keinen Zweifel daran, dass es in den meisten westeuropäischen Ländern ein Anwachsen von antijüdischen öffentlichen Aktionen, kleinen Übergriffen, ein Anwachsen von öffentlicher Akzeptanz für das Ausdrücken antijüdischer Ressentiments gibt.

Ich glaube, das ist mit zwei Phänomenen verbunden. Erstens, dass fünfzig Jahre seit dem Zusammenbruch des Nazi-Regimes in Europa vergangen sind. Fünfzig Jahre, in denen die öffentlichen Meinungsmacher aufgrund des Schreckens des Genozids an den Juden in Europa dazu fähig waren, das öffentliche Ausdrücken von antijüdischen Gefühlen, die in der dominierenden christlichen Kultur Europas sehr tief verankert sind, zu delegitimieren.

Antisemitismus oder antijüdische Ideologien waren ein wichtiger Teil der dominanten Ideologie und Kultur in den meisten Ländern Europas vor und während des Zweiten Weltkriegs. Es war vollkommen utopisch zu glauben, dass mit dem Zusammenbruch des Nazi-Regimes Antisemitismus plötzlich verschwinden würde. Was passierte, war, dass es nicht mehr als legitim angesehen wurde irgendeine Art von antijüdischem Benehmen hervorbringen. Fünfzig Jahre später wurde diese Delegitimierung abgeschwächt und wieder können Gefühle, Philosophien, Ideen, die niemals verschwunden sind, an Legitimität zurückgewinnen.

Hinzu kommt, dass die sozialistischen Bewegung innerhalb der Gesellschaft eine Art Gegengift war. Sie ist jedoch in den letzten 25 Jahren sehr geschwächt worden

und das erlaubte den antisemitischen Gefühlen gesellschaftlich wieder mehr Raum zu gewinnen.

Ein zweites Phänomen ist die wachsende Tendenz zur Identifizierung auf ethnischer oder konfessioneller Basis. Während wir bis zu der ersten Hälfte der 60er Jahre eine weltweite Tendenz zur Universalisierung von Identitäten gesehen haben und es den Versuch gab, über Grenzen hinweg politische Lager zu bilden, so ist seit zwanzig oder dreißig Jahren ein gegenteiliges Phänomen im Anwachsen. Das bedeutet Erstarren von lokalem Nationalismus gegen Ausländer einerseits, andererseits Erstarren der Identitäten der Minderheiten, seien es arabische, islamische oder jüdische Minderheiten in Europa.

Hier kommen wir zur zweiten Frage, nämlich ob es eine Verbindung des Antisemitismus, der Spannungen zwischen den einzelnen Gemeinschaften in manchen europäischen Ländern mit der palästinensischen Frage gibt. Die Antwort darauf ist ganz sicher: Ja. Wir haben das Phänomen des Satelliten-Fernsehens, das täglich Bilder von palästinensischen Kindern, die von der israelischen Armee erschossen werden, von ganzen Vierteln, die zerstört werden, von Bäumen die ausgerissen werden, von Führern die ermordet oder gedemütigt werden, liefert. Diese Bilder sind auf der ganzen Welt zu sehen, von Millionen Männern und Frauen aus dem moslemischen, arabischen Kulturkreis. In diesem Prozess der Verstärkung der Identifizierung mit der gesamten Gemeinschaft fühlen sie sich direkt von dem, was sie sehen, betroffen und identifizieren sich mit den Opfern der israelischen Unterdrückung.

Und auch umgekehrt, die jüdischen Gemeinden identifizieren sich immer mehr mit Israel und bringen den israelisch-arabischen Konflikt in die europäischen Länder selbst, zwischen die jüdischen Gemeinden oder jene, die für sie sprechen, und die arabischen, moslemischen Gemeinden oder zumindest jene, die für sie sprechen.

Wenn die Führer einer Gemeinde ihre Gemeinde mit einer politischen Sache identifizieren, die jüdische Gemeinde mit Israel identifizieren und Israel mit dem, was Israel gegen die Palästinenser unternimmt, natürlich wird es dann immer schwieriger, besonders für junge Leute in den armen Vierteln von Marseille zum Beispiel, irgendeine Art der Differenzierung zu treffen, da die Differenzierung von den Führern der Gemeinden selbst negiert wird. Wenn in Straßburg die Führer der Gemeinde eine Demonstration in Unterstützung der israelischen Politik organisieren, in der Synagoge selbst, dann sind

sie es, die aus der Synagoge eine Botschaft Israels und der israelischen Politik machen. Sie identifizieren die Politik Israels mit der jüdischen Gemeinde in der Stadt.

Antisemitismus und Kritik an Israel oder selbst Antizionismus gehören zu zwei vollkommen unterschiedlichen Kategorien. Antisemitismus ist ein Ausdruck von Rassismus, das bedeutet die Ablehnung des Anderen, in diesem Fall der Juden, als gleiches oder sogar als menschliches Wesen. Die Ablehnung der Essenz seines Seins selbst. Rassismus und Antisemitismus sind Philosophien, die das Recht des Anderen ablehnen, weil er eben das ist, was er ist. Weil er eben nicht deutsch oder nicht weiß ist oder eben weil er jüdisch ist. Es ist eine essentialistische Philosophie. Es ist egal, wer dieser andere ist, er kann dumm oder intelligent sein, gebildet oder ungebildet, er kann von der Rechten sein oder von der Linken. Er oder sie wird abgelehnt, weil er eben das ist, was er ist, ein Jude, oder weil er eben nicht ist, was er ist, sagen wir ein Weißer.

Antizionismus ist eine politische Ideologie, der man zustimmen kann oder nicht, aber er ist eine politische Philosophie. Zionismus ist keine ethnische oder konfessionelle oder nationale Zugehörigkeit, er ist eine politische Philosophie. Am Anfang gehörte ihr eine winzige Minderheit der Juden an und erst nach dem Aufstieg Hitlers wurde sie zu einer beachteten Macht in Deutschland. Zionismus ist eine Philosophie, die behauptet, dass der einzige Weg die jüdische Frage zu lösen oder Antisemitismus zu beenden der ist, die Juden von ihrem Status der Minderheit zu befreien, damit sie eine Mehrheit oder ein Volk werden, das getrennt von den anderen ist, an einem anderen Ort und sehr bald war die-



David Ben-Gurion: „Durch zwangsweisen [Bevölkerungs]transfer gewinnen wir ein gewaltiges Gebiet ... Ich unterstütze den zwangsweisen Transfer. Ich sehe nichts Unmoralisches darin.“



Moshe Dayan: „Jüdische Dörfer wurden anstelle der arabischen Dörfer gebaut. Sie kennen nicht einmal die Namen dieser arabischen Dörfer ... Geografiebücher existieren nicht mehr, und auch die arabischen Dörfer. Nahlal anstatt Mahlul; Kibbutz Gvat anstatt Jibta; Kibbutz Sarid statt Huneifis; Kefar Yehoshu'a anstatt Tal al-Shuman. Es gibt keinen einzigen Ort in diesem Land, der nicht vorher eine arabische Bevölkerung hatte.“

ser Ort mit historischen Begründungen in Palästina gefunden.

In der arabischen Welt existierte der Zionismus praktisch nicht oder er war irrelevant. In Osteuropa, Mitteleuropa und Westeuropa waren die Zionisten bis 1945 eine kleine Minderheit. Die Mehrheit der politisch bewussten Juden waren entweder Teil der Arbeiterbewegung oder der religiösen Bewegung, welche die Mehrheit in Osteuropa stellte. Sie waren offen antizionistisch, entweder aus religiösen Gründen oder aus philosophischen, politischen Gründen, wie der Bund, die sozialistische jüdische Bewegung oder, und das fand die Mehrheit in Westeuropa, weil der Zionismus einfach wie Unsinn aussah.

Eigentlich könnte man die Diskussion damit beschließen, dass man es hierbei mit zwei völlig unterschiedlichen Phänomenen zu tun hat. Aber ich denke wir brauchen noch weitere Richtigstellungen. Erstens gibt es sicher Leute, die sich gegen die Politik der israelischen Regierung und gegen den Zionismus als eine Ideologie und Praxis aus antisemitischen Gründen aussprechen. Wir haben zum Beispiel Le Pen in Frankreich. Er ist sicher nicht aus Liebe zur Gerechtigkeit antizionistisch und anti-

israelisch oder aus Unterstützung für die Araber, die er, wie allgemein bekannt, hasst und als Hauptfeind der christlichen Zivilisation betrachtet. Seine Opposition zu Israel und zum Zionismus hat ihre Wurzeln in seiner eigenen antisemitischen, rechten Philosophie.

Viele Antisemiten sind aber auch für Israel und zwar aufgrund ihres Antisemitismus. Davon gibt es zwei Arten. Die einen wollen – und das war eine Art rechter Zionismus in Deutschland in den 30er und 40er Jahren – die Juden nicht hier haben, nach dem Motto: „Wir wollen euch nicht hier, aber ihr könnt euren Staat haben.“ Und tatsächlich, der neue Jude, wie er von den Zionisten kreiert wurde, war in seiner Idealform ziemlich arisch. Er war auf den Plakaten mit blonden Haaren und blauen Augen dargestellt, was in der Tat sehr sympathisch in den Augen vieler antisemitischer Strömungen und Bewegungen in einigen europäischen Ländern war.

Die zweite Kategorie ist die heute wichtigere. Die wichtigsten Verbündeten Israels im Herzen der Vereinigten Staaten, innerhalb des Establishments, sind christliche Fundamentalisten. Das ist eine starke, sehr machtvolle Bewegung unter Sekten mit Tausenden Mitgliedern und Millionen von Dollars, die aus ihrer eigenen Theologie heraus bedingungslos, viel katholischer als der Papst und israelischer als die Israelis, Israel unterstützen. Sie haben die US-Administration und die israelische Regierung dazu bewegt die amerikanische Botschaft von Tel Aviv nach Jerusalem zu verlegen. Diese christlichen Fundamentalisten sind die besten Freunde Israels und ihre Theologie ist tiefgründig antisemitisch. Sie wünschen alle Juden in Jerusalem zu konzentrieren. Im Rahmen eines großen Krieges, des messianischen Krieges, werden sie dann verschwinden.

Das dritte Element, auf das ich eingehen möchte, ist, dass die übergroße Mehrheit der Männer und Frauen in Westeuropa, welche die Grundrechte des palästinensischen Volkes unterstützen und gegen die Politik der Kolonisierung, Besatzung und Zerstörung durch den israelischen Staat kämpfen, schlicht und einfach keine Antisemiten sind, keine Rassisten, sondern Leute, Parteien und Bewegungen, die ihren kohärenten, permanenten Antirassismus bewiesen haben. Tatsächlich waren sie es, die gegen Rassismus und gegen Antisemitismus in ihren eigenen Ländern gekämpft haben, während die „Freunde Israels“ entweder Teile dieser rassistischen Bewegungen waren oder sich still verhalten haben.

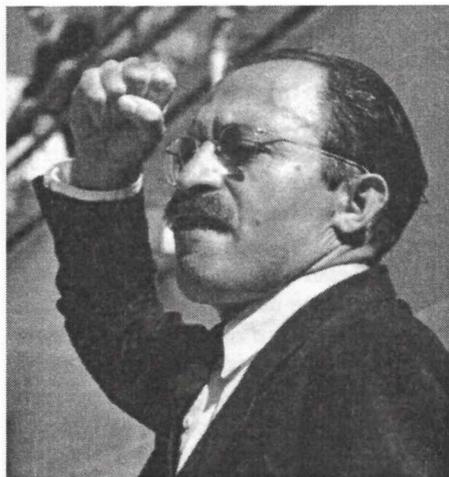
Die Frage ist, wie es diese großangelegte Kampagne in Europa schaffen konn-

te, die Solidaritätsbewegung mit dem palästinensischen Volk mit Antisemitismus gleichzusetzen. Wie war das möglich, wenn beides vom theoretischen Ansatz nichts miteinander zu tun hat. Auch vom praktischen Gesichtspunkt her haben diese Bewegungen, diese Männer und Frauen nie irgendwelche konkreten Beweise geliefert um diese Anschuldigung zu untermauern.

Der Erfolg dieser Kampagne wurde möglich gemacht, indem man zwei Konzeptionen ins Spiel brachte, gegen die nicht argumentiert werden kann. Die eine ist das Unterbewusste. Die zweite ist ein neues Konzept: die semantische Verschiebung. Ich will versuchen, das zu erklären. Weil im öffentlichen Auftreten oder in den Aktivitäten kein Beweis zu finden ist, dass die Bewegung, die für die palästinensischen Rechte kämpft, in ihrer übergroßen Mehrheit antisemitisch wäre, so darf man sich nicht die Fakten ansehen, sondern muss dahinter blicken, um das zu finden, was nicht zu sehen ist, aber durch einen guten Psychologen, oder einen guten Philosophen wie Alain Finkelkraut oder Lanzmann analysiert werden kann. Die semantische Verschiebung funktioniert so: Ich behauptete, dass ich Mozart nicht mag. An der Oberfläche ist das ein ästhetischer Kommentar. Aber in Wirklichkeit ist das Problem nicht Mozart. Ich hasse die Österreicher, das ist es, was ich in Wirklichkeit sage. Hinter dem, was die einen semantische Verschiebung nennen, übermittle ich vielleicht unbewusst meinen antiösterreichischen Rassismus, indem ich eine ästhetische Feststellung über die Musik eines Österreichers von mir gebe. Hinter Mozart ist nicht die Linzer Symphonie oder das berühmte Requiem. Hinter Mozart steht Salzburg, hinter Salzburg Österreich und hinter Österreich steht die österreichische Kultur und



Chaim Weizmann: (rechts) Die Palästinensische Bevölkerung „wie die Steine von Judäa, Hindernisse, die aus dem Weg geräumt werden müssen.“



Menachem Begin: „Die Teilung Palästinas ist illegal. Wir werden sie niemals anerkennen. ... Jerusalem war und wird für immer unsere Hauptstadt sein. Eretz Yisrael wird dem Volk Israel zurückgegeben. Ganz Eretz Yisrael. Und für immer.“

hinter der österreichischen Kultur das österreichische Volk. Und mein Feind ist nicht die Musik von Mozart, sondern die Existenz selbst des österreichischen Volkes. Dies ist die semantische Verschiebung von Lanzmann und ähnlichen Ideologen, die ohne einen einzigen Beweis elf Gerichtsverhandlungen in Frankreich gegen Journalisten, Aktivisten und Intellektuellen wegen Antisemitismus angestrengt haben. Elf Mal waren sie nicht fähig ihre Anschuldigungen zu untermauern und haben alle Verhandlungen verloren. Sie haben in der Verhandlung das Konzept der semantischen Verschiebung benutzt, das bis jetzt noch nicht Eingang in die französischen Gesetzen gefunden hat. Der Richter fragte nach Fakten, nach Positionen und sie redeten über das Unterbewusste. Gott sei dank akzeptiert die französische Justiz bis jetzt Unterbewusstsein noch nicht als Beweis. Wenn jemand sagt, ich liebe die Juden, aber ich mag keine „gefüllte Fisch“, bedeutet das einfach, dass diese Person kein antisemitisches Statement abgegeben hat, sondern dass sie, wie viele Juden selbst, diese schreckliche Fischspeise nicht mag.

Ich möchte ein Beispiel bringen: den Fall des französischen Radiojournalisten Daniel Mermet, der Israel und die israelische Politik zu vielen Anlässen kritisiert hat, in Wirklichkeit aber Israel liebt und der persönlich, er ist kein Jude, verletzt darüber ist, was Israel tut. Ihm gelang es einen Naziarzt zu enttarnen, der in Auschwitz tätig war. Der Arzt konnte den Gerichtsverhandlungen 1945 bis 1947 entkommen, leider kann ich mich nicht an den Namen erinnern.<sup>(1)</sup> Er lebte ein gutes Leben irgendwo in Deutschland und es gelang Mermet ihn zu interviewen. Durch dieses Interview hatte er genug Beweise

um den Arzt wegen Kriegsverbrechen vor Gericht zu stellen. Und das lief auf einer Radiosendung. Tatsächlich ist dieser Arzt verurteilt worden. (...) Eine Gruppe von, ich weiß nicht ob ich sie jüdische Intellektuelle nennen soll, und die Nationale Union Jüdischer Studenten und der Anwalt Goldnagel beschlossen, gegen Mermet Beschwerde einzureichen. Sie behaupteten, dass sein Radioprogramm eine Apologie für den Nazismus gewesen sei, weil die Sendung einem Naziarzt eine Stimme gegeben hatte. Deshalb sei dies ein offizieller Beweis dafür, dass Mermet und all seine Freunde und eigentlich alle Leute, die Israel kritisieren, denn Daniel Mermet kritisiert Israel, Apologeten des Nazismus sind. Einer der berühmten französischen jüdischen Intellektuellen sagte als Zeuge gegen Mermet aus und benutzte das Konzept der semantischen Verschiebung. Er sagte, dass es zwar wahr ist, dass diese Sendung gegen den Nazismus gerichtet war und es selbst wahr war, dass durch dieses Programm der Naziarzt vor Gericht gestellt werden konnte, aber in seinem Hinterkopf würde Mermet durch seine Obsession, die der Nazismus sei, unbewusst gezwungen werden den Naziverbrechen zu huldigen. Der Richter sagte zu Herrn Goldnagel: „Ich hoffe es ist das letzte Mal, dass Sie zu mir ins Gericht kommen, denn das nächste Mal werden Sie auf der Anklagebank sitzen.“

Die vierte Frage ist, ob Kritik an Israel Antisemitismus stärkt. Offensichtlich ist die Antwort genau das Gegenteil. Wenn man die jüdische Existenz, den Staat Israel und alle Taten der israelischen Regierung als eine Einheit auffasst und jede Kritik an einem dieser Elemente, an selbst kleinen Dimensionen der Politik der israelischen Regierung als schädlich empfunden wird, dann sind es jene Leute, welche die totale Gleichsetzung zwischen der jüdischen Gemeinde, dem Staat Israel, seiner Politik und seinen Verbrechen betreiben, [die den Israelis schaden]. Wenn wir nicht irgendwo eine Grenze setzen dürfen, wenn wir nicht sagen dürfen, dass wir Israel lieben, aber nicht seine Politik; oder wir müssen Israel nicht lieben, aber wir respektieren und akzeptieren die Existenz von Juden, aber nicht die Existenz eines Staates Israel; oder wir akzeptieren die israelische Regierung und die israelische Politik, aber die Ermordung von Kindern geht zu weit; wenn wir keine Linie ziehen dürfen, wenn wir nicht das Recht dazu haben zu sagen: „Zu allem ja, aber hier nein, das geht zu weit“, dann stellt man die Identifikation zwischen der Existenz der Juden selbst, der Existenz Israels, seiner Politik und jeder einzelnen Aktion, jedem einzelnen Ver-

brechen und jedem einzelnen Fehler selbst her. Das Ergebnis ist das genaue Gegenteil des Erwünschten. Wenn jemand nicht einverstanden ist, wird er sagen, dass diese Tat oder diese Politik inakzeptabel oder falsch ist und wir haben sofort eine Identifikation zwischen der Tat, dem Staat, und dem jüdischen Volk als Ganzem.

### Diskussion

Ich möchte auf eines der Argumente eingehen, das benutzt wird, um Leute zu terrorisieren, wenn sie über Israel sprechen und zwar die Frage nach dem „Existenzrecht Israels“. Heute sagen Tausende prominenter Politiker und Intellektueller, dass es notwendig ist den Charakter Israels radikal zu verändern, dass man einen neuen, völlig anderen Staat schaffen muss. Sie stellen die Existenz Israels, wie sie sich heute darstellt, in Frage. Hört auf, uns in dieser Sache zu erpressen! „Wir in Israel brauchen dringend eine ernsthafte, tiefgehende und radikale Debatte über das Wesen unserer Gesellschaft und unseres Staats – andernfalls steht uns eine Katastrophe bevor.“ Das war ein Zitat von Shulamit Aloni, der ehemaligen Erziehungsministerin und Generalsekretärin der Arbeiterpartei. Der ehemalige Chef der israelischen Geheimdienste, Admiral Ami Ayalon, sagte vor zwei Jahren, dass, wenn wir den Charakter des Staats nicht radikal verändern, Israel definitiv ein Apartheidstaat wird. Ich habe bewusst diese zwei Vertreter des Establishments, zionistische Hardliner, zitiert, die von der Notwendigkeit sprechen den Staat radikal zu verändern. Worum es geht, ist, dass prominente und intelligente Menschen in Israel sich nicht von dieser Frage – „Anerkennen Sie den Staat Israel“ – einschüchtern lassen; im Gegenteil, sie nehmen die Herausforderung an und sagen „Nein, wir akzeptieren ihn nicht! Nicht nur für das Wohl der Palästinenser, sondern um unserer eigenen Kinder willen muss Israel radikal verändert werden. Wir brauchen eine Revolution“. Das war auch ein Zitat, von einem der Regierung nahestehenden Journalisten.

Wer ist diese Aktivistin der österreichischen Grünen<sup>2</sup>, die glaubt, sie könne mir vorschreiben, in einem Apartheidstaat zu leben (Unser Staat wurde von einigen seiner Gründer als Apartheidsystem definiert) und diesen Apartheidstaat nicht zu kritisieren, sonst wäre ich ein Antisemit? Während zweier Drittel seiner Existenz hat der Staat Israel einer Bevölkerung von heute drei Millionen Menschen alle Rechte vorenthalten. Es gibt zwei Möglichkeiten: Entweder wir gestehen ein, dass wir in einem Apartheidsystem leben, denn vierzig

Prozent der Bewohner Israels haben keine Rechte (3); oder man muss das System in Israel von einem Apartheidsystem in eine binationales System verwandeln, das heißt in einen demokratischen Staat für alle seine Bürger. Beide Möglichkeiten stellen die Existenz des Staats Israel, so wie er angeblich besteht, in Frage. Das Israel jedenfalls, das diese Aktivistin der Grünen vor der Kritik der Antiimperialistischen Koordination schützen will, existiert nicht, es hat schon vor langer Zeit zu existieren aufgehört! Es geht also nicht darum sein Recht zu existieren in Frage zu stellen. Es geht darum, wie man den Staat aktiv verändert: ob man das Apartheidsystem formell legalisiert – das ist die Linie einiger Parteien – oder ob man ihn in einen demokratischen Staat verwandelt.

Wie Sie wissen, ist Israel „die einzige Demokratie im Nahen Osten“, aber eine ganz besondere Demokratie. Erstens, weil vierzig Prozent der Bevölkerung keinerlei Rechte hat, weder Bürger- noch Menschenrechte; sie werden nicht nur nicht als Staatsbürger anerkannt, sondern auch nicht als menschliche Gemeinschaft. Weiters ist Israel die einzige Demokratie im Nahen Osten und in der ganzen Welt, in der eine Partei verboten werden kann, weil ihr Programm auf der Grundlage von Demokratie selbst beruht, nämlich dass der Staat der Staat aller seiner Bürger sein soll. Ich zitiere ein Mitglied des Komitees, das den Knesset-Abgeordneten Azmi Bishara und Ahmad Tibi die Kandidatur untersagte: „[Azmi Bisharas] Vorstellung von Gleichheit stellt den Staat Israel in Frage“ – so wie das Ihre Grüne Abgeordnete formulierte. Er verlangt volle Gleichberechtigung für alle israelischen Staatsbürger, er sprach nicht einmal von den Menschen im Westjordanland und Gaza-Streifen. Volle Gleichberechtigung zu verlangen ist in Israel ausreichend um als Partei oder Kandidat von Wahlen ausgeschlossen zu werden. Und damit schließen Sie den Kreis, Frau Jerusalem: Wenn Kritik an der Diskriminierung durch das israelische Regime, an der Tatsache, dass manchen Leuten Rechte vorenthalten werden, per definitionem illegal ist, dann haben Sie Recht: Jeder Versuch, den Staat zu demokratisieren, ist schon per se eine Nicht-Anerkennung des Staats. Man kann ein Regime nicht auf demokratischem Weg verändern, das keine Verfassung wie jedes andere demokratische Land hat, in dem man undemokratische Vorgangsweisen, Gesetze oder den Charakter des Staats dadurch verändern kann, dass man eine Mehrheit gewinnt. Selbst wenn eine Mehrheit den undemokratischen Charakter Israels verändern woll-

te, würde sie schlicht von den Wahlen ausgeschlossen werden, weil der Staat sich als ein undemokratischer Staat definiert, weil das Konzept der Gleichberechtigung zum Ausschluss einer Person oder einer Partei von der Kandidatur zu den Wahlen führt. Dies ist nicht nur einzigartig für die „einzige Demokratie im Nahen Osten“, es ist ein einzigartiges Konzept von „Demokratie“ in der ganzen Welt und in der Geschichte der Menschheit. Und diese Aktivistin der Grünen Partei in Österreich will mich dazu verpflichten diesen Staat zu erhalten, sonst bin ich ein Antisemit? (...)

Warum wird in Europa soviel von Antisemitismus gesprochen, während es einen aktiven und wachsenden anti-arabischen



Die israelische Regierung hat mit dem Bau einer acht Meter hohen Mauer im Westjordanland begonnen. Graffiti: *geder-hafrada* = *apartheid* („Trennungsmauer = Apartheid“)

Rassismus gibt? Der anti-arabische Rassismus ist sowohl institutionalisiert als auch in der Bevölkerung verankert. Dieser Rassismus muss ganz oben auf der Prioritätenliste der linken und fortschrittlichen Bewegung in Europa stehen. In der Frage des Antisemitismus stimme ich jedoch nicht überein. Ich möchte aus einem jüdischen Gebet zitieren: „Je mehr wir davon sprechen, desto besser.“ Es gibt in der Geschichte des modernen Europa zwei dunkle Punkte, die noch nicht ernsthaft und endgültig aufgearbeitet sind. Der eine ist der Kolonialismus, der andere der Antisemitismus. Diese zwei schwarzen Flecken in der modernen Geschichte Europas machen es sehr schwierig, die konkreten politische Probleme der Gegenwart, sei es der Nahostkonflikt, das Irak-Problem, sei es der Rassismus gegen die arabische und muslimische Minderheit in Europa zu behandeln.

Das bringt mich zur dritten Frage – warum sich so viele Juden mit Israel identifizieren. (...) Das Problem ist, dass die jüdischen Institutionen, die normalerweise zehn bis fünfzehn Prozent der Juden in den meisten großen Gemeinden vertreten, die jüdische Haltung zu Israel monopolisieren. Doch die meisten Juden sind überhaupt nicht in diesen Gemeinden organisiert. Deshalb gibt es in vielen Ländern, v.a. in den USA, neue Initiativen von Bürgern,

die sich in der Vergangenheit nicht als Juden gefühlt hatten, z. B. unter dem Titel „Nicht in unserem Namen“ die versuchen, das Monopol der selbsternannten Vertreter der jüdischen Gemeinden zu brechen.

Doch das ist nicht nur ein Problem der jüdischen Gemeinden, sondern Ihrer Gesellschaften. Die Journalisten sind im Allgemeinen eher auf der Seite Israels, auch wenn es seriöse und ehrliche Journalisten sind. Sie verwenden israelische Argumente und den israelischen Sprachgebrauch. Sie sagen z. B. „Palästinenser ermordeten zwei Israelis“ und „Israelis töteten zwei Palästinenser“; „palästinensischer Terror“ und „israelische Vergeltung“ – niemals ist von israelischem Terror und palästinensischer

Vergeltung die Rede. Es handelt sich nicht um Menschen, die von der Jewish Agency bezahlt werden und ideologisch auf der Seite Israels stehen, ich spreche hier vom aufrichtigen Durchschnittsjournalisten, der sich unbewusst und spontan mit Israel identifiziert. Denn der Krieg zwischen Israel und den Palästinensern ist ein Krieg zwischen Norden und Süden, ein Krieg, in dem laut Herrn Bush Zivilisation und Barbarei aufeinanderprallen. Ein Mensch aus dem Westen wird sich spontan – wenn er dem nicht bewusst politisch-ideologisch gegensteuert – stets mit dem identifizieren, der ihm selbst ähnlicher ist, und er wird sich gegen jene wenden, die wie die arabischen Jugendlichen aus der Vorstadt aussehen und seine Normalität bedrohen.

Nun zur Frage eines palästinensischen Staats oder eines demokratischen, binationalen Staats. Ich habe ein Buch [Le défi binational] geschrieben, in dem ich die gemeinsame Existenz von Juden und Arabern in einem binationalen Rahmen verteidige – doch ich habe kein Recht zu entscheiden. Ich muss an eine Frau denken, die von ihrem Mann geschlagen oder vergewaltigt wird. Sie versucht sich zurückzuziehen, innerhalb ihres Hauses, sie möchte von vier Stockwerken ein einziges für sich alleine um nicht mehr geschlagen zu werden; doch es kommen ihre Nachbarn,

Freunde, ihre Kinder und sagen: „Geh nicht weg. Du wirst allein sein, ohne Geld, vielleicht wirst du dich prostituieren müssen. Bleib und wir werden die Geschichte deiner Vergewaltigung in eine Liebesgeschichte verwandeln.“ Ich habe in der sozialistischen Bewegung das Konzept der Selbstbestimmung kennen gelernt und ich glaube, unsere Haltung als israelische linke, fortschrittliche Kräfte, so wie Eure Haltung als Europäer, die solidarisch mit den Palästinensern sind, muss sein: Sie müssen entscheiden, wie sie leben möchten. Wir mögen unsere Einschätzung haben, wir haben das Recht und vielleicht sogar die Pflicht, uns Gedanken über verschiedene Szenarios zu machen, was für die Palästinenser und auch für die Israelis am besten wäre. Letztendlich jedoch geht es um das Recht des palästinensischen Volks auf Selbstbestimmung. Sie müssen entscheiden, wie sie leben wollen, zu welchen Kompromissen sie bereit sind.

Was die Frage über die sogenannte „Transferlösung“ betrifft, so spricht sich ein substantieller Teil der israelischen Regierung dafür aus. „Transfer“ ist ein israelischer Euphemismus für „ethnische Säuberungen“. In den israelischen Medien wird offen darüber diskutiert den Krieg gegen den Irak dafür zu benutzen um die palästinensische Existenz in den besetzten Gebieten „auszudünnen“. Dabei wird über eine Maximal- und eine Minimalvariante gesprochen. Die Maximalvariante wäre, alle Palästinenser aus den jetzt besetzten Gebieten zu vertreiben. Die Minimalvariante wäre, diejenigen Palästinenser, die zur Zeit in den C-Zonen leben, in die A- oder B-Zonen zu treiben, also vor allem in die Städte wie Nablus oder Ramallah. Das käme einer internen Säuberung gleich. Es würde erlauben, das palästinensische Gebiet vollkommen zu zerstückeln, eine Realität von mehreren kleinen, vollkommen von einander isolierten Bantustans zu schaffen. Wie diese dann genannt würden, ob Palästinensischer Staat, Reich oder Imperium, das wäre der israelischen Regierung vollkommen egal.

Zur Rolle der Bewegung möchte ich mit einem Gleichnis antworten. Wie ich bereits gesagt habe, sind meine persönlichen Wurzeln in der Religion. Es gibt eine Stelle in der Bibel, die mich als junger Mensch sehr beeindruckt hat. Abraham diskutiert mit Gott, weil dieser Sodom und Gomorra bestrafen will. Abraham sagt zu Gott: „Wenn ich dir hundert gerechte Menschen bringe, wirst du dann Sodom zerstören?“ und Gott antwortet: „Nein, dann werde ich es nicht zerstören“. Und Abraham fragt weiter: „Und wenn ich dir fünfzig Gerechte

bringe, wirst du Sodom dann zerstören?“ Und Gott antwortet: „Nein, auch dann werde ich die Stadt nicht zerstören.“ Und wieder fragt Abraham: „Und wenn ich dir zwanzig Gerechte bringe?“ Und Gott antwortet: „Nein, dann werde ich es nicht zerstören.“ Und so weiter, bis Abraham Gott schließlich fragt: „Und wenn ich dir einen Gerechten bringe?“ Da antwortet Gott: „Nein, ein Gerechter, das ist nicht genug. Sodom muss zerstört werden.“

Dieses Gleichnis bedeutet für uns, dass wir die Gerechten für Israel, die wirklichen Freunde Israels sein müssen. Wir müssen klar machen, dass die Politik der israelischen Regierung nicht gleichbedeutend mit der israelischen Bevölkerung ist. Doch es muss uns klar sein, dass fünfzig Gerechte nicht genug sind, um die Botschaft deutlich zu machen, dass nicht ganz Israel schuldig ist. Während des Libanonkrieges war es gelungen der Welt zu zeigen, dass es zwei Israels gibt: das Israel von Menachem Begin, das Israel des Krieges und auf der anderen Seite Hunderttausende Menschen, die gegen den Krieg demonstriert haben. Unsere Rolle ist es, ein anderes Israel zu schaffen, für uns selbst und für das arabische Volk. Ein anderes Israel bedeutet, einen Staat, in dem allen Bewohnern gleiche Rechte zuerkannt werden und in dem es keine Besetzung gibt.

Diejenigen, die vollkommene Identifizierung mit Israel fordern, wollen uns zum Schweigen bringen. Diejenigen, die jede Kritik an Israel verurteilen, schaden Israel damit. Die einzige Möglichkeit die nationale, ethnische und konfessionelle Existenz der jüdischen Bevölkerung im Nahen Osten zu sichern, ist zu zeigen, dass es keine vollkommene Identität zwischen der israelischen Politik und dem israelischen Volk gibt. Hingegen ist der Versuch, Kritik an Israel zum Schweigen zu bringen und Solidarität mit den Palästinensern zu verurteilen das schlimmste Geschenk, das man dem israelischen Volk machen kann. Es bedeutet nicht, dem israelischen Volk zu helfen, im Gegenteil es ruft nur die totale Identifizierung zwischen der Politik seiner Regierenden und der Bevölkerung hervor.

Wenn die Solidaritätsbewegungen mit dem palästinensischen Volk in Europa eine klare Linie ziehen zwischen ihrem gerechten Kampf auf der einen und jedweder Art von Rassismus und Faschismus auf der anderen Seite, und wenn sie sich dann in ihrem Kampf nicht beirren lassen, so ist dies das größte Geschenk, das sie dem israelischen Volk machen können. Darum appelliere ich an Sie: Lassen Sie sich nicht in die Defensive drängen, fahren Sie in Ihrem Kampf fort. Es ist der beste Weg, die jüdi-

sche Existenz im Nahen Osten zu sichern.

Und ich gehe noch darüber hinaus und sage, dass die Intifada das größte Geschenk war, das die Palästinenser den Israelis machen konnten. Ich sagte das schon zu Zeiten der ersten Intifada. Sie war die einfachste und billigste Möglichkeit eine große Katastrophe für Israel zu verhindern. Die zweite Intifada ist schon weniger billig, nicht nur wegen des Blutes, das vergossen wurde. Ich sage das, weil es sich gezeigt hat, wie zerstört die israelische Gesellschaft bereits ist.

Doch die zweite Intifada ist das letzte Geschenk, das uns die Palästinenser anbieten. Was uns dann noch bleibt, ist der totale Krieg mit der arabischen Welt. Wir müssen den Palästinensern dafür danken, dass der Konflikt bis jetzt auf die besetzten Gebiete beschränkt geblieben ist. Darum sage ich immer wieder, wenn ich Vorträge halte, auch in Israel selbst: „Ergreifen wir die Gelegenheit jetzt, Israel von Grund auf zu verändern.“ Viele bedauern bereits die versäumte Gelegenheit der ersten Intifada, denn nach der ersten Intifada ist eine große fundamentalistische Bewegung entstanden.

Es gibt Stimmen in Israel, die diese Warnungen in den Wind schlagen und vom „nuklearen Weg“ sprechen, um mit diesen Problemen umzugehen. Das ist Wahnsinn! Wir sind sechs Millionen und wir sind von hundertachtzig Millionen Arabern umgeben und von einer Milliarde Moslems. Es sollte klar sein, dass wir es hier mit einem schlafenden Riesen zu tun haben und dass das letztendlich unser Problem ist. Die arabische Welt wird nicht verschwinden, sie ist in diesem Stück Erde tief verwurzelt. Die Palästinenser werden nicht verschwinden, denn dieser Teil der Erde ist ihr Zuhause. Wer in Gefahr ist, das sind wir und wir spielen mit dem Feuer.

Wenn wir nicht bald dem israelischen Apartheidstaat ein Ende machen, wird uns über kurz oder lang nur der totale Krieg bleiben.

1 Es handelt sich um Hans Münch.

2 Warschwaski bezieht sich auf Susanne Jerusalem, Landtagsabgeordnete der Grünen Wien, die ihre Teilnahme an der Veranstaltung kurzfristig absagte. Als Grund hatte sie angegeben, dass sie in Folge von Informationen, die ihr zugespielt worden waren, nicht mehr ausschließen könne, dass die AIK antisemitische Tendenzen habe. Sie verweigerte nach ihrer Absage jeglichen Kontakt mit den Veranstaltern.

3 Warschwaski bezieht sich hier auf die Bevölkerung des israelischen Staates und der 1967 von Israel besetzten Gebiete zusammengerechnet.

## Benennungen

1

Die gestern geschrien haben  
 „Die Juden sind schuld“  
 sollen heute nicht schreien  
 „die Zionisten“  
 Die geschrien haben  
 „Die Juden sind schuld“  
 sind schuld daran  
 dass die Zionisten schuld werden konnten  
 Die geschrien haben  
 „Die Juden sind unser Unglück“  
 sind das Unglück der Juden  
 und der Palästinenser geworden  
 Das befreit nicht die Zionisten  
 von Schuld an den Palästinensern  
 und die Juden nicht  
 von der Verantwortung für Zionisten  
 Aber nicht die sollen heute  
 die Juden verantwortlich machen  
 die gestern geschrien haben  
 „Die Juden sind schuld“

2

Es gibt Zionisten  
 die nennen Antizionisten Antisemiten  
 und es gibt Juden  
 die den Zionisten das glauben  
 Es gibt Antisemiten  
 die nennen Zionisten Bundesgenossen  
 wenn sie zu Juden sprechen  
 sonst nur nützliche Juden  
 Es gibt Sprecher des Westens  
 die nennen jüdische Antizionisten  
 rote Antisemiten  
 wenn sie zu Juden sprechen  
 Und wenn sie zu Nichtjuden sprechen  
 nennen dieselben Sprecher  
 dieselben jüdischen Antizionisten  
 dreckige rote Juden

3

Zionisten  
 mit linkem falschen Bewusstsein  
 Zionisten  
 mit rechtem falschen Bewusstsein  
 Antisemiten  
 mit rechtem falschen Bewusstsein  
 Antisemiten  
 mit linkem falschen Bewusstsein  
 und Antisemiten  
 mit zionistischem falschen Bewusstsein  
 Kein Bewusstsein  
 das den Antisemitismus  
 oder den Zionismus  
 rechtfertigen kann

*Erich Fried*

Noam Chomsky: Offene Wunde Nahost

## Arbeiter- und Likudpartei streben gleichermaßen eine den südafrikanischen Bantustans vergleichbare Regelung an

Leider fiel die Hälfte der Originalausgabe Kürzungen zum Opfer, weil sich vier Kapitel zu sehr mit der amerikanischen Israel- und Nahostpolitik beschäftigten. Schade, denn sie hätten dem Leser tiefe Einsichten in die einseitige Pro-Israel-Politik der USA gegeben, die für das Verständnis der aktuellen Lage sehr erhellend gewesen wären. In Retrospektive gelesen, sind auch die verbliebenen fünf Kapitel von einer unglaublichen Aktualität. Die meisten Einschätzungen und Bewertungen des Autors haben auch nach 19 Jahren noch Bestand. Welches Sachbuch kann dies schon für sich in Anspruch nehmen? Chomskys kritisiert nicht nur die US-amerikanische Außenpo-

litischen Politiker, die einen Ausgleich mit der einheimischen arabischen Bevölkerung nicht unbedingt anstrebten und den Teilungsplan vom November 1947 nur aus taktischen Gründen akzeptiert hatten. Besonders deutlich erklärte dies David Ben-Gurion, der erste Ministerpräsident Israel, bereits 1937: „Wenn wir durch die Gründung des Staates zu einer starken Macht geworden sind, werden wir die Teilung aufheben und uns auf ganz Palästina ausdehnen.“

Für Chomsky ist der Hauptverantwortliche für die ganze Misere im Nahen Osten die USA und an zweiter Stelle erst Israel. Beide bilden sie die „Verweigerungsfront“



litik, sondern auch die Politik Israels gegenüber den Unterprivilegierten.. „Im Hinblick auf die Palästinenser verfolgen Israel und die USA auch weiterhin das extreme Ausgrenzungsprogramm, das sie seit Anfang der siebziger Jahre betreiben.“ Für Chomsky ist es völlig klar, dass Israel das tut, was Washington will. Macht es sich da der Autor nicht zu einfach? Sind nicht die USA auch teilweise von Israel abhängig? Hatte nicht Netanyahu mit seiner reniten- ten Haltung mehrmals US-Präsident Clinton öffentlich düpieri? Ganz anders Sharon: Durch seine ideologische Nähe zu George W. Bush hat er enormen Einfluss auf die US-Politik gegenüber dem Irak. Das amerikanisch-israelische Verhältnis ist

gegenüber den Unterprivilegierten.. „Im Hinblick auf die Palästinenser verfolgen Israel und die USA auch weiterhin das extreme Ausgrenzungsprogramm, das sie seit Anfang der siebziger Jahre betreiben.“ Für Chomsky ist es völlig klar, dass Israel das tut, was Washington will. Macht es sich da der Autor nicht zu einfach? Sind nicht die USA auch teilweise von Israel abhängig? Hatte nicht Netanyahu mit seiner reniten- ten Haltung mehrmals US-Präsident Clinton öffentlich düpieri? Ganz anders Sharon: Durch seine ideologische Nähe zu George W. Bush hat er enormen Einfluss auf die US-Politik gegenüber dem Irak. Das amerikanisch-israelische Verhältnis ist

jedoch viel bunter und differenzierter als das Chomsky wahrhaben will.

Im Westen werden Rabin und Peres als Friedenspolitiker bezeichnet, die für einen Palästinenserstaat eingetreten sind. Die Unterschiede zwischen diesen beiden, Netanyahu und Sharon sind aber nur marginal, was die Eigenstaatlichkeit der Palästinenser anbelangt, wie der Autor behauptet: „Arbeiter- und Likudpartei streben gleichermaßen eine den südafrikanischen Bantustans vergleichbare Regelung an, ohne damit gegen die Bestimmungen von Oslo I oder II zu verstoßen.“ Auch hier bedarf es der Erwähnung der Zwischentöne. Chomsky macht im Kapitel „Washingtons 'Friedensprozess'“ auf die Widersprüche und Ungereimtheiten dieses Prozesses aufmerksam. Für ihn war es die Fortsetzung der Okkupation im anderen Gewand. In keinem der Abkommen sind die nationalen Rechte der Palästinenser erwähnt und sie bedeuten für sie eine Katastrophe. „Das Abkommen von Oslo II und seine Folgen stellen mithin einen weiteren Triumph der amerikanisch-israelischen Verweigerungshaltung dar, die sich zwar vom Rest der Welt isoliert, aber über die Waffen und andere Hebel der Macht verfügt ... Der Friedensprozess dient den Interessen seiner Architekten, während die Interessen der anderen höchstens eine Nebenrolle spielen.“

Chomskys Ausführungen sind direkt, frei von historischen Beschönigungen und relativierenden Rechtfertigungen. Er zeigt, wie groß die Diskrepanz zwischen Friedensrhetorik und Realpolitik im nahöstlichen Machtpoker ist. Wenn dem Autor eines gelungen ist, dann ist es die Lüftung des Schleiers, der sich um die Mythen des Nahostkonfliktes gelegt hat. Dass die Hegemonialmacht USA und Israel dabei in die Kritik geraten, liegt in deren Politik begründet. Das Buch ist ein besonders guter Ratgeber für Politiker und politische Analytiker, denen es zu oft an einer realistischen Bewertung Israels mangelt: Sei es aus historischen Gründen wie in Deutschland, sei es aus politischer Einseitigkeit wie in den USA. Chomsky hat eine ausgezeichnete Analyse einer der großen Tragödien nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs vorgelegt. Für jeden Nahost-Interessierten ein Muss.

Noam Chomsky, Offene Wunde Nahost. Israel, die Palästinenser und die US-Politik, Europa Verlag, Hamburg 2002, 352 Seiten, € 19,90.

Ludwig Watzal

## Alain Gresh: Israel-Palästina

### Der Völkermord an den Juden geht alle Menschen etwas an

Der seit über hundert Jahren schwelende älteste Regionalkonflikt zwischen Palästinensern und Israelis wurde in den letzten zwei Jahren durch einige besonders brutale Kapitel ergänzt. Alain Gresh, Chefredakteur der renommierten Monatszeitung „Le Monde diplomatique“, hat eine kurze, aber sehr prägnante Geschichte des Nahostkonfliktes vorgelegt.

Sie besticht durch die Konzentration auf das Wesentlichste und ist stark historisch geprägt. Das Buch handelt von der Entstehung des Konfliktes, von Judentum und Zionismus, der Staatsgründung Israels und dem Untergang Palästinas, dem Völkermord und dem Leiden des Anderen sowie der Besatzungspolitik Israel und dem Scheitern des sogenannten Friedensprozesses.

Der Autor gehört zu einer Spezies, die in den sechziger Jahren, der Zeit der Entkolonisierungsbewegungen, sozialisiert wurde und für die Solidarität mit den „Verdamnten dieser Erde“ kein Fremdwort ist. Seine Biographie ist nicht alltäglich: Gresh wuchs als Kind einer russischen Jüdin und eines Kopten in Kairo auf; dort besuchte er das französische Gymnasium. Im Einleitungskapitel, das in Form eines sehr persönlichen Briefes an seine Tochter abgefasst ist, gibt er Einblicke in sein Weltanschauung: Weder Herkunft noch Religion spielten irgendeine Rolle. Man verstand sich als integraler Bestandteil der Menschheit, „Rassenzuschreibungen“ waren verpönt, nationale Zugehörigkeit perdu. Gresh versteht sich als Atheist, respektiert aber die Gläubigen.

Die Ausführungen des Autors sind stark von der französischen Debatte zum Nahostkonflikt und zum Antisemitismus geprägt. Dies ist jedoch kein Nachteil, da besonders die politische Elite in Deutschland und den USA davon profitieren könnten. Diese Debatte „scheint tatsächliche alle Wertvorstellungen zu verwirren“. Sobald über „diesen kleinen Fleck Erde“ diskutiert werde, änderten sich die Prinzipien und Wertvorstellungen. Herausragende Intellektuelle sträubten sich, wenn es um Palästina gehe, und sie legen oft zweierlei Maß an. Eine solche Doppelmoral lehnt Gresh ab. Er setzt sich intensiv mit den Holocaust-Leugnern à la Garaudy auseinander. Der Autor will die Lehren aus dem Holocaust nicht nationalstaatlich, sondern universell gewendet sehen: „Der Völkermord an den Juden ist nicht etwas, das sich

allen Nichtjuden verschließt, er ist nicht nur Sache der Juden, er geht alle Menschen etwas an.“ Obgleich es immer wieder Versuche der Instrumentalisierung des Holocausts für politische Zwecke gebe, sind solche „Erpressungsversuche selbstredend zurückzuweisen. Doch wäre nichts verheerender, wollte man das jüdische – auch das israelische – Eingedenken auf pure Propaganda reduzieren.“ Die Shoa lasse sich mit dem Leiden der Palästinenser nicht gleichsetzen, gleichwohl ergreift Gresh die Seite der unterdrückten Palästinenser.

Der Autor kritisiert die Besatzungspolitik Israels. Sie werde dadurch so unvergleichbar, weil die Besiedlung der besetzten Gebiete die Speerspitze der Strategie Israels sei. Die Auswirkungen auf die Israelis hatte noch zu seinen Lebzeiten der renommierte Philosoph Yeshayahu Leibowitz als „Krebsgeschwür“ für sein Land bezeichnet. Der Bau der Umgehungsstraßen und die Verdoppelung der Siedler während des Friedensprozesses habe diesen absurdum geführt, so der Autor. Als einzige Waffe gegen die palästinensischen Terroranschläge wären „entschlossene Schritte zur Beendigung der Besatzung, zur Schaffung eines palästinensischen Staates“ nötig gewesen. Dazu sei auch Ehud Barak in Camp David nicht bereit gewesen. Gresh kritisiert die Politik Ariel Shalons. Sein Ziel sei nicht nur die „Zermalmung“ der Autonomiebehörde und die „Zwangsjacke der Osloer Abkommen loszuwerden“, sondern vielmehr „die Kapitulation der palästinensischen Bevölkerung, ihr Verzicht auf jede Art von Widerstand“. Gresh kritisiert nicht nur die Selbstmordattentate, gegen die israelische Zivilbevölkerung, sondern auch die „terroristische Politik der israelischen Armee“ als nicht nur unmoralisch, sondern als „politisch widersinnig“, da sie die Arbeit der Friedenskräfte konterkarriere.

Abgerundet wird diese kurze Darstellung durch eine Zeittafel vom Ersten Weltkrieg bis zur zweiten Intifada sowie acht hervorragenden Karten. Dieses Buch ist sehr verständlich geschrieben; eine außergewöhnliche, ja ausgezeichnete Abhandlung, die jeder gelesen haben sollte.

Alain Gresh, Israel-Palästina. Die Hintergründe eines unendlichen Konflikts. Aus dem Französischen von Bodo Schulze, Rotpunktverlag, Zürich 2002, 192 Seiten, € 19,80.

Ludwig Watzal

# „Das ist so, als wäre die NPD in Deutschland in der Regierung!“

Vortrag von Felicia Langer in Wien am 10. März 2003

Ich möchte mit dem Selbstmordanschlag in Haifa am 15. März beginnen, bei dem 16 Israelis getötet wurden, darunter auch Kinder. Haifa ist eine arabisch-jüdische Stadt. Es war einmal eine rein arabische Stadt, doch nun ist es eine arabisch-jüdische Stadt, daher waren auch Araber unter den Opfern. Ich verurteile diesen Anschlag aufs schärfste. Ich werde später noch einmal darauf zu sprechen kommen und zeigen, wie die israelische Politik den Weg zu solchen Anschlägen ebnet, doch davon später. Zunächst möchte ich vorlesen, was sonst verschwiegen wird. Ich höre Kol Yisrael, die Stimme Israels, und lese viele andere Quellen. Am 2. März: acht Tote in Nablus und anderen Orten. Im ganzen Monat Februar wurden 72 Palästinenser und acht israelische Soldaten getötet. Am 21. Februar wurden 25 Palästinenser allein in einer Woche getötet. Am 23. Dezember letzten Jahres wurden in Beit Hanun im Gazastreifen mehrere Kinder getötet und vier Häuser zerstört. Was ich hier bringe, wird sonst kaum erwähnt, ist kaum eine Fußnote wert. Am 7. Februar schreibt Ha'aretz, hat die israelische Armee Splitterbomben in Gaza eingesetzt und viele Kinder verletzt – das haben Sie sicher nicht gelesen. Am 5. Februar wurde eine 65jährige Palästinenserin – Stiefmutter von einem gesuchten Palästinenser – unter den Trümmern ihres Hauses begraben. Das Haus hatte man als Kollektivstrafe zerstört. Am 27. Jänner wurden in Hebron in 48 Stunden 16 Palästinenser getötet und 22 Häuser zerstört. Am 22. Jänner schreibt die Neue Zürcher Zeitung: In einer der größten Zerstörungsaktionen im Westjordanland seit etlichen Jahren hat haben israelische Truppen am 21. Januar 2003 in der Ortschaft Naslat Isa 62 Geschäfte und Marktstände von Palästinensern zerstört. Am 23. Januar eine kleine Notiz im Bonner Generalanzeiger – nicht alle lesen den Bonner Generalanzeiger –: In Nablus wurden zwei Bildjournalisten von israelischen Grenzpolizisten angegriffen. Die Fotografen wurden geschlagen und getreten, als sie am Dienstag Abend Aufnahmen von einem israelischen Jeep machen wollten, der mit zwei quer über der Motorhaube liegenden palästinensischen Jugendlichen durch die Stadt raste. Zwei palästinensische Jungen als Schutzschilder, damit der Jeep nicht mit Steinen beworfen wird – das ist sicher völ-

kerrechtswidrig, so wie alles, was ich bisher zitierte – und dabei habe ich noch nicht einmal vorgetragen, wie die Opfer ums Leben kamen: in ihren Häusern, auf ihren Balkonen, beim Brotkaufen, ...

In diesen beiden Monaten, in denen keine Anschläge verübt wurden, zerstörte die israelische Armee so viele Häuser und richtete so viele Palästinenser hin, dass unsere Friedenskräfte in Israel schreiben, dass Israel mit seiner Politik Anschläge provoziert. Wie schon gesagt, diese Anschläge sind ein Verbrechen, das nicht zu rechtfertigen ist. Es gibt viele Palästinenser, auch palästinensische Intellektuelle, die



sich dagegen aussprechen. Auch die Palästinensische Nationalbehörde verurteilt die Anschläge. Sie sind nicht nur unmoralisch, sondern auch kontraproduktiv für die palästinensische Sache, im Kampf gegen die Besetzung. Diese Verurteilung, die Trauer um die Opfer sind ein Ritual, wenn man die Ursachen nicht erörtert, wenn die Ursachen nicht beseitigt werden. Warum haben wir eine solche Situation geschaffen, in der nicht nur Fundamentalisten, sondern auch laizistische Menschen, auch Frauen dazu fähig sind und bereit sind, ihr Leben wegzuerwerfen, um einige Israelis mit sich in den Tod zu reißen. Was ist passiert? Diese Frage wurde auch Mahmud Darwish, dem Goethe der Palästinenser, von einem Journalisten von Le Monde gestellt: „Was ist geschehen, dass der Zugang zum Tod und zum Leben so unverständlich ist?“ Ich möchte nun die Antwort zitieren, die er

gab, und ich teile seine Ansicht: „Das Problem der neuen Beziehung der Palästinenser zum Tod kann nur gelöst werden, wenn man ihnen die Pforte zum Leben öffnet.“ Wir haben die Pforte der Palästinenser zum Leben total verschlossen, hermetisch abgeriegelt. Das ist kein Leben mehr, mit Straßensperren, Hunger, Erniedrigungen, mit einer nun fast 26 Jahre dauernden Besetzung.

## Besetzung

Die Besetzung ist völkerrechtswidrig. Es gibt eine Uno-Resolution, die schon fast 36 Jahre alt ist. Die Resolution 242 und mehrere Resolutionen danach sagen klar, dass die besetzten Gebiete geräumt werden müssen, da Landerwerb durch Kriege unzulässig ist. Was haben wir mit der Resolution 242 und den weiteren 45 Uno-Resolutionen – gegen die Siedlungen, gegen die Annexion von Jerusalem, gegen die Besetzung – gemacht? Wir haben sie in Archive gesteckt, sie sind mit Staub bedeckt und wir lachen über sie. Gegen die Durchsetzung dieser Resolutionen, gegen Sanktionen wird es immer ein Veto geben. Es gibt offenbar eine Doppelmoral: Uno-Resolutionen sind nur für Saddam Hussein bindend, für Israel nicht. Auch diese doppelte Moral ist ein Nährboden für den Terror, denn die Menschen sehen, dass niemand ihnen hilft, dass es keine Gerechtigkeit, keine Gleichheit gibt. ...

## Frieden?

Die Invasion Ende März 2002, die den schönen Namen „Operation Schutzschild“ [*mitzta bomat Magen*] getragen hatte, bedeutete eine neuerliche Besetzung aller Städte, die bis dahin autonom gewesen waren. Wozu diese Operation? Warum ausgerechnet zu diesem Zeitpunkt? Dieses Timing ist furchterregend. Damals gab es die saudische Friedensinitiative: für Frieden mit Israel, für eine Normalisierung der Beziehungen – wenn Israel die Gebiete räumt. Fast alle arabischen Länder haben auf einem Gipfel in Beirut diesen strategischen Vorschlag akzeptiert. Frieden mit Israel, Normalisierung der Beziehungen – was Israel immer fordert –, aber natürlich unter der Voraussetzung, dass Israel die Gebiete räumt und ein palästinensischer Staat neben Israel, mit Jerusalem als Hauptstadt entsteht, dass die Flüchtlingsfrage geregelt

wird. Die Antwort Israels war die Invasion, welche die Infrastruktur des Lebens der Palästinenser zerstört hat – nicht die „Infrastruktur des Terrors“; in Hebron sagte jemand, dass es Sharon damit gelungen sei, die nächste Generation von Selbstmordattentätern heranzuzüchten. Das Timing dieser Invasion (als Vergeltung für einen Anschlag) zeigte so klar, dass die israelische Regierung keinen Frieden will, dass nicht die Anerkennung Israels, sondern die Zerstörung der Palästinenser ihre erste Priorität ist.

Wir, die israelischen Friedenskräfte und die Palästinenser haben Angst, dass Israel, wenn der Krieg [gegen den Irak] beginnt, alles unternehmen wird um die Palästinenser zu zermürben und zu vertreiben.

Die jüngst Invasion war eine Zerstörung von zivilen Objekten: das Bildungsministerium, das zentrale Statistikbüro, die Akademie der Wissenschaften, Wohnungen ... Mobilien, Computer, Dokumente, Archive wurden in vandalistischer Weise völlig zerstört – das hatte nichts mit „Sicherheit“ zu tun. Die Palästinenser sagten: „Man hat unser Gedächtnis gelöscht.“ Häuser in der Altstadt von Hebron wurden rücksichtslos zerstört. An die Wände schrieben sie mit Fäkalien „Tod den Arabern“. Medizinische Versorgung wurde verhindert, auch Krankenhäuser wurden angegriffen. Die Toten konnten nicht begraben werden. Man musste die toten Palästinenser in Massengräbern verscharrten, da Israel den Zugang zu den Friedhöfen nicht erlaubte. Wir haben diese Massengräber gesehen! Mein Mann, eine Überlebender des Holocaust, und ich, als indirekte Überlebende des Holocaust, wissen, was es bedeutet, wenn man von Massengräbern spricht, und wir wehren uns dagegen.

### Uno-Resolutionen

Unsere Friedenskräfte, die besten Söhne und Töchter Israels, z. B. die „Ärzte für Menschenrechte“ [rof'im l-ze'ujot adam], haben protestiert und geholfen, doch die Situation war unmöglich und wir befürchten, dass es wieder zu einer solchen Situation kommen kann, wenn die Welt weiterhin schweigt. Wie ist es möglich, dass diese Leute straffrei bleiben? Wie können sie all diese Resolutionen verletzen, als ob sie keine Gültigkeit für Israel hätten, als ob das Völkerrecht für uns egal wäre? Das ist nur durch die kolossale und uneingeschränkte Unterstützung durch die Amerikaner. Alles ist „American-made“ oder „American-paid“. Der amerikanische Steuerzahler finanziert die Waffen – Apache-Helikopter, F-16-Flugzeuge, Bomben und Raketen – mit denen die Einrichtungen zerstört wer-

den, die mit EU-Steurgeldern gebaut wurden. Das ist die Aufgabenverteilung Israel ist ein kleines Amerika im Nahen Osten. Nun strebt Bush ein großes Amerika an. Diese Aufgabenverteilung ist auch für Israel schrecklich, denn als Amerikaner werden wir im Nahen Osten nicht überleben können.

Diese Invasion wird in die Geschichte eingehen, deshalb spreche ich überall von ihr. Seitdem ich das letzte Mal in Wien gewesen war, am 15. August 2002, sprach ich zu Tausenden.

Nun zu Jenin. In Jenin haben wir einen Teil des Flüchtlingslagers solcherart zerstört, dass man den Ort mit dem „Ground Zero“ in New York vergleicht. Ein Haus nach dem anderen wurde zerstört. Dreizehn israelische Soldaten waren in Jenin im Kampf mit den Palästinensern getötet worden. Amnesty international wurde erst nach vielen Tagen der Zutritt gestattet. Als sie ankamen, waren sie erstaunt und entsetzt, überzeugt davon, dass dort Kriegs-



verbrechen verübt worden waren und verlangten eine Untersuchung darüber, warum die Zivilbevölkerung nicht geschont wurde. Dreizehn Tage lang gab es keine humanitäre Hilfe. Viele Menschen waren ohne Nahrung und ohne Wasser. Verletzte bekamen keine Hilfe und verbluteten auf offener Straße, Menschen wurden als Schutzschilder benutzt und Häftlinge wurden schrecklich misshandelt. Sie wurden nicht nur misshandelt, es wurden ihnen Nummern auf die Arme geschrieben, bis ein israelischer Abgeordneter – nun ist er Minister, Tommy Lapid, der keine Sympathien für Araber hat, er ist durch und durch antipalästinensisch – und Holocaust-Überlebender fragte, wie man so etwas tun könne, denn das haben doch die Nazis mit uns gemacht, und dann hörte die Armee damit auf. Auch in Deutschland hat jemand das als Nazi-Methode bezeichnet: Jamal Karsli. Was mit ihm in Deutschland passiert ist,

wissen Sie sicher, aber das ist eine andere Geschichte. [Jamal Karsli war Abgeordneter der Grünen im Landtag von Nordrhein-Westfalen und musste wegen seiner Kritik an Israel die Grünen verlassen.]

### Jenin

Die Palästinenser bezeichneten die Ereignisse in Jenin als Massaker. Die Israelis sagten, das wäre nicht wahr, wir hätten nichts zu verbergen, man könne alles untersuchen. Der Weltsicherheitsrat verabschiedete eine Resolution um eine Untersuchungskommission nach Jenin zu entsenden. Was war die israelische Reaktion? Israel hat die Kommission abgelehnt. Was ist nach der Verletzung dieser Resolution geschehen? Null. Gar nichts. Dieses Nichts war ein Freibrief für weitere Gräueltaten, für weitere Kriegsverbrechen. Was bedeutet dieses Nichts für die Palästinenser? (Und das ist auch wichtig für unsere unschuldigen Opfer in Israel!) Für die Palästinenser bedeutete dies, dass sie ohne Schutz sind, dass niemand sie verteidigen kann, dass sie ohnmächtig und auf sich allein gestellt sind. Dann bleibt nur der eigene Körper, der zur Bombe wird. Das ist das Schrecklichste, denn bei uns bezahlen unschuldige Kinder, Frauen und Männer für diese schreckliche – nicht nur schreckliche, sondern auch dumme Politik, die nicht versteht, dass es, wenn man ein Volk oder Teile eines Volks zur Verzweiflung bis hin zum Selbstmord bringt, nicht nur für die Palästinenser gefährlich ist, sondern auch für uns. Die Wahrheit ist, dass wir die fünfte Militärmacht weltweit sind – mit nuklearen, biologischen und chemischen Waffen, wir haben alles.

### Atomwaffen

Gestern las ich einen Bericht, dass die Atomwaffen Israels einsatzbereit seien. Das waren die Worte: Wenn Saddam Hussein angreift, sind Israels Atomwaffen einsatzbereit. Dies ist das erste Mal, dass das offiziell verlautbart wird. Auf der einen Seite steht also die fünfte Militärmacht der Welt, die alles besitzt; auf der anderen Seite stehen die Habenichtse mit selbstgebastelten Gewehren, nach 36 Jahren Besatzung und Ausbeutung. Doch was bedeuten die Atomwaffen, wenn die Bürger Israels Angst haben, im Café zu sitzen oder im Supermarkt einzukaufen? Frieden ist nur mit Gerechtigkeit möglich, mit der Räumung der Gebiete; nur wenn man die Rechte der Palästinenser anerkennt, können wir Sicherheit haben. Andernfalls werden uns auch diese zweihundert Atomsprengköpfe keine Sicherheit garantieren können.

Diese Atomsprengköpfe sind bei uns

in den Händen von Sharon und von zwei faschistischen Ministern, jawohl, faschistischen Ministern: Das ist so, als wäre die NPD in Deutschland in der Regierung! Diese Atomwaffen sind gefährlich und ich bin für atomare Abrüstung – überall.

Zurück zu Jenin. Ich habe einen Zeugen aus Jenin. Ein israelischer Soldat, Moshe Nissim, hat in Yediot Achronot, unserer wichtigsten Zeitung, am Freitag, den 31. Mai 2002 ein Interview darüber gegeben, was er in Jenin getan hat. [Das vollständige Interview ist in auch Intifada Nr. 10 nachzulesen.] Er war dort als Reserve-Soldat und hat 72 Stunden lang einen Bulldozer gefahren. Stellen Sie sich vor – diese Einheit, die solche schrecklichen Dinge in Jenin verübt hatte, hat eine Auszeichnung erhalten. Im Rahmen der Zeremonie hat Moshe Nissim dieses Interview gegeben. Ich zitiere: „Niemand verweigerte einen Befehl, ein Haus zu zerstören. Wenn man mich anwies, ein Haus zu zerstören, dann nutzte ich die Gelegenheit noch mehr Häuser zu zerstören. Über Lautsprecher wurden die palästinensischen Bewohner gewarnt aus den Häusern zu kommen bevor ich kam, aber ich gab niemandem eine Chance. Ich wartete nicht. Ich bin sicher, dass Leute in diesen Häusern starben. In meiner Sicht haben wir ihnen ein Fußballfeld hinterlassen. Dort sollen sie spielen. Die hundert mal hundert Meter waren unser Geschenk an das Flüchtlingslager. Jenin wird nicht mehr das sein, was es einmal war.“ Ein solches Zeugnis haben wir, und es gibt keine Untersuchung, alles ist in Ordnung.

### Hinrichtungen

Ich möchte Ihnen nur über einige Maßnahmen der israelischen Streitkräfte gegen diese Intifada berichten – es gäbe sehr viel zu erzählen.

Hinrichtungen von Palästinensern – erst unlängst hat man einen politischen Führer von Hamas hingerichtet (bis jetzt wurden nur militärische Kader hingerichtet), Dr. Makadme. Die Rache wurde bereits angekündigt, darauf folgt die Rache gegen Rache, und die Gewaltspirale dreht sich weiter. Diese Hinrichtungen von Menschen, extra-judicial killings, sind aus Sicht des Völkerrechts Staatsterror und Kriegsverbrechen. Wir fahren damit fort – wir sind die Richter und die Henker, die Vollstrecker. Es gibt keine Möglichkeit der Appellation, der Berufung für diese mutmaßlichen Terroristen – das Todesurteil vollstrecken wir von Helikoptern aus, mit allem, was wir zur Verfügung haben, und wir haben alles zur Verfügung. Dabei sterben immer auch Unbeteiligte: die Frauen,

Kinder, zufällig anwesende Menschen, ... Am 22. Juli 2002 wollte man Salah Shahadi, einen mutmaßlichen Hamas-Terroristen, hinrichten und hat eine Bombe von einer Tonne eingesetzt. Er und fünfzehn weitere wurden getötet, darunter Frauen und Kinder. Danach sagte die Armee, sie hätte nicht gewusst, dass dort noch andere Menschen sind – in einem Wohnviertel mitten in Gaza! Das ist nur ein Beispiel von vielen. Das sind nicht nur Kriegsverbrechen, sondern auch der Nährboden für Anschläge.

### Straßensperren

Straßensperren – darüber habe ich das Buch „Quo vadis Israel“ geschrieben und es meiner Enkelin gewidmet, die damals elf Monate alt war. Durch diese Straßensperren, die überall in den besetzten Gebieten errichtet wurden, können die Leute nicht in Krankenhäuser gelangen oder werden zumindest zwei, drei Stunden aufgehalten. Frauen gebären an den Straßensperren, Kinder und Säuglinge sterben an den Straßensperren! Was für eine Schande! Was für ein Verbrechen! Was für eine Politik! Vor zwei Monaten betrug die Zahl der so gestorbenen Säuglinge 27. Nicht nur Säuglinge sterben, sondern auch Dialyse-Patienten, Infarkt-Patienten. Die Menschen sterben auch zu Hause. Siebzig Prozent der Bevölkerung leben in Ortschaften, in denen es keine medizinische Versorgung gibt. Unsere „Ärzte für Menschenrechte“ sind seit Jahren tätig, ich habe sie auch schon begleitet, versuchen zu Helfen, aber das ist sehr, sehr schwierig.

### Ernte

Da die Situation so schwierig ist, ist die Olivenernte für die Palästinenser wichtiger denn je – und nun stehlen die Siedler die Olivenernte! Unsere „Rabbiner für Menschenrechte“ [*šomrei mišpaš*] helfen den Palästinensern bei der Ernte – aber das ist nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Das Militär hat die Pflicht, der Genfer Konvention entsprechend – nochmals zum Völkerrecht – die Menschen zu verteidigen, sie zu beschützen, aber sie tun es nicht.

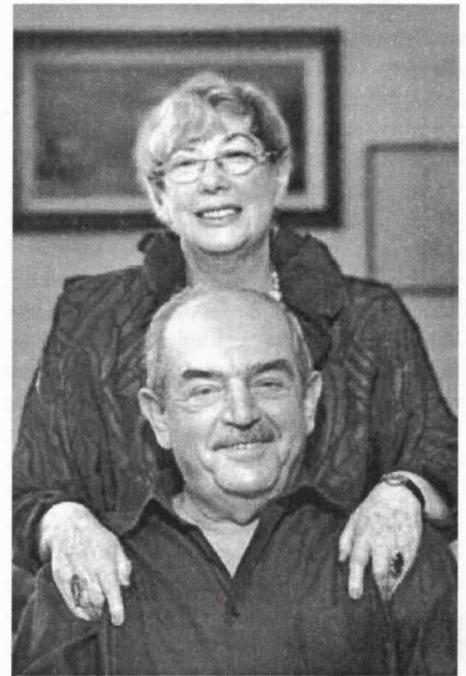
### Armut

Die wirtschaftliche Situation ist fast eine humanitäre Katastrophe. Die Arbeitslosigkeit beträgt sechzig Prozent. Man kann sich nicht [von einem Ort zum anderen] bewegen, man kann nicht arbeiten, man kann nicht lernen, man kann nicht lehren. Sechzig Prozent der Menschen im Westjordanland leben unter der Armutsgrenze, im Gazastreifen sind es siebzig Prozent. Fünfzig Prozent der Kinder unter fünf Jahren sind unterernährt. Und das ist keine Natur-

katastrophe, das ist keine Dürre, das haben unsere Hände gemacht – und das soll uns mehr Sicherheit verschaffen, wenn die anderen vegetieren?

### Terrorismus?

Ganz kurz über die Intifada als solche. Die Intifada wird als Terrorismus bezeichnet, doch nicht alles ist Terrorismus. Nur die Angriffe auf israelische Zivilisten in Israel sind Terrorismus. Der Kampf gegen die Besatzung ist kein Terrorismus, sondern entspricht dem Völkerrecht ... schon wieder Völkerrecht. Man hätte die Intifada vermeiden können, wenn wir eine andere Politik gemacht hätten. Man muss klar sagen, dass der Kampf gegen die Besatzung gerechtfertigt ist und die amerikanische Propaganda vom „Krieg gegen den Ter-



ror“, dass unter dem Deckmantel „Krieg gegen den Terror“ alles erlaubt ist und alles als Terror bezeichnet wird, ist Irreführung, Etikettenschwindel. Warum ist es zu dieser Intifada gekommen? Ich werde nicht über die provokative Visite von Sharon auf dem Tempelberg sprechen, denn das war nur der Funke.

### Oslo

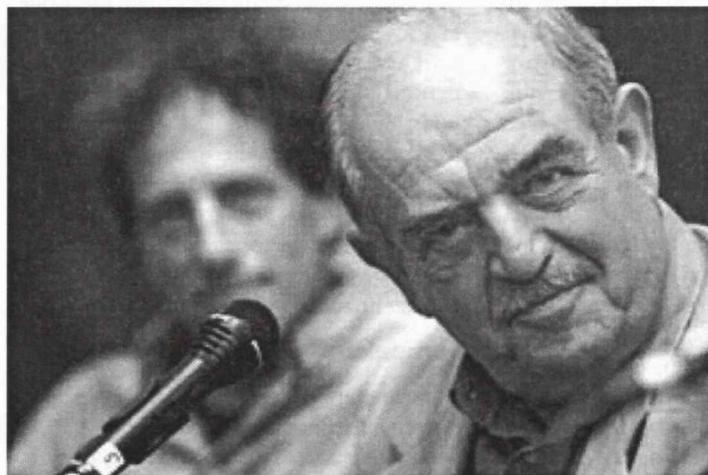
Man ganz klar sagen, dass das Fass voll war – ein Fass voll Erbitterung, Enttäuschung über die Nicht-Einhaltung der Termine des Oslo-Abkommens, Besiedelung der Gebiete und Landnahme, Wasserknappheit ... Wir kontrollieren 83 Prozent des Wassers und achtzig Prozent des Wassers im Westjordanland nehmen wir uns. Vergewärtigen Sie sich: 1991, zu Beginn des Friedensprozesses, gab es 92.000 Siedler in den besetzten Gebieten. Und nochmals

Völkerrecht: Die Siedlungen sind völkerrechtswidrig, sie sind ein Verstoß gegen die Genfer Konvention von 1949 und ein Verstoß gegen die Haager Landkriegsordnung von 1907. Die Siedler haben dort nichts verloren. Was ist geschehen? Im Jahr 2000, noch vor der Neuen Intifada, waren schon 200.000 Siedler in den besetzten Gebieten, plus 180.000 in Jerusalem. Das heißt die Palästinenser haben gesehen, dass man zwar über Frieden spricht, aber gleichzeitig ihnen das Land wegnimmt. Die Siedler Quälen die Palästinenser – ich habe das in meinen Büchern beschrieben, und diese Bücher sind eine bleibende Anklageschrift. Diese Siedlungen waren eine der Motivationen der Intifada.

### Camp David

Dann folgten die Verhandlungen in Camp David. Diese Verhandlungen werden auch in die Geschichte eingehen, denn dort hat Israel mit den amerikanischen Kollegen erfolgreich einen propagandistischen Trick verbreitet, dass Barak ein so großzügiges Angebot gemacht hätte, das die Palästinenser abgelehnt hätten. Da sie es abgelehnt haben, träge sie die Schuld – es gäbe niemanden, mit dem man verhandeln könne, sie wollten keinen Frieden, v. a. Arafat nicht usw. Jetzt gibt es schon die entlarvenden Berichte von Personen, die an den Verhandlungen beteiligt waren – nicht von Palästinensern (die waren die letzten, die zu sprechen begannen), sondern von Amerikanern und Israelis. Das Angebot bestand darin, dass die meisten Siedlungen bleiben, dass das Jordantal an Israel verpachtet wird, dass die Gebiete durch die Siedlungen geteilt würden; keine Souveränität über die Außengrenzen, keine Souveränität über Ostjerusalem, keine Lösung der Flüchtlingsfrage, keine Lösung der Wasserfrage – und die Palästinenser sollten unterschreiben, dass dies endgültig sei und sie keine weiteren Ansprüche mehr hätten. Der Palästinenser, der so etwas unterschreiben könnte, ist bis jetzt noch nicht geboren. Dieses Angebot wurde aber als etwas Andere verkauft, dass nur ein Verrückter oder ein Feind des Friedens es ablehnen könnte. Als das palästinensische Volk sah, was geschah, als es begriffen hatte, dass weitere Siedlungen gebaut wurden, dass derselbe Barak, der als der große Friedensstifter galt, derselbe Barak, der gesagt hat, er macht den Frieden und fast das ganze Westjordanland würde den Palästinensern gehören, der größte Erbauer von Siedlungen war (Ha'aretz: "Barak was the biggest settlement builder since 1993"), gab es Demonstrationen, bei denen in nur zwei Tagen 28 Palästinenser getötet, darunter drei-

zehn israelische Palästinenser – das war der Funke, der die Intifada ausgelöst hat. Noch eine interessante Einzelheit – allmählich kommt bei uns alles ans Licht: Anfangs war die Intifada ohne Waffen. Der Kampf wurde mit Steinen, mit Demonstrationen geführt. Aber was tat Israel? Exzessive Gewaltanwendung – es gibt auch eine Resolution des Uno-Sicherheitsrats, dass es sich um exzessive Gewaltanwendung handelte, und die Amerikaner legten kein Veto ein. Die Zeitung Ma'ariv hat am 6. September 2002 einen Artikel veröffentlicht, laut dem in den ersten Tagen der Intifada eine Million Geschosse eingesetzt wurden: "It turned out that the IDF had shot in the first days of the Intifada a million shells and bullets. Someone termed the Project 'a bullet for every child'." – eine Kugel für jedes Kind. Hunderte palästinensische Kin-



der, die getötet wurden, sind die schreckliche, tragische Antwort, wie wahr das war. Es wäre also auch möglich gewesen, dass die Intifada unbewaffnet geblieben wäre, wenn man anders gehandelt hätte.

### Autobiografisches

Nun zu mir, was mich geprägt hat, warum ich so wurde, wie ich bin. 1950, nach dem Krieg, sind mein Mann Mieciu und ich nach Israel gekommen – er als Überlebender der Holocaust. Wir wurden mit der Unterdrückung der Palästinenser konfrontiert – mit der Unterdrückung der Palästinenser, die in Israel lebten, die man 1948 nicht vertrieben hatte. Wir sahen die zerstörten Dörfer. Das war für mich ein Schock. Ich war damals fast zwanzig Jahre alt. Ich konnte es nicht glauben. Ich hatte die Geschichten von der Vertreibung und von den Massakern gehört. Das hat meinen Mann und insbesondere mich so geprägt, dass ich sagte: „Wenn ich hier bleiben muss und das meine Heimat – eine Adoptivheimat, denn ich bin in Polen geboren – werden soll, muss ich mich für Gerechtigkeit einset-

zen.“ Deshalb ist mein Einsatz 52, 53 Jahre alt. Später, 1967, war der Sechs-Tage-Krieg. Damals hatte ich schon zwei Jahre lang als Rechtsanwältin gearbeitet und ich entschied mich, die Palästinenser juristisch zu verteidigen. Das war die Kehrtwende meines Lebens. Ich wollte die Brücke schlagen, das andere Gesicht des Volkes zeigen. Was mich jedoch am meisten bewog, war der Wille, Hilfe zu leisten, denn ich wusste, dass die Menschen Hilfe brauchten. Schon 1950 war ich zu dem Schluss gekommen, dass man Versöhnung schaffen, zusammen leben kann – in zwei Staaten für die zwei Völker. Doch man muss die Schuld bekennen. 1967 lernte ich auch Palästinenser kennen, die so dachten. Als Rechtsanwältin erlebte und erlitt ich die ganze Palette der Menschenrechtsverletzungen und Kriegsverbrechen. Deshalb weiß ich genau, was das alles bedeutet: Vertreibung, Folter usw. Man kann viel sagen und schreiben, doch man kann das Gesehene nicht ungeschehen machen. Ich habe die zerstörten Häuser, die entwurzelten Bäume gesehen, ich habe die Siedlungen gesehen und beschrieben – für unsere Genera-

tion und die, die noch kommen. Ich habe den Raub des Landes erlebt und juristisch dagegen gekämpft, so gut ich konnte. 1993 begann eine neue Phase, die Phase des Oslo-Abkommens, „Gaza-Jericho zuerst“. Die Palästinenser anerkannten Israel und Israel anerkannte die PLO als die Vertreterin der Palästinenser – eine schon damals offensichtliche Ungleichheit. Zunächst wurde das interim agreement unterzeichnet, damit begann die erste Phase – „Gaza-Jericho zuerst“. Damals war ich sehr einsam: Alle freuten sich, doch ich konnte mich nicht freuen, da ich wusste, dass dies nicht funktionieren würde, denn wir – die Israelis – schafften es, die wichtigsten Fragen auszuklammern: Siedlungen, Landnahme, Wasser, Jerusalem, Flüchtlinge, Souveränität. Und so schafft man keinen Frieden. Ich achtete auch sehr darauf, was unsere Führer sagten. Als Beispiel ein Zitat von Shimon Peres: „Bei der PLO hat sich ein Wandel vollzogen, nicht bei uns. Wir verhandeln nicht mehr mit der PLO, sondern nur noch mit dem Schatten ihrer selbst.“ (1. September 1993 im israeli-

schen Rundfunk). Das heißt, nur mit dem Schatten der PLO waren diese Verhandlungen möglich. Und später, 1996, fragte ein Journalist des Stern Peres: „Wann waren Israel und die PLO reif für den Frieden?“, Peres: „Als Israel stark genug und die PLO schwach war. Weil sie so schwach war, dass sie unser Partner werden konnte.“ Das heißt, der Partner muss am Boden liegen, dann ist er als Partner geeignet. Und genau das will man auch jetzt erzielen: die Palästinenser so zu zermürben, zur Kapitulation zu zwingen, und das Ergebnis wird man „Lösung“ nennen, doch auf diese Weise schafft man keinen Frieden.

### Gaza

Der Gazastreifen ist 360 km<sup>2</sup> groß oder klein und hat eine Million Einwohner – es ist das am dichtesten besiedelte Gebiet der Welt –, davon 400.000 Flüchtlinge, die im Elend leben, und 7.000 israelische Siedler, die 40% der Fläche für sich beanspruchen. Die 18 Siedlungen sind ein Verstoß gegen das Völkerrecht. Die Straßen zu den Siedlungen zerteilen den Gazastreifen. Der Gazastreifen ist das größte Gefängnis der Welt. Man kann Gaza nicht betreten oder verlassen ohne israelische Genehmigung, und derzeit ist der Gazastreifen vollkommen abgeriegelt. Die israelische Armee zerstört Häuser der Palästinenser in der Umgebung der Siedlungen, und die Palästinenser wehren sich, indem sie die Siedlungen angreifen. In Gaza werden menschliche Existenzen zerstört, siebzig Prozent der Bevölkerung leben unter der Armutsgrenze.

### Westjordanland

Das Westjordanland wurde mit Oslo II in drei Zonen geteilt: Zone A, die palästinensischen Städte, die von der palästinensischen Behörde kontrolliert wurden – nun sind die Israelis wieder einmarschiert, auch die Autonomie der Zone A besteht nicht mehr. Zone B, die unter militärischer Kontrolle Israels steht und die Palästinenser die Verwaltung übernahmen. Zone C unter vollständiger israelischer Kontrolle – und diese Zone C nimmt 60% der Fläche ein. Das ganze sieht aus wie ein schweizer Käse, mit israelischen Siedlungen und Straßen. Im Westjordanland herrscht Apartheid. Für die Siedler gibt es eine eigene Gesetzgebung, sie sind in Israel wahlberechtigt und haben alle Privilegien israelischer Staatsbürger, Bewegungsfreiheit, Infrastruktur, Wasser in Hülle und Fülle. Die Palästinenser hingegen, die Bevölkerung der besetzten Gebiete, lebt unter Besatzung. Die beiden Bevölkerungsgruppen leben in zwei Welten. Wenn man Israel kri-

tisiert, die israelische Politik verurteilt, ist das ein Segen für Israel und ist ein wichtiges Anliegen, ein Bedürfnis der israelischen Friedenskräfte!

Im ganzen Westjordanland wurden Straßensperren errichtet – manche mit Soldaten, manche sind unbemannte Barrikaden. Unsere gewissenhafte Journalistin Armira Chass schrieb, dass diese Sperren das Labor sind, in dem die Selbstmordattentäter gezüchtet werden – die Menschen werden dort so gedemütigt und erniedrigt.

### Hebron / al-Khalil

Hebron, die Stadt im Westjordanland, wurde 1997 unter dem Regime Netanyahu „befreit“ (unter Anführungszeichen), d.h. geteilt: In Hebron leben 120.000 Palästinenser und 450 extrem fanatische Siedler, und diese auch in Israel als extrem fanatisch bekannten Siedler bekamen die Zone H2, zwanzig Prozent der Stadt, und in diesem Teil von Hebron leben 45.000 Palästinenser! Nun ist ganz Hebron besetzt und unter Ausgangssperre. Das ganze Westjordanland wird durch diese Ausgangssperren in ein Gefängnis verwandelt. Ich habe vergeblich versucht, Siedler zur Rechenschaft zu ziehen. Sie terrorisieren die palästinensische Bevölkerung und die israelische Armee sieht zu.

### Jerusalem

Ostjerusalem wurde mit israelischen Siedlungen umzingelt, um vollendete Tatsachen zu schaffen, die so viel Hass und Rachegefühle erzeugt haben.

### Es gibt eine Lösung

Es gibt eine Lösung, und die Lösung liegt in der Kompromissbereitschaft der Palästinenser, denn die Palästinenser sind sehr kompromissbereit. Sie sind bereit, auf nur 22% von Palästina, das heißt in den besetzten Gebieten mit Ostjerusalem, einen Staat zu errichten. Das ist die Kompromissbereitschaft der Palästinenser. Ostjerusalem soll Hauptstadt Palästinas und Westjerusalem Hauptstadt Israels werden. Bisher ist nur unsere Friedensbewegung oder sogar nur ein Teil unserer Friedensbewegung für diese Lösung, alle anderen und unsere Regierung nicht. Erst unlängst hat Sharon gesagt, dass über Jerusalem nicht verhandelt wird, wir würden Jerusalem für alle Generationen für uns behalten.

Bis vor zwei Monaten hat die israelische Armee in den letzten beiden Jahren 2.000 Häuser zerstört. Hunderte, Tausende Menschen wurden obdachlos. Das ist auch eine Methode, die Palästinenser zu vertreiben, eine Art „Transfer“, eine „stille“ Vertreibung. Die Zerstörung von Häusern als

Kollektivstrafe und Sippenhaftung ist eine alte Geschichte, doch nun wird sie so massiv betrieben wie nie zuvor und man muss sich dagegen wehren. Die Welt schweigt, während Häuser – und Brunnen – zerstört werden.

Einmal vertrat ich eine Familie, deren Brunnen von der Armee versiegelt wurde. „Tante, Tante, gib uns Wasser“, weinten die Kinder. Die Mutter sagte: „Das ist eine gute Jüdin, sie wird uns helfen.“ Es gab eine große Kampagne und nach einigen Wochen konnte der Brunnen wieder geöffnet werden. Heute ist das nicht mehr möglich. Überall werden Brunnen und Reservoirs für Regenwasser zerstört um die Menschen zu vertreiben, insbesondere in Gaza.

In Beit Lahia, im Gazastreifen, zerstörte die israelische Armee ein fünfstöckiges Haus. Als Grund wurde angegeben, dass einer seiner Bewohner „auf Israels Liste von Gesuchten“ stünde. Wo bleibt der Aufschrei der Welt?

### Was tun?

Was soll man also tun? Was ist das Fazit? Es gibt eine Lösung. Die Palästinenser sind bereit zu dieser Lösung – nach Umfragen auch heute noch, und ihre Führung ist so wieso dazu bereit: zwei Staaten für zwei Völker, mit Ostjerusalem als palästinensischer Hauptstadt, sowie eine gerechte Lösung der Flüchtlingsfrage.

### Antisemitismus?

Man muss Israel kritisieren und Druck auf die Regierung ausüben. Man darf nicht schweigen! Die Apartheid in Südafrika konnte nicht ohne internationale Solidarität abgeschafft werden. Schweigen ist unmoralisch. Zuletzt möchte ich ihnen aus meinem Buch „Brücke der Träume“ vorlesen, mit dem ich stets meine Vorträge beende.

Zu guter Letzt kam die Frage aller Fragen, die bei jeder Veranstaltung gestellt wird: Wie können wir, die Deutschen, mit unserer Vergangenheit und unserer Schuld gegenüber den Juden es wagen Israels Taten zu kritisieren? In der Tat sind die Deutschen – und die Österreicher – gerade wegen ihrer Vergangenheit dazu verpflichtet sich überall dort einzumischen, wo Menschenrechte verletzt werden. Sie haben schon einmal geschwiegen, wenn auch in einer anderen Zeit und unter anderen Umständen. Das Schweigen angesichts von Unrecht hat vor allem dann, wenn es den Opfern helfen könnte die Stimme zu erheben, einen Beigeschmack von Mittäterschaft. Wir, die Israelis, die Juden, können keinerlei Recht beanspruchen als Opfer

von gestern Täter von heute zu sein. Das Testament unserer Toten, der Toten des Holocaust, macht eine klare Aussage. Wir haben auch kein Recht die Schuldgefühle der Deutschen zu funktionalisieren, so wie Israel das tut, und sie, was unsere Taten angeht, zum Schweigen zu verurteilen, damit wir ungestört jeder Einmischung entzogen, die Palästinenser unterdrücken können. Wer behauptet, dass man die Menschenrechtsverletzungen Israels, die dem Völkerrecht zuwider laufen, nicht anprangern dürfe, also etwas nicht tun dürfe, was die Menschenrechtsorganisationen in Israel und in der Welt schon seit Jahren tun, weil das Antisemitismus sei, wer das behauptet, der lügt wissentlich, frech und erpresserisch, um die Stimmen der Kritik zum Schweigen zu bringen. Substanzlose Anschuldigungen wie diese müssen mit allem Nachdruck zurückgewiesen werden, ebenso die Einschüchterung, eine Kritik an Israels Verhalten könnte den Applaus der falschen Seite herbeiführen. Die Deutschen müssen ihre Verpflichtung, die auf Grund ihrer Vergangenheit im Vergleich mit anderen Völkern doppelt und dreifach wiegt, ganz entschieden wahrnehmen und gegen jedes Anzeigen von Rassismus, Menschenrechtsverletzungen, Antisemitismus und Fremdenhass in welcher Form auch immer ankämpfen. Darin ist auch eine äußerst klare Botschaft an jene falsche Seite enthalten, denn nicht diese ist es, welche Menschen mit Gewissen ihre Position diktiert. Wir Israelis und Juden haben auch kein Recht, die Deutschen wegen ihrer Vergangenheit über Generationen hinweg für untauglich zu erklären ihren Standpunkt in Fragen der Moral zu äußern oder sie kollektiv eines quasi angeborenen Antisemitismus' zu bezichtigen. Das ist Rassismus und dieser bleibt hässlich wie jede Form von Rassismus, auch wenn seine Vertreter die Opfer von gestern sind. Die besten unserer Töchter und Söhne in Israel und außerhalb verurteilen die Unterdrückung und wenden sich an die Gemeinschaft der Welt – inklusive der Deutschen – ihre Solidarität mit den Opfern auszudrücken. Freundschaft mit Israel ja, aber eine kritische Freundschaft. Andernfalls ist sie reiner Betrug. Solidarität ist die schönste Blume der Menschheit, sagten die Frauen Guatemalas und ich ebenso. Danke.

## **AIK**

Die Antiimperialistische Koordination (AIK) ist ein internationaler Zusammenschluss verschiedener antiimperialistischer Kräfte, der zur Koordinierung des Kampfes dient und jedes Jahr ein Antiimperialistisches Sommerlager organisiert.

Unmittelbar nach Ausbruch der neuen Intifada im September 2000 gründete sich die Antiimperialistische Koordination für Palästina als Unterkomitee zum Zweck einer ständigen Solidaritätskampagne, die auf folgender Basis geführt wird:

**Rückzug Israels aus den besetzten Gebieten!**

**Auflösung aller israelischer Siedlungen!**

**Rückkehrrecht für alle vertriebenen Palästinenser!**

**Für einen souveränen palästinensischen Staat im Westjordanland und Gazastreifen mit Jerusalem als Hauptstadt!**

## **Kontakt und Abo**

### **Antiimperialistische Koordination**

[www.antiimperialista.org](http://www.antiimperialista.org)  
[aik@antiimperialista.org](mailto:aik@antiimperialista.org)

#### **BRD:**

Postfach 100850, 07708 Jena  
Kto-Nr. 4000 21 60 45, Sparkasse Burgenlandkreis, Bankleitzahl: 800 530 00, lautend auf Witold Fischer

#### **Österreich:**

Postfach 23, 1040 Wien  
Kto-Nr. 92725137, PSK, BLZ: 60000

#### **Intifada-Abonnement:**

8 Zusendungen – 8 Euro

#### **Intifada- Förderabo:**

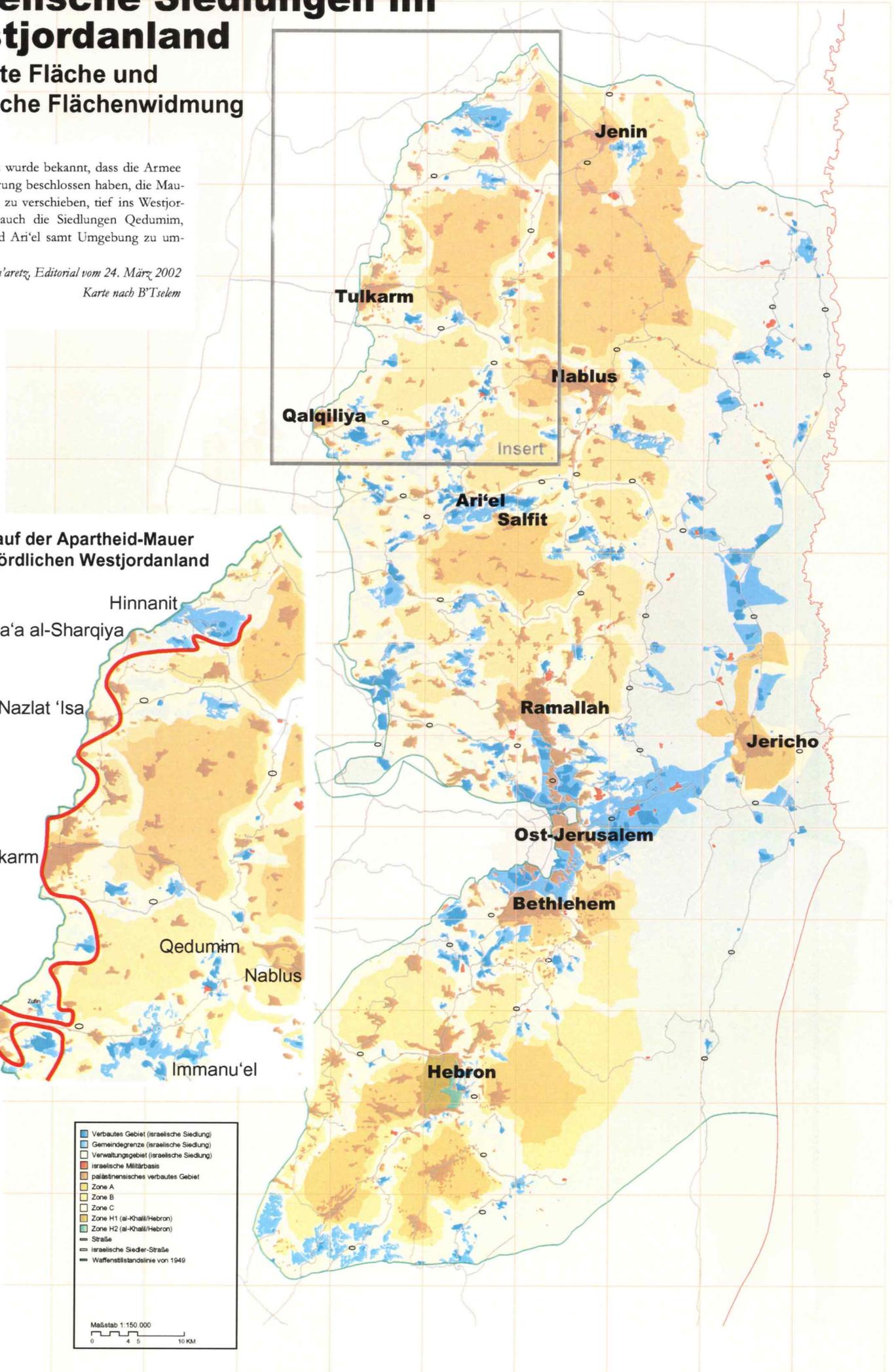
8 Zusendungen – 16 Euro

# Israelische Siedlungen im Westjordanland

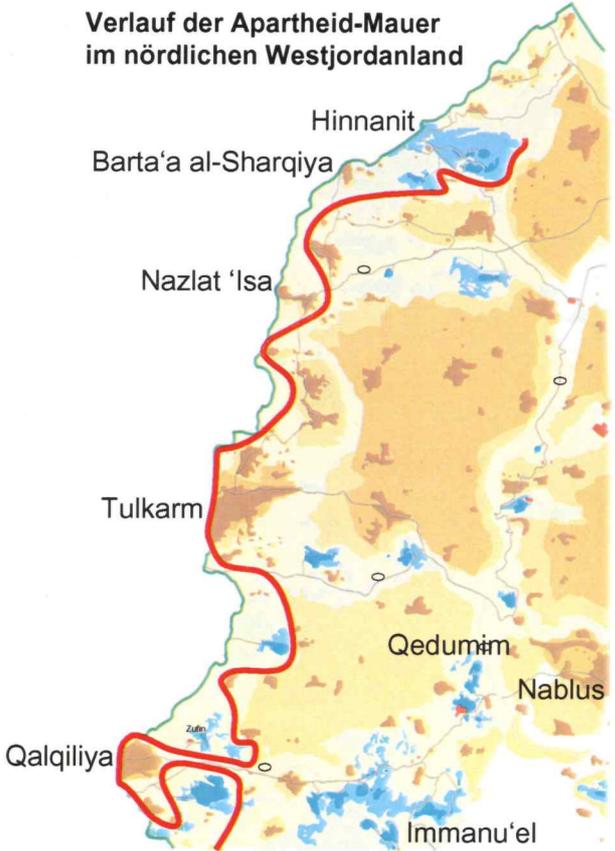
## Verbaute Fläche und israelische Flächenwidmung

„Am 23. März wurde bekannt, dass die Armee und die Regierung beschlossen haben, die Mauer nach Osten zu verschieben, tief ins Westjordanland, um auch die Siedlungen Qedumim, Immanu'el und Ari'el samt Umgebung zu umfassen.“

*Ha'aretz, Editorial vom 24. März 2002  
Karte nach B'Tselem*



### Verlauf der Apartheid-Mauer im nördlichen Westjordanland



|  |  |
|--|--|
| <span style="color: blue;">■</span>  | Verbautes Gebiet (israelische Siedlung)  |
| <span style="color: blue;">▬</span>  | Gemeindegrenze (israelische Siedlung)    |
| <span style="border: 1px solid black; display: inline-block; width: 10px; height: 10px;"></span> | Verwaltungsgebiet (israelische Siedlung) |
| <span style="color: red;">■</span>   | israelische Militärbasis                 |
| <span style="color: orange;">■</span>  | palästinensisches verbautes Gebiet       |
| <span style="color: yellow;">■</span>  | Zone A                                   |
| <span style="color: lightyellow;">■</span>   | Zone B                                   |
| <span style="color: white;">■</span>   | Zone C                                   |
| <span style="color: orange;">■</span>  | Zone H1 (al-Khail/Hebron)                |
| <span style="color: green;">■</span>   | Zone H2 (al-Khail/Hebron)                |
| <span style="color: black;">—</span>   | Straße                                   |
| <span style="color: black;">—</span>   | israelische Siedler-Straße               |
| <span style="color: red;">—</span>   | Waffenstillstandslinie von 1949          |

Maßstab 1:150.000

0 4 5 10 KM